

Drei Härtefälle für die CDU

Vor den Wahlen im Osten fordern drei CDU-Ministerpräsidenten plötzlich Änderungen am Rentenpaket – und stellen sich damit gegen die eigene Partei
2, 12



Müssen bis zur Rente mit 63 noch viele Gruppenbilder machen: Mario Voigt, 49, Ministerpräsident von Thüringen, Sven Schulze, 46, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, und Michael Kretschmer, 51, Ministerpräsident von Sachsen, am vergangenen Donnerstag am Geisel-talsee
Foto: Hendrik Schmidt/dpa

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Der Witz des Tages kommt heute von dem AfD-nahen Strategieberater Hans-Bernd Pillkahn. Dieser fordert nämlich eine 53-Stunden-Woche. „Deutschland ist absoluter Weltmeister in Nichtarbeiten“, sagte er schon bei einem Auftritt bei der AfD-Bundestagsfraktion im Jahr 2022. Demnächst soll er für die Partei wieder in Hamburg auftreten. *verboten* legt noch eins drauf und fordert, wenn nötig, eine 54-Stunden-Woche,

um endlich genug Material für ein AfD-Verbotsverfahren zu sammeln.

Kommentar von **Tobias Schulze** über den Vorstoß der drei ostdeutschen CDU-Ministerpräsidenten zur Rente mit 63

Die Scheindebatte des Jahres

Der Preis für die Scheindebatte des Jahres geht an die Ost-Ministerpräsidenten Kretschmer, Schulze und Voigt: Die drei CDU-Politiker fordern, die sogenannte Rente mit 63 beizubehalten. Die SPD hätte nichts dagegen, sofern das Unions-Trio den Rest seiner Partei überzeugt. Die Bundes-CDU blockt den Vorstoß aber ab. Angesichts des Sommerlochs wird die Diskussion voraussichtlich noch drei Runden drehen – und am Ende wird die abschlagsfreie Frührente doch abgeschafft. Allein schon, weil auf sie eines der größten Einsparpotenziale in der geplanten Rentenreform entfällt und die drei keinen Vorschlag zur Gegenfinanzierung liefern.

Das Aus für die derzeitige Regelung ist sozialpolitisch auch kein Drama. Kretschmer und Co haben ihr Hauptargument von SPD und Gewerkschaften abgeschrieben: Das Rentensystem müsse die Lebensleistung von Arbeitnehmern honorie-

ren, die 45 Jahre einbezahlt haben. Das stimmt zwar, geschieht aber schon dadurch, dass solche Menschen nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze mehr Rente erhalten als Kollegen, die bei gleichem Gehalt kürzer gearbeitet haben. Lang-jährig Versicherte bleiben also auch dann besser-gestellt, wenn sie nicht mehr zwei Jahre vor dem Rest abschlagsfrei in Rente gehen.

Die wirkliche Gerechtigkeitsfrage stellt sich stattdessen im Detail: Was ist mit denen, die schon lange einzahlen, aber körperlich nicht bis 67 durchhalten? Die Rentenkommission der Regierung hat für sie eine Härtefallregelung in Aussicht gestellt. Wer ärztlich attestiert bekommt, seinen Beruf nicht mehr ausüben zu können, soll weiterhin zwei Jahre vor der Regelaltersgrenze eine Rente ohne Abschläge bekommen. Anders als bisher sollen dafür nicht 45 Beitragsjahre nötig sein, sondern nur noch 35. Für viele Versicherte,

die sich krank arbeiten, könnte sich die Situation an der Stelle also sogar verbessern.

Wenn die Regelung denn großzügig ausgestaltet wird und Betroffene für einen positiven Bescheid nicht erst im Rollstuhl sitzen müssen. Die Rentenkommission hat diese Ausgestaltung dem Gesetzgebungsprozess überlassen. Hier lässt sich in den nächsten Monaten etwas erreichen, ohne dafür das Rentenpaket an sich aufzuschnüren. Das wissen eigentlich auch die Ost-Ministerpräsidenten der CDU. In ihrem Rentenpapier schreiben sie selbst, dass es eine gute Härtefallregelung brauche – aber nur im Kleingedruckten. Öffentlich werden sie es daher kaum als Erfolg verkaufen können, wenn am Ende die Details stimmen. Mit der Scheindebatte für die Schlagzeilen ist nämlich die falsche Erwartung in der Welt, dass alles beim Alten bleiben könnte und nach der Reform kein einziger Versicherter schlechter gestellt ist als zuvor.

EU ist total dicht
Innenminister fordern Konsequenzen nach Ceuta
3,6,12

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Foto: Mario Anzoni/reuters

Auf eine hoffentlich grandiose Auszeit
Popstar Ariane Grande braucht Pause von der Öffentlichkeit
13

Flucht in die Manege
Wie der Zirkus Roncalli seit 50 Jahren Eskapismus bietet
7

Bundeswehr schauen und weit abtreten
Die Armee wirbt für den Wehrdienst und schreckt damit nur ab
14



Foto: Sebastian Welles/ostkreuz

Kreuzberg schiebt eine ruhige Kugel
Zu Gast an einem der zentralen Orte der Berliner Bouleszene
23



Irlands „Nationalbarde“ **Glen Hansard** ist tot

Die Kondolenzliste für Glen Hansard ist lang. Der irische Musiker ist vorigen Mittwoch im Alter von 56 Jahren mit seinem Motorrad tödlich verunglückt und wird am heutigen Dienstag beerdigt. Barack Obama, der ehemalige US-Präsident, Bruce Springsteen, die US-Schauspielerin Rachel Zegler und ihr Kollege Ben Stiller, die Popstars Billie Eilish, Bono, Bob Geldof und Hozier, die irische Präsidentin Catherine Connolly und Regierungschef Micheál Martin sowie viele andere Prominente haben ihr Beileid ausgedrückt.

Der Musiker Patrick Freyne sagte: „Er war gewissermaßen unser Nationalbarde. Er verkörperte den roten Faden von den Küchensessions bis hin zu den Konzertsälen, weil er sich in beiden Umgebungen gleichermaßen zu Hause fühlte.“

Hansard wuchs in Ballymun im Norden Dublins auf, einem Hochhaus-Viertel mit schlechtem Ruf. Sein Vater James war Zimmermann und ein begabter Fiddler, der in den 1940er-Jahren durch Irland getourt war, aber er trank auch viel und konnte gewalttätig werden. Hansard bekam später von einem Onkel, der im Gefängnis saß, eine Gitarre und brachte sich das Spielen selbst bei. „In meiner Kindheit gab es bei uns zu Hause die heilige Dreifaltigkeit“, sagte er. „Leonard Cohen, Van Morrison und Bob Dylan.“ Mit seiner Band The Frames tourte Hansard 2007 als Vorgruppe für Dylan durch Australien und Neuseeland.

Er war in erster Linie Musiker, trat aber auch als Schauspieler auf – unter anderem 1991 in der Komödie „The Commitments“ und 2021 in dem Liebesdrama „Cyrano“. Der Song „Falling Slowly“, den Hansard gemeinsam mit Markéta Irglová für den Film „Once“ komponiert hatte, in dem beide die Hauptrollen spielten, wurde 2007 mit einem Oscar als bester Originalsong ausgezeichnet.

Hansard und Irglová hatten sich 2001 auf einem von ihren Eltern organisierten Musikfestival in der Tschechischen Republik kennengelernt, als sie 13 und er 31 Jahre alt war. Sechs Jahre später begannen sie eine Liebesbeziehung, die nach zwei Jahren endete. 2022 heiratete Hansard die finnische Dichterin Maire Saari, im selben Jahr bekamen sie einen Sohn.

Neben seiner musikalischen Karriere hat sich Hansard für Obdachlose engagiert. Vor 16 Jahren initiierte er eine jährliche Straßenmusikveranstaltung an Heiligabend, bei der unter anderem Bono, Sinéad O’Connor, Imelda May und Shane MacGowan mitgemacht haben. Im Laufe der Jahre kamen dabei zwei Millionen Euro für Obdachlosenorganisationen zusammen.

Kurz vor Weihnachten 2016 besetzten Hansard und 100 weitere Personen das Apollo House, ein leerstehendes Bürogebäude im Zentrum von Dublin, um auf die Obdachlosenkrisen aufmerksam zu machen und Menschen auf der Straße eine Unterkunft zu bieten.

Am Dienstag hatte Hansard wie so oft an einer Session im Wren’s Nest teilgenommen, das Video von seinem letzten Song wurde millionenfach angeklickt. Um Mitternacht hat er den Pub verlassen, nachts um halb fünf ist er auf einer Landstraße keine drei Kilometer entfernt verunglückt, sein Motorrad blieb nahezu unbeschädigt. Wo er in der Zwischenzeit war, ist unbekannt. Ein Gastwirt in der Gegend sagte, er werde sich nicht dazu äußern, weil er von der Familie gebeten worden sei, deren Privatsphäre zu respektieren. Hansards Beerdigung am heutigen Dienstag in der Dubliner St. Patrick’s Cathedral wird live im Internet gestreamt. *Ralf Sotscheck, Dublin*

Sie könnten Fröhrentner sein: Michael Kretschmer, Sven Schulze und Mario Voigt und ihre Jacketts
Foto: Michael Kappeler/dpa

Ostdeutsche Politiker wollen abschlagsfreie Rente behalten

Die drei CDU-Ministerpräsidenten Mario Voigt, Michael Kretschmer und Sven Schulze wehren sich gegen die Pläne der eigenen Bundesregierung. Warum das?

Aus Leipzig **David Muschenich**

Nach 45 Beitragsjahren endlich in Rente? Das soll es künftig nicht mehr geben, wenn die Bundesregierung von Friedrich Merz (CDU) bei ihren aktuellen Plänen bleibt. Diese Regelung zu streichen ist ein zentraler Punkt ihres Rentenreformpakets. Doch dagegen formiert sich zunehmend Widerstand – und zwar nicht in der Opposition, sondern in den Parteien der Regierungskoalition.

Die drei CDU-Ministerpräsidenten Mario Voigt aus Thüringen, Michael Kretschmer aus Sachsen und Sven Schulze aus Sachsen-Anhalt forderten, die Rente ohne Abschläge nach 45 Versicherungsjahren beizubehalten. Gemeinsam wollten sie ihr „politisches Gewicht in Berlin mit ganzer Kraft für die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger einbringen“.

Auch Brandenburgs SPD-Regierungschef Dietmar Woidke postet auf Social Media: „45 Jahre sind ein langes Arbeitsleben. Das muss für eine Rente ohne Abschläge reichen.“ Seine Genossin Manuela Schwesig äußert sich ähnlich. Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern wolle einem entsprechenden Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen, kündigte sie

an. Sie erklärte, Menschen in Ostdeutschland seien besonders davon betroffen, weil dort überdurchschnittlich viele mehr als 45 Jahre in die Rente einzahlen.

Wie bei vielem unterscheiden sich die alten und neuen Bundesländern auch beim Geld sehr deutlich. Recht plakativ zeigt das etwa der aktuelle Sozialbericht 2024 des Statistischen Bundesamts und der Bundeszentrale für politische Bildung. Ostdeutsche Haushalte besitzen demnach im Durchschnitt ein Nettovermögen von 150.900 Euro. Die westdeutschen Haushalte verfügen hingegen durchschnittlich über 359.800 Euro.

Hinzu kommt noch etwas, das zunächst paradox klingen mag. In Ostdeutschland bekommen alte Menschen durchschnittlich mehr gesetzliche Rente als im Westen. Trotzdem landet insgesamt weniger Geld auf ihrem Konto. In Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt waren es vergangenes Jahr durchschnittlich 4.135 Euro weniger als im Westen, wie Zahlen des Statistischen Bundesamts besagen, die das BSW erfragt hat.

Der Grund für den Unterschied: Im Osten speist sich das Einkommen von Rentner:innen zu großen Teilen aus der gesetzlichen Rentenkasse. Im Westen kommen öfter Betriebsrenten

oder private Vorsorgen hinzu.

Zumindest für Sven Schulze in Sachsen-Anhalt kommt der Reformvorschlag der Bundesregierung zu einer ungünstigen Zeit. In einem Monat wählt Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag. Ministerpräsident Schulze tritt als Spitzenkandidat der CDU an, liegt in Umfragen aber 17 Prozentpunkte hinter der AfD. Er braucht jede Stimme und betont deshalb jeden Vorzug, den er gegenüber der autoritären AfD habe.

Auf den Wahlkampfbühnen in Sachsen-Anhalt erzählt Schulze zum Beispiel von den vielen Kontakten, die er als früherer EU-Politiker und Mitglied des CDU-Präsidiums habe. Anders als AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund könne Schulze einfach bei den richtigen Leuten anrufen und die Interessen von Sachsen-Anhalt an den richtigen Stellen vertreten. Die Rente wirkt nun wie ein öffentlicher Test dieser Behauptung.

Schon im April äußerte sich Schulze dazu. Friedrich Merz hatte da gerade während einer Rede gesagt: „Die gesetzliche Rentenversicherung allein wird allenfalls noch die Basisabsicherung sein für das Alter.“ Schulze antwortete darauf in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Stern*, in Ostdeutsch-

land sei die Rente „oft die einzige Basis für ein Altern in Würde“, die Bundesregierung solle das im Blick behalten.

Nachdem Friedrich Merz und Bärbel Bas ihre Rentenpläne vorgestellt hatten, sah sich Schulze offenbar gezwungen, noch mal nachzulegen. Vergangene Woche veröffentlichte er mit den anderen CDU-Ministerpräsidenten aus den ostdeutschen Bundesländern eine gemeinsame Erklärung. Ob das „ganze Gewicht“ der ostdeutschen CDU-Regierungen wirkt?

Zumindest bei Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) wies den Vorstoß nicht zurück. Im Sommerinterview des ZDF auf den Vorstoß angesprochen, zuckte sie leicht mit den Schultern. Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt habe, solle auch früher in Rente gehen können. „Das hat SPD immer vertreten“, sagte Bas. Nun sei es an der Union, die Position zu klären. Allerdings, räumte die Sozialministerin ein, die Rentenreform sei ein Gesamtpaket. Wenn der abschlagsfreie Renteneinstieg nach 45 Beitragsjahren bleibe, werde das teuer.

Darauf verwies auch Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Er sagte der *Rheinischen Post*, die Bundesregierung müsse den früheren Renteneinstieg streichen, das sei das „zentrale und finanziell das wichtigste Element der geplanten Rentenreform“. Auf der einen Seite spare die Regierung schätzungsweise 10 Milliarden Euro. Auf der anderen blieben 125.000 zusätzliche Beschäftigte pro Jahrgang in Arbeit.

Im Bericht der Rentenkommission steht, von Sonderregeln für besonders langjährig Versicherte würden „vor allem Besserverdienende, Gesundere und Männer profitieren, während Geringverdienende, Personen mit weniger stabilen Erwerbsverläufen und Frauen sie nicht in Anspruch nehmen (können)“. Es gibt auch eine Studie des DIW, aus der hervorgeht, dass viele Personen mit eher geringer Arbeitsbelastung die Frührente in Anspruch nähmen – untersucht wurde dafür aber nur ein Jahrgang westdeutscher Männer.

Sven Schulze betonte am Montag beim Sender Welt-TV, noch liege kein Gesetzentwurf, sondern nur ein Vorschlag der Rentenkommission vor. Bis es nach der Sommerpause weitergehe, sei die Debatte völlig offen. Und er bekomme viel Rückendeckung dafür, die ostdeutschen Themen auf den Tisch zu bringen.



taz lage

taz Talk über Frauen in Afghanistan

Seit Afghanistans vom Westen gestützte Regierung am 15. August 2021 zusammengebrochen ist und die Taliban wieder die Macht übernommen haben, hat sich im Land ausgerechnet die Zahl lizenzierter Unternehmen von Frauen auf mehr als 10.000 vervierfacht. Schätzungen zufolge kommen weitere 120.000 unlicenzierte Unternehmen von Frauen hinzu. Denn Heimarbeit bildet für Frauen eine der wenigen

verbliebenen Verdienstmöglichkeiten. Die Radikalisirten schlossen Frauen und Mädchen mit den repressivsten Gesetzen der Welt von Bildung und vielen Berufen aus. Nach dem Sittengesetz dürfen Frauen nur noch in Vollverschleierung auf die Straße, überwacht von der Sittenpolizei.

Trotz dieser und vieler weiterer Repressalien kämpfen Afghanistnnen weiter für Freiräume und Selbst-

bestimmung. Anfang Juni gab es in Herat eine Welle von Verhaftungen von Frauen, denen die Taliban Verstöße gegen die Kleidervorschriften vorwarfen, es folgten Proteste unter dem Slogan „Brot, Arbeit, Freiheit!“

Wie sieht der Alltag der afghanischen Frauen heute aus? Wie ist ihre soziale Lage? Mit welchen Strategien kämpfen sie für ihre Rechte? Welche Fehler hat der Westen gemacht? Wie können sie unterstützt werden?

Über diese und weitere Fragen spricht beim Online-Talk an diesem Mittwoch um 19 Uhr: **Nabila Lalee**. Die deutsch-afghanische Journalistin und taz-Autorin recherchierte 2026 für zehn Wochen in Afghanistan und war zuvor von 2022 bis 2026 Leiterin des Regionalbüros der dpa in Islamabad. **Sven Hansen** moderiert. Er ist Asienredakteur der taz und kuratiert die Reihe Han Sens Asientalk. (taz)

Nach den massenhaften Übertritten aus Marokko über Land und das Meer: Migrant:innen an einem Strand in Ceuta am 2. August 2026
Foto: Pedro Nunes/Reuters

Die Illusion der Kontrolle

Nach dem tödlichen Ansturm auf Ceuta ringt die EU um Konsequenzen. Die Krise wirft neue Fragen zur Zusammenarbeit mit Marokko und anderen nordafrikanischen Staaten auf

Aus Tunis **Mirco Keilberth**

Nachdem die meisten Migrant:innen, die am Donnerstag nach Ceuta gelangt waren, in den folgenden Tagen nach Marokko zurückkehrten, nahmen marokkanische und spanische Grenzbeamte an den Grenzübergängen ihren regulären Dienst wieder auf. Zugleich erweiterten spanische Soldaten den Metallzaun zwischen der marokkanischen Stadt Fnideq und der Exklave Ceuta um eine 500 Meter lange schwimmende Barriere im Meer. Damit soll das Erreichen von Ceuta erschwert werden. Bei dem Versuch über das Mittelmeer auf das spanische Territorium zu gelangen, waren seit Donnerstag mindestens 72 Menschen ertrunken. Die Regionalverwaltung von Ceuta lässt das Gebiet von Tauchern durchsuchen und geht von einer dreistelligen Zahl von Opfern aus. Ceutas Regierungspräsident Juan Jesus Vivas widerspricht der Regierung in Madrid, die von einer völligen Normalisierung der Lage ausgeht. Verstärkte Sicherheitskräfte vom spanischen Festland versuchen, die nach Schätzungen noch mehrere Tau-

send Migrant:innen im Zentrum der 83.000-Einwohner-Stadt in eine abgesperrte Zone zu lotsen. Bereits in der Nacht zum Montag waren Hunderte junge Marokkaner mit Militärlastwagen an die Grenze gebracht worden. Unter den Verbliebenen sind vor allem Menschen aus West- und Zentralafrika, die sich weigern, nach Marokko zurückzukehren. Marokko nimmt bislang keine Drittstaatsangehörigen zurück. Viele von ihnen haben eine wochenlange Flucht über Niger, Tunesien und Algerien hinter sich. „Die Mehrheit von uns sind Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Sudan“, sagt der Senegalese Mantany Dieya am Telefon. Vor seiner Ankunft in Ceuta hatte er zwei Jahre in einem informellen Zeltlager nahe der tunesischen Hafenstadt Sfax gelebt. Nachdem sein Versuch gescheitert war, mit einem Boot nach Lampedusa zu gelangen, wurde der 24-Jährige an die algerische Grenze abgeschoben und schlug sich mithilfe von Schmugglern bis nach Marokko durch. Die spanische Regierung steht wegen ihrer liberalen Einbürgerungspolitik in der Kritik mehrerer EU-Staaten und der rechten Opposition. Obwohl die Zahl der Menschen, die nach Ceuta

schwammen, schon vor dem Massenansturm deutlich zunahm, reagierte Ministerpräsident Pedro Sánchez nicht. Am Montag befassen sich die EU-Botschafter mit dem Fall, am Dienstag beraten die EU-Innenminister über Konsequenzen für künftige Krisen an den Außengrenzen. Die Dringlichkeitssitzung hatten 22 Mitgliedstaaten beantragt. Sánchez wirft ihnen mangelnde Solidarität vor. Diskutiert wird, Frontex künftig auch gegen den Willen einzelner Mitgliedstaaten einzusetzen. In Madrid sorgen zudem italienische Überlegungen für Empörung, die Schengen-Regeln auszusetzen. Ein Nachspiel hat der tödliche Ansturm auf Ceuta auch für das marokkanische Königshaus. Die Erklärung der 22 richtet sich indirekt auch mit an Rabat: „Es darf nicht zugelassen werden, dass massenhafte und unkontrollierte Grenzübertritte, die Instrumentalisierung von Migration oder andere hybride Bedrohungen den Eindruck erwecken, als sei es möglich illegal in die Europäische Union einzureisen“, heißt es in dem Papier. Viele der oft noch minderjährigen Migrant:innen berichteten, mit Bussen oder Lastwagen nach Ceuta gebracht

worden zu sein. Marokko weist jede Verantwortung zurück und macht Falschinformationen in sozialen Medien dafür verantwortlich, dass sich die Menschen mithilfe von Schleusern auf den Weg gemacht hätten. Die EU-Innenminister müssen nun zwei Fragen beantworten: Kann sich Ceuta andernorts wiederholen? Und wie belastbar sind Migrationsabkommen mit nordafrikanischen Staaten in politischen Krisen? Denn eines scheint klar: Pedro Sánchez’ jüngster Besuch beim Erzrivalen Algerien wurde in Rabat als schwerer Affront gewertet. Auch mit Tunesien und den konkurrierenden Regierungen in Ost- und Westlibyen hat Brüssel eine enge Kooperation geschlossen. Geliefert werden Drohnen und Patrouillenboote. Seitdem ist die Zahl der auf Lampedusa ankommenden Boote drastisch gesunken. Aber allein vor dem weitergehenden Bürgerkrieg im Sudan fliehen immer mehr Menschen nach Norden. In Libyen und Tunesien warten Zehntausende auf die Überfahrt nach Europa. Mehrere EU-Länder haben ihre Unterstützung für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen reduziert.

Mit Abschiebungen in die Wüste versuchen die tunesischen und libyschen Sicherheitskräfte die zwischen Tanger und Agadez und dem ostlibyschen Bengasi umherreisenden Migrant:innen zu vertreiben. Doch in beiden Ländern steigt ebenso wie in der Sahel-Region aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrisen die Wut auf die Regierenden. Demonstrant:innen stürmten letzte Woche den Amtssitz von Premier Abdulhamid Dabaiba in Tripolis. Milizen warnen davor, dass sie im Falle seines Sturzes Boote nach Europa schicken werden. Eine EU-Delegation weigerte sich im letzten Juli nach der Ankunft im ostlibyschen Bengasi, sich mit der international nicht anerkannten Regierung ablichten zu lassen. Daraufhin wurden der mitreisende italienische Innenminister Matteo Piantedosi und EU-Migrationskommissar Markus Brunner zur Persona non Grata erklärt. In den Folgewochen kamen fast 20.000 Migranten auf den griechischen Inseln Kreta und Gavdos und damit im Schengen-Raum an; mehr als während der aktuellen Ceuta-Krise. Als Rom und Athen enger mit Haftar kooperierten, legten kaum noch Boote aus Ostlibyen ab.

Zum Grenzübertritt ermuntert

Mehrere Zehntausend Menschen hatten am Donnerstag die Grenze zur spanischen Exklave Ceuta in Nordafrika überwunden. Was steckt dahinter?

Von **Christian Jakob**

Erstmals ausführlicher meldet die marokkanische Regierung sich am Sonntag zu Wort. Sie beziffert die Zahl der an dem Ansturm vom Donnerstag Beteiligten auf 40.000, Spanien hatte von mehr als 50.000 Menschen gesprochen. Nach marokkanischen Angaben wurden zeitgleich 1.135 Personen daran gehindert, nach Melilla zu gelangen, einer weiteren spanischen Exklave. Die Zahl der Menschen, die bei dem Ansturm starben, bezifferte Marokko auf 11. Spanien hatte 67 Tote gemeldet. Ein Teil sei demnach ertrunken, andere wurden erdrückt, als sie versuchten, eine Wellenbrecheranlage und den Grenzzaun zu überklettern. NGOs rechnen wegen weiterer Vermisster mit über 100 Toten. Der Andrang der Migranten sei nicht organisiert gewesen, sondern spontan zustande gekommen, sagte ein Sprecher des marokkanischen Innenministeriums. Er machte die Verbreitung falscher Informationen im

Netz, Aktivitäten von Schleusern und eine Falschinterpretation eines spanischen Gerichtsurteils verantwortlich, das die Rückführung bestimmter Migranten verbietet. Der Sprecher erklärte am Sonntag weiter, die Regierung in Rabat arbeite mit den spanischen Behörden zusammen und bleibe bei der Bekämpfung irregulärer Migration „ein zuverlässiger Partner“. Doch der Argwohn bleibt groß. Zu sehr wiche die Dimension des Ansturms von allen vergleichbaren früheren Vorfällen ab. Zu offensichtlich war, dass Marokko die sonst lückenlose und von Europa teuer bezahlte Bewachung der Grenze vorübergehend eingestellt hatte. Zu ungehindert war der Transport von Menschen aus weit entfernten Teilen Marokkos, zu sehr hatten sich Social-Media-Posts in den vorigen Tagen gehäuft, in denen behauptet wurde, Spanien werde die Migrant:innen, die es schwimmend nach Ceuta schaffen, nicht abschieben. Mehrere Migranten schilderten spanischen Medien zufolge unabhängig voneinander, dass

sie nicht gestoppt, sondern vielmehr zum Grenzübertritt ermuntert worden seien. Ceuta sei „Ziel einer offenbar gesteuerten Migrationsbewegung“ geworden, sagte etwa der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil und forderte Solidarität mit Spanien. „Migranten wurden instrumentalisiert in dem Versuch, Europa zu spalten.“ Deshalb stehe „die Geschlossenheit Europas und die Solidarität mit Spanien jetzt an erster Stelle“. Klingbeil kam damit dem sozialdemokratischen spanischen Regierungschef Pedro Sánchez zu Hilfe. Tatsächlich halten viele – Aktivist:innen, Forscher:innen, Beobachter:innen – durchaus für denkbar, dass die Ereignisse in der vergangenen Woche zumindest in Teilen Folge einer Kampagne sind, die sich gegen Sánchez richtet. Die einen glauben, Marokko selbst wolle wegen diplomatischer Differenzen Druck auf den Ministerpräsidenten ausüben. Andere sehen rechtsextreme Kreise in Europa, die USA, Israel oder

Russland entweder selbst am Werk oder zumindest als Nutznießer der Krise. Am Dienstag treffen sich die EU-Innenminister zu einer Dringlichkeitssitzung, um sich mit den „Entwicklungen in Ceuta“ zu befassen, wie die irische EU-Ratspräsidentschaft via X ankündigte. Die Sitzung war auf der einen Seite von Sánchez selbst, auf der anderen Seite von den Staats- und Regierungschefs von 22 der 27 EU-Mitglieder gefordert worden. Diese hatten in einem gemeinsamen Schreiben Sánchez’ Migrationspolitik als Auslöser der Krise dargestellt. Es dürfe nicht zugelassen werden, „dass eine illegale Einreise anschließend in einen legalen Aufenthalt übergehen kann“, hieß es in dem Schreiben, das auch Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) unterzeichnet hat. Es war allgemein als Vorwurf gegen Spanien verstanden worden, das seit diesem Jahr Hunderttausenden irregulär Eingereisten eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt, sofern diese eine Beschäftigung nachweisen können.

„Es geht natürlich darum, darüber zu sprechen, dass sich solche Dinge nicht wiederholen“, sagte Vizeregierungssprecher Sebastian Hille am Montag in Berlin mit Blick auf Beratungen der EU-Innenminister am Dienstag. Der Vorfall habe gezeigt, „wie volatil die Lage beim Thema Migration ist“. Nicht immer gab es nach Grenzdurchbrüchen an Exklaven derartige Kritik an Spanien. Als am 24. Juni 2022 rund 2.000 Menschen, vor allem aus Sudan und Südsudan, versuchten, die Grenze zu Melilla zu überwinden, setzten marokkanische und spanische Grenzer brutale Gewalt ein. Am Ende wurden Tote und Schwerverletzte übereinander geworfen und stundenlang auf dem Boden liegen gelassen. Rund 100 Menschen dürften an dem Tag von den Sicherheitskräften getötet worden sein. Ratspräsident Charles Michel sagte damals, er „unterstütze Spanien und alle Länder, die an vorderster Front die Grenzen der EU schützen, voll und ganz“. **meinung + diskussion 12**



Mohamed Ibrahim (ganz links) um 1975 mit seinen Geschwistern vor der Gedächtniskirche in Berlin
Foto: privat

arbeit los. Mein Vater arbeitete zunächst als Lagerarbeiter und Pförtner. Einmal versuchte er, mit einem Bekannten ein Restaurant zu eröffnen, verlor dabei aber nur sehr viel Geld.

Mit der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis konnten wir erstmals verreisen. Im Sommer 1987 besuchten meine Mutter, mein Onkel und ich das Flüchtlingslager im Libanon, in dem sie aufgewachsen war. Nach 15 Jahren fiel sie ihrem fast 90-jährigen Vater weinend in die Arme und wurde ohnmächtig. Dort sah ich auch zum ersten Mal meinen Geburtsort: ein trostloses Flüchtlingslager, das die Vereinten Nationen nach der Vertreibung der Palästinenser*innen 1948 als Provisorium errichtet hatten. Aus Zelten waren mit der Zeit Wellblechhütten und schließlich kleine Häuser geworden.

Meine Eltern hatten keine Heimat, in die sie hätten zurückkehren können, und setzten alles daran, in Deutschland anerkannt zu werden. Arabisch spielte zu Hause kaum eine Rolle. Obwohl wir Muslime waren, stand fast jedes Jahr ein Weihnachtsbaum in unserer Zwei-Zimmer-Wohnung im Flüchtlingsheim. Zu Nikolaus putzten wir unsere Schuhe, sangen in der Kirche Weihnachtslieder, für die wir schon im Sommer angefangen hatten zu proben. Vor jedem Auftritt ermahnte uns mein Vater, bloß keinen falschen Ton zu singen – als hinge unser Aufenthaltsstatus davon ab.

Genauso wichtig war ihm Pünktlichkeit: Auf meinen Zeugnissen prüfte er zuerst Fehlzeiten und Verspätungen, erst dann die Noten. Vor Bewerbungsgesprächen musste ich die Strecke dorthin oft schon am Vortag abfahren, damit ich garantiert pünktlich war. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, war einer der Sätze, die mich früh prägten.

Als Nicole 1982 mit „Ein bisschen Frieden“ als erste Deutsche den Eurovision Song Contest gewann, waren wir sehr stolz

An den Abenden saßen wir Kinder mit unseren Eltern vor dem Fernseher und schauten deutsche Nachrichten und TV-Sendungen – „Dalli Dalli“ mit Hans Rosenthal im westdeutschen oder „Mach mit, mach’s nach, mach’s besser“ mit Adi im ostdeutschen Programm. Oder die „Hitparade“ mit Dieter Thomas Heck, in der zu Beginn der 1980er Jahre auch die Neue Deutsche Welle anbrandete, mit der ich viele Songs kennenlernte, die ich bis heute mitsingen kann. Als Nicole 1982 mit „Ein bisschen Frieden“ als erste Deutsche den Eurovision Song Contest gewann, waren wir sehr stolz. Und bei den Fußballweltmeisterschaften feuerten wir selbstverständlich die deutsche Nationalmannschaft an, meistens jedenfalls.

In unserem Erstaufnahmeheim lebten etwa 15 Familien aus dem Nahen Osten, Osteuropa und Afrika, aber auch einige Deutsche, die sich reguläre Mieten nicht leisten konnten. Im Nachbargebäude waren Obdachlose untergebracht. Als Kind hatte ich natürlich nicht verstanden, warum Deutsche im Erstaufnahmeheim lebten, bis ich Jahre später den Begriff des Klassismus kennenlernte. Jeden Abend um acht drehte der Hauswart seine Runde, schickte uns Kinder ins Haus und schloss die riesige Eingangstür ab, die mir wie ein Gefängnistor vorkam. Niemand durfte das Heim danach noch verlassen.

Das Gelände war für mich wie eine Insel. Gegenüber lag eine Kleingartenkolonie, daneben ein Fußballplatz, ein Freibad und ein Eisstadion. Wir streiften durch die Gärten und stahlen Obst – bis einige Kleingärtner*innen es irgendwann für uns vor den Zaun legten. Im Freibad kletterten wir über den Zaun und sammelten Pfandflaschen, um uns ein wenig Taschengeld zu verdienen. Doch damit zogen wir auch die Aufmerksamkeit bestimmter Männer auf uns. Einer sagte zu mir, er würde mir seine Flaschen geben, wenn ich mit ihm käme. Danach mied ich die Umkleiden und Duschen. Bis heute weiß ich nicht, ob andere Kinder Ähnliches erlebt haben.

Die meisten Kinder aus dem Flüchtlingsheim kamen aufgrund ihrer mangelnden Sprachkenntnisse auf die Sonderschule. Als ich in der dritten Klasse sitzen blieb, wollten mich einige Lehrer*innen ebenfalls dorthin schicken. Sie versprachen mir weniger Hausaufgaben und mehr Freizeit. Doch ich misstraute ihren guten Ratschlägen und wiederholte stattdessen die Klasse. Meine Noten verbesserten sich, vor allem in Sport, und trotz schwacher Leistungen in Deutsch und Englisch erhielt ich eine Realschulempfehlung. Dass ich sie bekam, verdankte ich meinem Klassenlehrer, der an mich glaubte – wie er mir viele Jahre später bei einem Klassentreffen erzählte.

Auch auf andere Art erlebte ich Ausgrenzung. Einmal, als ich zehn Jahre alt war, fragte mich ein Lehrer in der Grundschule, warum wir Palästinenser*innen Juden töten würden. Damals sagte ich

Warum ich die Vorsilbe „Deutsch“ wieder ablegte

Unser Autor kam 1973 als palästinensischer Flüchtling nach Berlin und identifizierte sich lange mit der neuen Heimat. Jetzt nicht mehr

Von Mohamed Ibrahim

Verhaltet euch ruhig und tut so, als wenn wir Touristen wären“, sagte mein Vater mit leiser Stimme an einem Herbsttag 1973 am Grenzübergang von Ost- nach West-Berlin, dem Nadelöhr des Kalten Kriegs. Wir waren gerade in Ost-Berlin gelandet, aus dem Libanon kommend, und wollten dem Bürgerkrieg, der dort soeben begonnen hatte, entfliehen. Wir, das waren meine blonde und blauäugige Mutter, die damals Ende zwanzig war, mein Vater, meine drei Geschwister und ich. Unser Ziel: die Bundesrepublik Deutschland.

Nach der Anhörung zu unserem Asylantrag, die eher einem Verhör glich, kamen wir in einem Erstaufnahmeheim in einem bürgerlichen Stadtteil im Westen Berlins unter. Dort sollten wir die nächsten 17 Jahre leben. Wir erhielten vom Amt

zunächst einen Status als „Geduldete“. Das bedeutete ein Leben auf gepackten Koffern und die ständige Angst, dass plötzlich die Polizei vor der Tür steht, denn der Asylantrag konnte jederzeit abgelehnt werden.

1981 wurde mein Vater wie ein Schwerverbrecher verhaftet und von einem Tag auf den anderen abgeschoben, durfte aber nach wenigen Monaten im Rahmen einer Familienzusammenführung wieder nach Berlin zurückkehren. Dass die deutschen Behörden einen Menschen abschieben, von dem sie wissen, dass er aus formalen Gründen bald darauf wieder einreisen darf, habe ich nie verstanden.

Mein Vater wurde 1945 in einem Dorf im damaligen Palästina geboren, aus dem er und meine Großeltern drei Jahre später während der Nakba vertrieben wurden. Durch die Vertreibung erhielt

er die Impfung gegen Kinderlähmung nicht rechtzeitig. Er erkrankte, die Lähmung beeinträchtigte die Entwicklung seines rechten Beins, sodass er sein Leben lang humpelte. Im Flüchtlingslager im Libanon gehörte er zu den ersten Friseuren. Diesen Beruf übte er auch später mit ungebrochener Leidenschaft aus. Es war, als wollte er jedem zeigen, dass Aufgeben keine Option ist. Diese Haltung hat mich tief geprägt und motiviert.

Mitte der 80er Jahre erhielt unsere Familie schließlich eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Sofort begannen meine Eltern, einen geeigneten Arbeitsplatz zu suchen, aber als Flüchtlinge mit wenig Sprachkenntnissen und ohne anerkannten Abschluss war das nicht einfach. Meine Mutter arbeitete als Küchenhilfe. Ihr Job in einer Hotelküche begann um drei Uhr morgens, und wenn sie mittags nach Hause kam, ging die Haus-



Mohamed Ibrahim 1977 während einer propalästinensischen Demonstration auf dem Kurfürstendamm in Berlin Foto: privat

nichts dazu. Am Gymnasium sagte mir ein Lehrer später ins Gesicht, ich sei niemals fähig, das Abitur zu machen, und solle besser gleich die Schule verlassen. Dabei schaute er mir tief in die Augen.

Wir haben aber auch viel Unterstützung erfahren, über die ich bis heute sehr froh bin. Als ich knapp fünf Jahre alt war, meldete mich meine damalige Erzieherin für einen Schwimmkurs an und fuhr mich persönlich zwei Mal pro Woche zum Schwimmbad. Manchmal träumte ich davon, dass mich wohlhabende deutsche Eltern in eine Villa im Grunewald mitnehmen und adoptieren würden. Aber die Jahre vergingen, und meine potenziellen Adoptiveltern machten leider einen Bogen um unser Flüchtlingsheim. Ich musste mich also selbst anstrengen – und mich mit meiner Herkunft auseinandersetzen.

Das war nicht immer leicht. Mein Vater nutzte einen kleinen Raum des Erstaufnahmeheims eine Weile lang als Friseursalon. Jeden Sonntag öffnete er die Türen für die damals noch recht überschaubare palästinensische Community Berlins. Rund 20 Männer drängten sich dort regelmäßig mit ihren Kindern in dem kleinen Raum, während er Jung und Alt den neusten Haarschnitt verpasste und meine Mutter wie am Fließband arabischen Kaffee und Tee kochte. Der verqualmte Raum ähnelte einem arabischen Kaffeehaus im Nahen Osten, und der Nahostkonflikt war ständiges Thema.

Während meine Geschwister auf dem Hof spielten, lauschte ich gebannt den Geschichten der alten Männer, von denen viele den Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon 1982 hautnah miterlebt hatten. Viele dieser Menschen litten unter Kriegstraumata und hätten eigentlich eine psychosoziale Betreuung benötigt, um über ihre Kriegserfahrungen zu sprechen. Aber die meisten waren schon froh, wenn sie nicht abgeschoben wurden.

Als ich diesen alten Männern zuhörte, wurde ich wütend und begann, einen Hass auf Juden zu entwickeln. Mein Vater wies mich scharf zu recht. Er erklärte mir, dass Jüdinnen und Juden religiös gesehen „unsere Cousins und Cousinen“ seien und dass der Konflikt um Palästina ein politischer Konflikt sei. Er erklärte mir auch, dass Adolf Hitler alle Juden habe vernichten wollen, weil sie Juden waren, während die meisten Deutschen nur zugeschaut hätten. Die Aussage meines Vaters beeindruckte mich damals sehr.

Trost fand mein Vater in der Erinnerung an seine verlorene Heimat und in der Politik. Er freute sich, wenn ich bei Palästina-Demonstrationen das Palästinenstertuch trug. Einmal im Jahr wurde in der alten Mensa der Technischen Universität Berlin mit Gedichten, Liedern, Dabke-Tanz und Falafel der Heimat gedacht. Dort wuchs mein Interesse an der Geschichte Palästinas. Eine palästinensische Sozialarbeiterin brachte sie uns später in ihrer kleinen Wohnung in Berlin-Friedenau näher. An ihren Wänden hingen Werke palästinensischer Künstler und Gedichte von Mahmoud Darwish. Weil ich nur teilnehmen durfte, wenn

meine Schulnoten stimmten, strengte ich mich in der Schule umso mehr an.

In dieser Zeit war die internationale Solidarität mit Palästina auch in Deutschland spürbar. Demonstrationen, Kundgebungen und das jährliche Gedenken an die Nakba – die Flucht und Vertreibung Hunderttausender Palästinenser*innen im Jahr 1948 – wurden staatlich nicht unterbunden. An Repressionen gegen die Palästina-Solidarität in Berlin kann ich mich aus dieser Zeit nicht erinnern.

Zugleich erfuhren wir bereits früh in der Schule etwas über den Holocaust und die industrielle Ermordung von Millionen von Jüdinnen und Juden. Als ich etwa 14 Jahre alt war, lief im Fernsehen außerdem die US-Serie „Holocaust“. Die fiktive Geschichte einer jüdischen Berliner Arztfamilie erreichte ein breites Publikum und führte zu einer Diskussion über die deutsche NS-Vergangenheit.

Doch an meiner Oberschule gab es mindestens zwei Schüler, die offen nationalsozialistische Einstellungen vertraten. Diese Mitschüler fragten immer wieder, warum die NS-Zeit im Unterricht so einen großen Stellenwert einnehmen müsse. Die Lehrer*innen ließen diese Kritik an sich abprallen, setzten sich aber nicht wirklich ernsthaft damit auseinander. Bis heute hat sich an dieser Haltung aus meiner Sicht nur wenig verändert.

Ich habe später eine Reihe von Dokumentationen über den Holocaust gesehen, die sich tief in mein Gedächtnis eingebrannt haben. Nach Claude Lanzmanns „Shoa“ aus dem Jahr 1986 fragte ich mich: Wie konnten Menschen dabei zusehen, wie andere Menschen systematisch und vor ihren Augen umgebracht wurden? Eine Antwort erhielt ich Jahre später, als ich Hannah Arendts „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen“ las. Dort stellt sie fest, dass schreckliche Verbrechen von ganz gewöhnlichen Menschen begangen werden – nicht aus fanatischem Hass, sondern aus Gedankenlosigkeit, Anpassung und blindem Befolgen von Befehlen.

Dennoch – oder gerade wegen dieser Aufarbeitung der Geschichte – begann ich, mich immer stärker mit Deutschland zu identifizieren. Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, begrüßten Tausende West-Berliner*innen, egal welcher Nationalität und Religion, gemeinsam die Menschen aus dem Osten, wir freuten uns mit ihnen. An diesen Tagen hatte ich das Gefühl, dazuzugehören.

Bald kamen einige Schüler*innen aus den neuen Bundesländern in meine Abiturklasse. Ich freundete mich schnell mit einigen von ihnen an, mir gefiel ihre bodenständige und ehrliche Art. Wenn es um die Themen Diskriminierung und Ungleichbehandlung ging, waren sie solidarisch und setzten sich für benachteiligte Schüler*innen ein. Mir imponierte das sehr.

1991 wurde ich deutscher Staatsbürger, 1995 begann ich an der Freien Universität Berlin ein Studium der Politikwissenschaften. Als die Attentäter von al-Qaida am 11. September 2001 ihre Anschläge auf die Twin Towers in New York verübten, zog ich vor die US-Botschaft, in der Hand ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Palästina trauert“. Doch

während es einige Menschen begrüßten, dass ich gekommen war, schrien mich andere an, ich solle den Platz verlassen. Man musste kein Hellseher sein, um zu ahnen, dass die Ressentiments gegen Muslime zunehmen würden. Ich merkte, dass ich unter besonderer Beobachtung stand.

Dennoch verlor ich nie die Hoffnung und Kraft, mich gegen Vorurteile einzusetzen. Ich begann, mich politisch zu engagieren, führte mit Gleichgesinnten Veranstaltungen durch, die zum Abbau von Vorurteilen beitragen sollten, und hielt Vorträge in Bildungseinrichtungen. Außerdem warb ich in migrantischen Communitys dafür, sich an Landtags- und Bundestagswahlen zu beteiligen.

2005 sprach mich ein jüdisch-israelischer Bekannter an. Seine Idee war, als palästinensisch-israelisches Trainertandem gemeinsame Workshops zum Nahostkonflikt in Bildungseinrichtungen anzubieten und durchzuführen. So ein Projekt gab es in dieser Form zu jener Zeit noch nicht, und viele Lehrer*innen klammerten das Thema im Unterricht lieber aus.

Im Jahr 2006 führten wir an einer Berliner Schule unseren ersten gemeinsamen Workshop als palästinensisch-israelisches Tandem. Einerseits ging es uns darum, den Schüler*innen zuzuhören. Andererseits hatten viele Schüler*innen dort vorher noch nie einen Israeli kennengelernt, geschweige denn mit ihm gesprochen. Manche Vorurteile schienen unüberbrückbar zu sein. Unser empathischer Zugang trug dazu bei, sie zu hinterfragen.



Mohamed Ibrahim 1998 in Nablus beim Besuch einer Seifenfabrik Foto: privat

Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts spielte im Laufe der Jahre eine immer stärkere Rolle. Ich erinnere mich an viele spannende Workshops, aber auch an frappierende Erlebnisse – etwa als eine Lehrerin am Ende eines Workshops für Schüler*innen in offener Runde fragte: „Wie ist das eigentlich mit dem jüdischen Gen?“ Im Laufe der Jahre weiteten wir unsere Workshops für Lehrer*innen aus, um sie im Umgang mit dem Nahostkonflikt im schulischen Alltag zu stärken, und es kamen weitere Auftraggeber dazu: Neben Schulen führten wir Seminare für muslimische und jüdische Studierende, Jugendeinrichtungen und im Jüdischen Museum Berlin durch. Ich hatte das Gefühl, damit zumindest Denkanstöße geben und zum Perspektivwechsel anregen zu können.

Doch dann kam der 7. Oktober 2023. Nach dem brutalen Angriff der Hamas auf Zivilist*innen riegelte Israel den Gazastreifen vollständig ab und begann mit massiven Bombardierungen. Die Bundesregierung unter Olaf Scholz sagte Israel ihre uneingeschränkte Unterstützung zu. Im Verständnis der deutschen Staatsräson schien für das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung kaum Platz zu sein.

Die folgenden Wochen haben mich verändert. Ich konnte kaum schlafen. Die Bilder aus Gaza verfolgten mich bis in meine Träume, die Belastung zeigte sich schließlich auch körperlich. Obwohl die Anfragen für Workshops zunahmen, sagte ich sie zunächst ab. Ich war dazu nicht in der Lage. Was mich zusätzlich traf: Kaum jemand fragte, wie es

mir oder meiner Familie ging. Ich fühlte mich unsichtbar. Umso mehr berührte mich die Anteilnahme israelischer und jüdischer Kolleg*innen sowie anderer Freund*innen, die sich aufrichtig nach meinem Befinden erkundigten.

Auch der öffentliche Raum veränderte sich. Viele Demonstrationen gegen den Krieg wurden zunächst verboten. Eine von mir angemeldete Versammlung wurde trotz vorheriger Genehmigung vor Ort von der Polizei untersagt. Später wurden wieder mehr Kundgebungen zugelassen. Gleichzeitig erlebte ich Polizeigewalt gegen Demonstrierende in einem Ausmaß, das ich bis dahin nicht kannte. Seitdem gehe ich Polizeibeamt*innen auf der Straße möglichst aus dem Weg.

Mein ganzes Leben hatte ich versucht, Brücken zu bauen – zwischen Menschen, Perspektiven und Erfahrungen. Rassismus und Racial Profiling kannte ich bereits. Auf den antipalästinensischen Rassismus nach dem 7. Oktober war ich jedoch nicht vorbereitet.

Ich habe Deutschland immer als meine Heimat verstanden. Heimat bedeutet für mich mehr als ein Pass oder ein Wohnort. Sie lebt davon, gesehen zu werden und Mitgefühl zu erfahren. Nach dem 7. Oktober hatte ich oft das Gefühl, genau das verloren zu haben. Deshalb bezeichne ich mich heute nicht mehr als Deutsch-Palästinenser, sondern als Palästinenser. Die Vorsilbe „Deutsch“ habe ich abgelegt.

Mohamed Ibrahim ist Politologe und organisiert seit vielen Jahren Dialog- und Bildungsprojekte.

taz **kurzreisen**
in Deutschland

Gemeinsam Deutschland besser kennenlernen
Der ökologische Umbau des Ruhrgebiets ist Thema der Bochum/ Essen-Reise: Wir radeln u. a. auf dem Ruhrtal-Radweg, durchstreifen zu Fuß renaturierte Emscher-Auen und treffen Initiativen zum Thema
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin



16. bis 20. August 2026
Ökologischer Umbau: Kultur & Medien statt Kohle & Stahl BOCHUM/ESSEN (GRÜNES RUHRGEBIET)
In Begleitung von taz-Autor Holger Pauler

Mit Besuch des Weltkulturerbes Zollverein, einer Energiegenossenschaft, des Journalisten-Kollektivs CORRECTIV sowie Radtouren über ehemalige Zechen-Anlagen.
4 Übernachtungen im Holiday Inn Express Hotel;
ab 820 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Nähere Informationen zu allen taz-Reisen im Internet: **www.taz.de/tazreisen** oder unter Telefon **(0 30) 2 59 02-117**

7. bis 11. September 2026
Sorbische Gemeinden und Ökologie, Refugium für Utopien HERRNHUT (OBERLAUSITZ)
In Begleitung von taz-Redakteurin Sabine Seifert

Mit Ausflügen nach Görlitz und Bautzen, Treffen mit sorbischer Schriftsteller und dem Ex-Bürgermeister von Nebelschütz, einem Dorf, in dem im Alltag sorbisch gesprochen wird.
4 Übernachtungen im Gästehaus der Herrnhuter Brüdergemeine
ab 950 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Reportage & Recherche

Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche



Was läuft da zwischen Merz und Meloni? Die italienische Ministerpräsidentin im Juni im Kanzleramt
Foto: Kay Nietfeld/dpa

Entsetzen über Merz’ Solidarität mit Meloni

Im Migrationschaos von Ceuta sprang die Bundesregierung den rechten Kritiker*innen der spanischen Regierung bei. Der Unmut darüber wächst

Von **Frederik Eikmanns**

An der Reaktion der Bundesregierung auf das Migrationschaos in Ceuta gibt es immer mehr Kritik. Nicht nur Grüne und Linke sind entsetzt darüber, dass Kanzler Friedrich Merz (CDU) einen Brief unterzeichnet hat, der die spanische Regierung massiv angreift. Auch in der mitregierenden SPD gibt es Unmut.

Aus dem angrenzenden Marokko waren am Donnerstag der vergangenen Woche zehntausende Migrant*innen in die spanische Exklave Ceuta gekommen, die sich auf der afrikanischen Seite der Straße von Gibraltar befindet. Dabei starben wohl über 70 Menschen, viele von ihnen ertranken beim Versuch, Grenzabsperungen zu umschwimmen. Weil die Grenze

zu Ceuta eigentlich hochgesichert ist, spricht viel dafür, dass Marokko die Menschen gezielt passieren ließ, um politischen Druck auf Spanien aufzubauen.

Auf ähnliche Weise haben auch die Türkei und Belarus in den letzten Jahren schon versucht EU-Staaten unter Druck zu setzen. Die damals betroffenen Länder wie Griechenland oder Polen erfuhren stets große Solidarität der anderen EU-Staaten, selbst wenn sie die Migrant*innen mit brutalster Gewalt zurücktrieben. Das ist dieses Mal anders. Obwohl die spanischen Behörden die Lage schnell unter Kontrolle hatten, schlug der Regierung von Premier Pedro Sanchez weiterhin massive Kritik entgegen.

Besonders hervorgetan hat sich dabei die rechtsextreme

italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni. Einen von ihr initiierten Brief mit scharfer Kritik an Sanchez, unterzeichnete neben 21 anderen EU-Staatschefs auch Bundeskanzler Merz. Und das, obwohl der Verdacht nahe liegt, dass es Meloni vor allem um Selbstinszenierung und einen Angriff auf das progressive Projekt von Sanchez geht. Deswegen Regierung setzt zwar gegenüber Geflüchteten teils weiterhin auf Abschottung, beschloss zuletzt aber auch die Regularisierung von hunderttausenden Menschen, die bislang ohne legalen Aufenthalt in Spanien gelebt hatten.

Entsprechend groß ist nun bei der Opposition in Berlin das Befremden über die Haltung der Bundesregierung. Der innenpolitische Sprecher der

Grünenfraktion, Marcel Emmenrich, sagte der taz, die Reaktion der Bundesregierung, sei „weder souverän noch europäisch“. Und weiter: „Es ist beschämend, wie wenig die vielen Todesopfer, darunter Kinder, für die Bundesregierung eine Rolle spielen.“ Dass sich die EU-Länder so schnell gegeneinander aufbringen lassen, „spielt den Feinden der europäischen Idee in die Hände“.

Tatsächlich scheint es durchaus möglich, dass hinter dem zehntausendfachen Grenzübertritt nicht nur die marokkanische Regierung steckt. Die US-Regierung von Donald Trump unterhält gute Kontakte zur marokkanischen Regierung – und liegt im offenen Streit mit Sanchez, seit dieser den US-Streitkräften die Überflugrechte für ihren Krieg gegen den Iran verweigerte.

Der US-Präsident nutzte die Bilder der nach Ceuta strömenden Migrant*innen jedenfalls sofort für ätzende Warnungen vor einer Invasion der Migranten. Auch von russischen Staatsmedien und zahlreichen rechtsextremen Parteien europaweit wurden die Szenen für Propagandazwecke ausgeschlachtet.

Die innenpolitische Sprecherin der Linken, Clara Büniger, sagte der taz: „Es ist erschreckend, wie schnell der Tod von mehr als 70 Menschen international für rechte Stimmungsmache und geopolitische Machtspiele instrumentalisiert wird.“ Deshalb sei der Kurs der Bundesregierung umso beschämender: Statt Mitgefühl zu zeigen und über sichere Wege und eine gemeinsame europäische Lösung zu sprechen, stelle sich Bundes-

kanzler Merz an die Seite von Meloni und den Ultrarechten. Dies liefere „Rückenwind“ für alle, die am „autoritären Umbau“ Europas arbeiteten.

Auch in der mitregierenden SPD-Fraktion wird der Unmut lauter. SPD-Vizekanzler Lars Klingbeil hatte sich schon am Samstag hinter Sanchez gestellt und gesagt: „Gerade in solchen Situationen darf Europa sich nicht auseinanderdividieren lassen“. Am Montag wurde der Außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Adis Ahmetovic, noch etwas deutlicher: „Die Botschaft muss klar sein: Die territoriale Integrität Spaniens bleibt gewahrt, und als EU lassen wir uns nicht spalten. Dafür sind Entschlossenheit nach außen und Solidarität nach innen erforderlich.“

„Mit uns fällt die Vernetzung weg“

Die Bundesregierung streicht dem queeren Jugendnetzwerk Lambda die Förderung. Damit geht auch der politische Rückhalt verloren, sagt Bundesgeschäftsführerin Kim Alexandra Trau

Interview **Amelie Sittenauer**

taz: Frau Trau, für queere Menschen hat die schwarz-rote Regierung noch nicht viel getan. Ändert sich das nach dem Anschlag auf den CSD in Berlin in der letzten Woche nun?

Kim Trau: Nein, dem ist bislang nicht so. Als queerer Jugendverband hat uns bislang keine Nachricht erreicht, dass doch mehr Geld für queere junge Menschen bereitgestellt wird.

taz: Kurz vor dem CSD war stattdessen bekannt geworden, dass Ihrem Jugendnetzwerk Lambda sogar die Förderung gestrichen werden soll.

Trau: Soweit wir wissen, sollen Lambda als einzigem Jugendverband die Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) komplett gestrichen werden. Über den KJP werden seit der Zeit Adenauers Jugendverbände gefördert, die katholische Jugend, die Wanderjugend oder die THW-Jugend – und seit 1990 auch wir. Doch gestrichen wird nur bei uns, bei den anderen wird laut unserer Information nicht einmal gekürzt.

taz: Ende letzter Woche gab es deshalb an Ministerin Karin Prien (CDU) einen Protestbrief von 198 Organisationen, darunter andere Jugendver-

bände und zivilgesellschaftliche Organisationen. Glauben Sie, da tut sich noch etwas?

Trau: Ich hätte mir erhofft, dass sich spätestens am Montag nach dem CSD-Anschlag das Ministerium meldet und sagt: ‚Angesichts der Situation wollen wir ein Zeichen setzen, für 2027 werden Sie als Jugendverband weiter gefördert.‘ Das ist nicht geschehen. Was muss noch passieren, damit die Politik sieht, wir als queere Community werden angegriffen? Da geht es nicht nur um Geld, sondern auch um Rückhalt. Ich höre aus der Politik zu wenig Handfestes, Kritik kommt aus der Opposition und der SPD, aber leider nichts von der CDU.

taz: Was würde diese Streichung für Lambda bedeuten?

Trau: Die 380.000 Euro an jährlichen Fördermitteln sind das Rückgrat unserer Jugendverbandsarbeit. Diese Strukturförderung brauchen wir, damit der Verband eine Geschäftsstelle finanzieren, damit er Vorstandssitzungen durchführen kann. All diese zentrale Hintergrundarbeit wird infrage gestellt.

taz: Aus dem Ministerium hieß es, dass Lambda auch künftig Fördermittel aus dem KJP beantragen könne. Reicht das nicht?

Trau: Projektförderung ist für Pro-

jekte da, nicht für die Finanzierung eines Jugendverbands. Außerdem ist laut KJP-Richtlinie eine Anschlussförderung nach Projektende ausgeschlossen. Dann heißt es in ein, zwei Jahren: ‚Tut uns leid, aber jetzt dürfen wir Sie nicht mehr fördern.‘ Aktuell liegt es am Wollen und nicht am Können. Und überhaupt: Warum soll Geld für eine Projektförderung da sein? Eine Kürzung wäre dann doch auch möglich und das kleinere Übel gewesen.

taz: Wie kann man sich die Arbeit von Lambda vorstellen?

Trau: Wir machen seit Jahrzehnten neben der Jugendverbandsarbeit auch Beratungsarbeit. Es gibt den Queersupport, unser digitales Beratungsangebot, und viele Empowerment- und Bildungsveranstaltungen. All das fällt nun weg. Für unser digitales Jugendzentrum, das gerade in der Testphase ist, entfällt der Träger. Es ist auch unklar, wie es mit unserem Jugendmagazin *out!* weitergeht.

taz: Was würde das für einen jungen queeren Menschen konkret bedeuten?

Trau: Wichtig ist erst mal zu sagen: Auf Bundesebene werden die Mittel gestrichen. Alles, was aus Landes- oder Kommunalmitteln finanziert wird, ein lokales Jugendzentrum beispielsweise, steht glücklicherweise nicht infrage.

Mit uns fällt aber die Vernetzung weg. Und mit den Streichungen sind queere Jugendliche sehr viel stärker davon abhängig, wer vor Ort ist, ob es Angebote gibt und ob queere Themen schon irgendwie praktiziert werden.

taz: In den Kommunen und Ländern wird hingegen die AfD immer stärker. Auch queerfeindliche Hasskriminalität nimmt zu. Wie wappnen Sie sich gegen all das?

Trau: Wir sind sowohl Mitglied im Deutschen Bundesjugendring als auch im Paritätischen Gesamtverband, denn nur gemeinsam mit anderen haben wir eine Chance. Nicht wenige queere Jugendgruppen treffen sich unter dem Dach von Kirchen und sozialen Trägern vor Ort. Vielleicht bekommt das Kirchenasyl bald wieder die Bedeutung, wie es sie in DDR hatte. Da trafen sich auch die Opposition, Naturschützer*innen, Lesben und Schwule und andere kritische Stimmen in Räumen der Kirchen.

taz: Wie kann die Gesellschaft queere Jugendliche wirklich schützen und ein Ally sein?

Trau: Das eine ist Geld und Zeit. Wer unterstützen will, kann sich beispielsweise bei queeren Jugendangeboten melden und fragen, was gerade gebraucht wird, ob das Spenden für ei-

nen Tischkicker sind oder jemand fürs Plakateaufhängen gesucht wird. Fragen ist immer ein guter erster Schritt, wenn man ein Ally sein möchte. Und das andere ist, zu sprechen und zu widersprechen, wenn sich queerfeindlich geäußert wird. Denn immer, wenn jemand Stopp sagt, dann hören das auch queere Menschen. Es gibt Halt, wenn ich weiß, ich bin nicht die einzige Person, die agiert, sondern da sind andere Menschen, die für mich in die Bresche springen.



Foto: privat

Kim Alexandra Trau ist hauptamtliche Bundesgeschäftsführerin vom Jugendnetzwerk Lambda e.V. Sie koordiniert die Programme des Vereins und arbeitet dem Bundesvorstand, bestehend aus fünf ehrenamtlich aktiven Jugendlichen, organisatorisch zu. Trau wohnt in Berlin und ist seit über 20 Jahren in der queeren Community aktiv.

Es war das Jahr 1975, als das österreichische Magazin *Profil* eine Nachricht in eigener Sache veröffentlichte: „Wir müssen Ihnen mitteilen: Unser ehemaliger Art Director wurde vom Wahnsinn gepackt und plant nun, einen eigenen Zirkus zu gründen.“

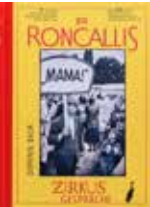
Dass der Mann – ein gewisser Bernhard Paul – dem Wahnsinn anheimfiel, war ein Glück. Bis zu 1.500 Menschen können das heute Nachmittag für Nachmittag, Abend für Abend bezeugen: die Besucher des Circus Roncalli. Wer damals vorausgesagt hätte, dass Roncalli mal seinen 50. Geburtstag feiern würde, wäre für verrückt erklärt worden. Und doch: In diesem Jahr ist es so weit.

Vor 50 Jahren gründete Bernhard Paul gemeinsam mit dem Wiener Chansonnier und Universalkünstler André Heller den Circus Roncalli. Nachdem sie ihren Zirkus schon 1975 beim Steirischen Herbst in Graz vorgestellt hatten, feierte er im Mai 1976 in Bonn Premiere. Ein Kunstwerk, das einschlug.

Ein paar Jahrzehnte später sitzt der Clown Pic in seinem Atelier in St. Gallen und erinnert sich. „Zu der Zeit war der Zirkus im Niedergang begriffen. Damals ging es nur noch um Sensationen. Immer nur höher, weiter und immer mehr – die Zuschauer fanden das langweilig. Und dann war da dieser Zirkus, der auf Kommunikation, auf Kontakt aus war, wo auch die Kleinigkeiten zählten.“

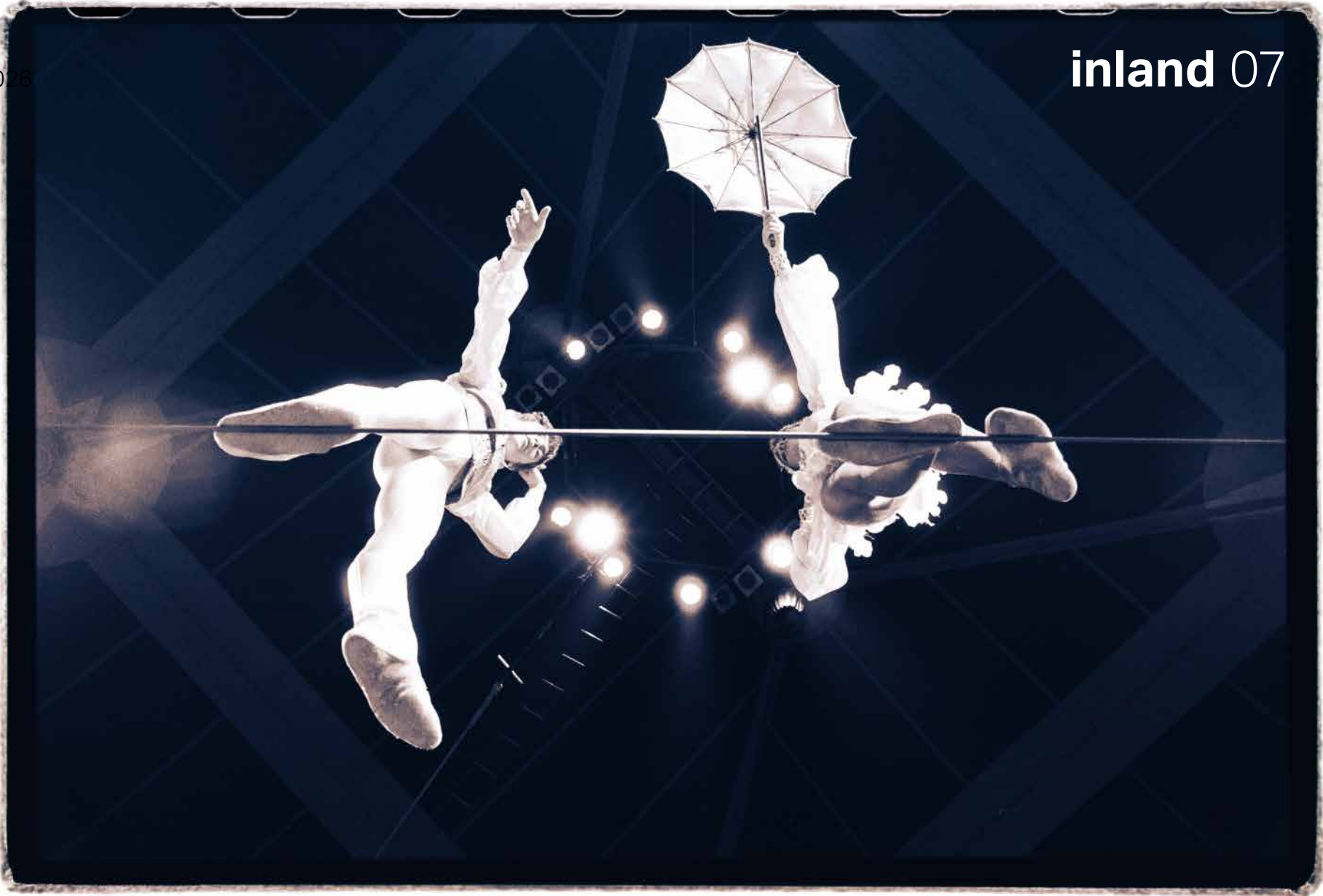
Heller und Paul wollten den darniederliegenden Zirkus der Siebziger nicht wiederbeleben. Sie wollten ihn neu erfinden. Doch so ganz einig waren sie sich nicht darin, wie diese Erfindung auszusehen hatte. Irgendwas mit Karl Kraus und ungewöhnlichen Kostümen, angesiedelt irgendwo zwischen Commedia dell'Arte und absurdem Theater, irgendwie als Erinnerung an den Zirkus aus der guten alten Zeit – wann immer die gewesen sein mag – und doch wie frisch aus einem Fellini-Film gepurzelt. Wie ihr Roncalli überhaupt ein Zirkus voller Widersprüche war: traditionell, aber alternativ; intellektuell, aber populär; Bernhard Paul, aber eben doch auch André Heller.

An letzterem Widerspruch ist der Zirkus dann auch vorübergehend zerbrochen. André Heller ging, die Widersprüche blieben. Und vielleicht waren es gerade sie, die Roncalli später seinen Erfolg bescherten: das nicht Greifbare, zwischen dem Glamour der Zwanziger, Sgt. Pepper und Breakdance



Roncalli – das Buch

Pünktlich zum Jubiläum ist der Interview-Bildband „Die Roncallis“ von taz-Journalist Dominik Baur erschienen. In ausführlichen Gesprächen erzählen 14 Menschen, die an der Roncalli-Erfolgsgeschichte mitgeschrieben haben, ihre Geschichten: Clowns, Artisten, Tierlehrer, aber auch Mitwirkende, die nie in der Manege standen. Erhältlich ist das Buch auf scalala.de, im taz-Shop oder der Buchhandlung Ihres Vertrauens.



Die Seiltänzer Agathe Olivier und Antoine Rigot waren Mitte der Achtziger bei Roncalli. Später wirkten sie beim Cirque du Soleil mit Foto: NAVIGO

Hereinspaziert in die heile Welt

Der Circus Roncalli wird 50 Jahre alt. Wie er bis heute versucht, kein ganz normaler Zirkus zu werden

Aus München **Dominik Baur**

fröhlich dahin Mäandernde, das den Reiz dieses Zirkus bis heute ausmacht. And of course, Henry, The Horse, dances the waltz.

Pic, der Clown, kam mit seinem damaligen Partner Pello im Jahr 1980 zu Roncalli. In dem Jahr erlebte der Zirkus nach dem gescheiterten ersten Anlauf eine Wiederauferstehung. Eine Wiederauferstehung, an der Pic und Pello mit ihrem leisen Humor einen gehörigen Anteil hatten. Der Schweizer Kabarettist Emil Steinberger, der als Geldgeber und Regisseur kurzzeitig mit an Bord war und die Wiedergeburt erst möglich machte, hatte sie empfohlen. Acht Auftritte pro Vorstellung hatten die beiden in ihrer ersten Roncalli-Spielzeit. Und Pic wurde mit seinen riesigen Seifenblasen zum Sinnbild für Roncalli.

„Das ging schon beim Einlass los“, erzählt der Clown, „wo die Zuschauer von den Artisten mit kleinen Späßen empfangen wurden und rote Tupfen auf die Nase oder Backe gemalt bekamen. Die Menschen liebten das.“

Neben Pic steht im Atelier die große blaue Kugel mit den silbernen Sternen auf einem alten Autoreifen. In ihr ist Pic zu Beginn seiner Seifenblasennummer immer in die Manege gerollt. Jetzt kleben ein paar Notenblätter daran, er probt gerade für sein nächstes Bühnenprogramm. „Es gab ein Live-Orchester und einen roten Faden“, schwärmt er, „eine Königin aus Lipizza mit einem Kopffüßler, einer Riesenmaske, unter der Pello steckte, dazu moderne, klassische Musik. An vielen Orten schimmerte Ironie durch.“

50 Jahre Roncalli, ein halbes Jahrhundert unter der Ägide des Gründers, das hat

im deutschsprachigen Raum noch kein Zirkus gefeiert. Von den Großzirkussen, die es im deutschsprachigen Raum gab und die Roncalli anfangs belächelten, fahren heute nur noch der Circus Krone und der Schweizer Nationalcircus Knie durch die Lande. Althoff, Hagenbeck, Barum, Williams, Sarrasani, Busch-Roland? Vergangenheit!

Roncalli ist noch da.

Es ist nicht leicht, dem Phänomen Roncalli auf die Schliche zu kommen. Aber es gibt Schlagwörter, die helfen könnten. „Gesamtkunstwerk“ ist eines. „Das gehört zur Zutatenliste. Und natürlich die Show selbst.“ Das war keine Aneinanderreihung von Nummern, sondern eben ein richtiges Programm“, erzählt Emil Steinberger. „Artistisch gesehen waren das nicht unbedingt nur Spitzenleistungen, aber darauf kam es nicht an. Die Lindors am Trapez beispielsweise, das waren einfach tolle Menschen mit einer phantastischen Ausstrahlung.“

Aber auch Emil Steinberger war das „Drumherum“ besonders wichtig. Drei Tage vor der Premiere in Köln griff er noch selbst zum Pinsel und strich den Zentralkäfig bunt an. Damals war Roncalli noch im besten Sinne des Wortes ein alternativer Zirkus. „Ich fand auch, es wäre doch schön, wenn das Orchester nicht immer nur da

oben sitzt. Die Musiker sollen sich mal vorstellen. Dann habe ich das so inszeniert, dass die, während sie spielen, die Stiege runterkommen und sich am Manegenrand positionieren. Das sind alles so Kleinigkeiten.“

Immer schon war Roncalli ein bisschen mehr Theater als Leistungsschau. Ein Salto mehr oder weniger, wen kümmert es? Wer braucht schon Superlative auf einer Reise zum Regenbogen? Wobei: „Die größte Poesie des Universums“, so der Titel des ersten Programms, war schon ein schöner Superlativ.

Klar, ein bisschen Zucker-guss ist auch dabei. Hereinspaziert, hereinspaziert, kommen Sie herein in die heile Welt! Roncalli bietet – wie jeder gute Zirkus – Eskapismus in seiner schönsten Spielart. Und lässt eintauchen in Erinnerungen, die man hat oder auch nur zu haben vermeint. „Seid bestürzt“, rief Heller dem Publikum zu – Paul dagegen will es unterhalten.

Natürlich ist es ein schmaler Grat – zwischen Kitsch und Poesie, zwischen Mit-der-Zeit-Geist und Dem-Zeitgeist-Hinterherhecheln. „Poesie“ wurde schnell zum Label für Roncalli, erst zum Alleinstellungsmerkmal, dann zur Kopiervorlage für die Konkurrenz. Doch Poesie, warnt Pic, der Clown, ist eine heikle Sache. „Von der Poesie zum Poesie-Album ist es nur ein kleiner Schritt. Schau dir doch mal manche dieser sogenannten Poesie-Clowns an: Das ist so ein Kitsch. Das ist so schwach, da friert es mich.“

Die Kunst besteht darin, die Gratwanderung ohne Absturz zu meistern. Pic konnte das. Roncalli konnte es auch – meistens. Inzwischen läuft der Zirkus allerdings Gefahr, Opfer seiner Nostalgie zu werden. In

den Achtzigern, da habe Roncalli noch überrascht, sagen manche, inzwischen sei vieles erwartbar, sei Roncalli ein ganz normaler Zirkus geworden. Das nie Dagewesene, man kennt es schon.

Immer öfter wirbt Roncalli nun mit dem, was man nicht hat, statt mit dem, was man hat. Tierfrei sei man, auch plastikfrei. Nicht dass die Bratwurst in der Pause vegan oder bio wäre, so tierfrei ist man

dann auch wieder nicht. Aber der Zeitgeist hinterlässt halt seine Spuren. Geht ja auch gar nicht anders. Rebellenstatus und 50 Jahre erfolgreiche Unternehmensführung – das passt nicht. Die Rolling Stones sind auch nicht mehr das, was sie in den Sechzigern waren, da mögen sie noch so oft „Satisfaction“ spielen. Und dennoch füllen sie Stadien. Und Roncalli sein Zelt. The show must go on.

Anzeige

Unterstützen Sie ...

Ruhe schenken. Widerstand stärken

Mit dem Auszeitstipendium „Rest & Resilience“ ermöglicht die taz panterstiftung bedrohten unabhängigen Journalist:innen aus Krisen- und Kriegsregionen eine Zeit der Sicherheit und neuen Kraft.

Sechs Monate Auszeit und Weiterbildung in Berlin.

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz☘ panterstiftung

Die Welt verstehen.

Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



Hohe Gesundheitsbelastung für Frauen durch Pestizide

Eine Studie zeigt den Zusammenhang zwischen Fehlgeburten und Chemikalien in der argentinischen Landwirtschaft

Von **Jürgen Vogt**

Schwangere Frauen haben in ländlichen Gebieten Argentiniens ein erhöhtes Fehlgeburtsrisiko. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die einen Zusammenhang zwischen dem intensiven Einsatz von Pestiziden in der industriellen Landwirtschaft und gesundheitlichen Problemen bei Frauen in neun ländlichen Ortschaften der argentinischen Provinz Santa Fe aufzeigt, darunter auch San Jorge.

Die Studie mit dem Titel „Spontane Fehlgeburten und Schilddrüsenunterfunktion in ländlichen argentinischen Bevölkerungsgruppen in pestizidbelasteten Anbaugebieten“ beschreibt einen statistischen Zusammenhang zwischen der Belastung durch Pestizide und den beobachteten Gesundheitsproblemen. Die Autor*innen sehen darin starke Hinweise auf einen Einfluss des agrarindustriellen Modells.

Seit 1996 ist in Argentinien der Anbau von gentechnisch verändertem Soja-Saatgut erlaubt. Mit ihm begann vor 30 Jahren der rasante Ausbau eines Agrarmodells, das auf dem Einsatz von Glyphosat und zahlreichen anderen Agrochemikalien basiert. Die Anbaufläche für Sojabohnen wuchs von etwa sechs Millionen Hektar im Jahr 1996 auf heute rund 18 Millionen Hektar.

Die Nationale Biotechnologiekommission (Conabia) hat seither über 90 gentechnisch veränderte Saatgutsorten zugelassen. Neben

Das Landwirtschaftsmodell basiert auf dem Einsatz von Glyphosat und anderen Agrochemikalien

Sojabohnen sind es vor allem Mais, Weizen, Kartoffeln, Baumwolle und Luzerne. Parallel dazu stieg der Einsatz von Agrochemikalien auf rund 500 Millionen Liter Pestizide, die mithilfe von Sprühfahrzeugen oftmals auch in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten ausgebracht werden.

Die im Juli veröffentlichte Studie basiert auf Daten aus den Jahren 2008 bis 2018 und umfasst 6.497 Frauen im Alter von 18 bis 70 Jahren, die Angaben zu Spontanaborten und zur medikamentösen Behandlung einer Schilddrüsenunterfunktion machten. Sie wurde vom Institut für Sozio-Umweltgesundheit der Medizinischen Fakultät der Universität Rosario erarbeitet und in der Zeitschrift für öffentliche Gesundheit der Universität Córdoba (UNC) veröffentlicht. Insgesamt wurden 2.870 Schwangerschaften untersucht. Davon endeten 369 mit einem Schwangerschaftsverlust, die meisten im ersten Schwangerschaftsdrittel.

Demnach hatten Frauen in Regionen mit intensivem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und hohem Pestizideinsatz ein 2,4-fach höheres Risiko für Fehlgeburten als Frauen im landesweiten Durchschnitt. Gleichzeitig trat eine Schilddrüsenunterfunktion 2,5-fach häufiger auf.

Die Autor*innen betonen, dass ihre Untersuchung keine eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehung nachweist, aber deutliche Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen Pestizidbelastung und den untersuchten Erkrankungen liefert. Als Vorsorgemaßnahmen empfehlen sie, Sprühungen am Boden erst ab einem Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohngebieten zu erlauben und Sprühungen aus der Luft vollständig zu verbieten.

„Die Auswirkungen von Pestiziden auf die öffentliche Gesundheit sind unbestreitbar, die wissenschaftlichen Beweise sind erdrückend“, erklärte Facundo Fernández von der Medizinischen Fakultät der Universität Rosario und Mitautor der Studie. Statt jedoch Präventivmaßnahmen zu ergreifen, spielen die Regierung und große Teile der Opposition zusammen mit der Agrarlobby die gesundheitlichen Folgen für die ländliche Bevölkerung herunter.

Zahl des Tages

180 Kilogramm

Die Pegel der europäischen Flüsse sinken und sinken. Die Donau führt nur ein Drittel des für die Jahreszeit üblichen Wassers. In Rumänien wurde ein Felsen in der Donau mit 180 Kilogramm Sprengstoff zerstört. So soll genug Wasser an das AKW Cernavodă gelangen, um eine ausreichende Kühlung zu gewährleisten. Der Meiler liegt an einem wasserarmen Seitenarm der Donau. Fließt jetzt immer noch nicht genug Wasser, muss er abgestellt werden – wie das einzige AKW in Rumänien, das bereits vom Netz genommen worden ist. Auch Atomkraftwerken in anderen Ländern wie Frankreich macht die aktuelle Wetterlage zu schaffen. Angesichts der steigenden Erderhitzung hilft nur eins: schnell ganz abschalten.

Nur Konzerne finden Gehör

Das Wirtschaftsministerium spricht über die EU-Methanverordnung zum Klimaschutz nur mit der Gas-Branche. Treffen mit Umweltverbänden gibt es dazu nicht

Von **Anja Krüger**

Das von Katherina Reiche (CDU) geführte Bundeswirtschaftsministerium hat sich mehrfach mit Gashändlern getroffen, um über die EU-Methanverordnung zu sprechen – aber nicht mit Umweltverbänden. Das geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Frage des grünen Bundestagsabgeordneten Michael Kellner hervor.

Methan ist Hauptbestandteil von Erdgas und sehr klimaschädlich. Es entweicht aus Bohrlöchern und Lecks etwa von Rohren. Die EU-Methanverordnung regelt, dass Energiekonzerne diese Emissionen transparent machen müssen. Sie sieht ab 2027 Strafen vor, wenn Unternehmen ihre Anlagen nicht überwachen und nichts gegen ausströmendes Methan unternehmen. Ener-

giekonzerne lehnen das ab und machen entsprechenden Druck. Wirtschaftsministerin Reiche hat sich dafür eingesetzt, die EU-Methanverordnung zu entschärfen. Das wird die EU-Kommission jetzt tun, indem sie den Mitgliedsländern rät, die Strafen für drei Jahre auszusetzen. Umweltverbände kritisieren das scharf, weil sie das als Rückschritt beim Klimaschutz begreifen.

Im Wirtschaftsministerium konnten Umweltverbände ihre Bedenken nicht vorbringen. In der Antwort auf Kellners Frage zu Treffen, bei denen die EU-Methanverordnung thematisiert wurde, taucht kein einziger Umweltschutzverband auf. Demnach hat sich Staatssekretär Frank Wenzel mit dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft sowie mit den Gasunternehmen VNG und Uniper

über das Thema ausgetauscht. VNG ist ein großer Gasimporteur und europaweit tätiger Gasgroßhändler. Uniper ist ebenfalls im internationalen Gashandel tätig. Das Unternehmen wurde in der Energiepreiskrise 2022 verstaatlicht. Außerdem gab es ein gemeinsames Telefonat mit Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth und einem Vertreter des Unternehmens VNG.

„Ein offenes Ohr hat Katherina Reiche nur für die Gasindustrie“, sagt der Bundestagsabgeordnete Kellner, der in der Ampel-Regierung grüner Wirtschaftsstaatssekretär war. „Das ist fatal: Europa brennt, Flüsse vertrocknen, und Katherina Reiche will Gasförderung, egal wie dreckig und klimaschädlich.“ Sie stelle die Gewinne der Gasindustrie damit über den Schutz der Menschen vor der Klimaänderung.



Bedingt konkurrenzfähig: Hüttenwerke Krupp-Mannesmann in Duisburg
Foto: Jochen Tack/imag

Ungewisse Zukunft für den Stahlstandort

Die Beratungsfirma PWC hält grünen Stahl aus Deutschland für nicht konkurrenzfähig. Gewerkschaftskreise warnen vor einer Aufgabe der Produktion

Von **Simon Poelchau**

Regelt es der Markt, könnte es in 10, 15 Jahren keine mittel-europäische Rohstahlproduktion mehr geben. „Für Mitteleuropa zeigt sich in keinem Szenario die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Primärstahlproduktion“, schreibt die Beratungsfirma PWC in einer am Montag veröffentlichten Studie. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Stahl klimafreundlich mit Wasserstoff oder traditionell mit Kohle erzeugt wird. Insbesondere in Indien und der Golfregion seien die Wettbewerbsvorteile bei Energie- und Rohstoffpreisen zu hoch.

Allein in Skandinavien soll künftig eine konkurrenzfähige grüne Stahlproduktion möglich sein. PWC legt deshalb nahe, die energieintensive Rohstahlproduktion ins Ausland auszulagern. Lediglich in der „wis-sensintensiven“ Weiterverarbeitung und der Stahlgewinnung

aus Schrott sieht die Beratungsfirma eine wettbewerbsfähige Zukunft. Gewerkschaftskreise warnen allerdings davor, den Standort aufzugeben.

Dass die Stahlindustrie schon länger in der Krise steckt, ist unbestritten. Weltweit herrschen Überkapazitäten, weil die Autobauer in der Krise sind, fehlt die heimische Nachfrage. Seit dem Jahr 2008 gingen in der europäischen Stahlindustrie rund 100.000 Jobs verloren. Weitere Entlassungen drohen. Neue EU-Schutzzölle sollen die hiesige Produktion vor billiger Konkurrenz aus China, Indien und der Türkei schützen.

Die Beratungsfirma PWC geht davon aus, dass die traditionelle Produktionstechnik mit Kohle-Hochöfen im Vergleich zu anderen Verfahren nicht mehr preislich konkurrenzfähig ist. Dies liegt nicht nur am steigenden CO2-Preis, mit dem die EU Anreize zur Emissionsreduzierung schaffen will. „Schon heute exis-

tieren Primärstahlkapazitäten, beispielsweise in den Golfstaaten, die günstiger und emissionsärmer produzieren können als die europäische Industrie“, heißt es in der Studie.

Als Beispiel nennt PWC die Sonderwirtschaftszone Duqm im Oman. Dort errichtet der indische Stahlkonzern Jindal derzeit gleich mehrere moderne Direktreduktionsanlagen mit einer Kapazität von fünf Millionen Tonnen pro Jahr. Sie sollen Anfang nächsten Jahres in Betrieb gehen und zunächst mit omanischen Erdgas, später mit Wasserstoff betrieben werden, der ebenfalls kostengünstig im sonnenreichen südarabischen Land produziert werden kann.

Gleichzeitig stockt in Mitteleuropa die Transformation der Stahlproduktion. „Von den angekündigten europäischen Green-Steel-Projekten ist annähernd die Hälfte bereits verschoben, gestoppt oder im Umfang reduziert worden“, schreibt PWC. Ar-

celorMittal habe seine Transformationspläne für die Werke in Bremen und Eisenhüttenstadt vollständig aufgegeben und zugesagte Fördermittel in Milliardenhöhe verfallen lassen, Thyssenkrupp hat die Ausschreibung für grünen Wasserstoff für seine Duisburger Direktreduktionsanlage ausgesetzt und bewegt sich nach eigener Aussage „an der Grenze der Wirtschaftlichkeit“.

Die IG Metall warnt jedoch vor einem Ende der Rohstahlproduktion. „Als bedeutende Grundstoffindustrie liefert die Stahlbranche unverzichtbare Inputs für nachgelagerte Sektoren, insbesondere Bauwirtschaft, Maschinenbau und Automobilindustrie“, erklärt ein Sprecher der Industriegewerkschaft. Rund zwei Drittel der Industriearbeitsplätze in Deutschland entfielen auf stahlintensive Branchen.

Der Ökonom Patrick Kaczmarczyk hält ein Aus der heimischen Stahlproduktion ebenfalls für gefährlich. Er warnt davor, dass viele neue, grüne Stahlanlagen derzeit wie im Oman in der Region rund um die Straße von Hormus entstehen. Weil diese im Zuge des Irakkrieges gesperrt ist, sind in den vergangenen Monaten die Spritpreise massiv angestiegen. „Projekte in Oman mögen zwar außerhalb dieser Meerenge liegen, doch die Route durch das Rote Meer hat sich durch die Huthi-Angriffe ebenfalls als störanfällig erwiesen“, warnt deshalb Kaczmarczyk im Gespräch mit der taz vor möglichen künftigen Stahl-Lieferengpässen.

Der Ökonom hat zusammen mit Tom Krebs in einer Studie für die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung berechnet, dass der deutschen Wirtschaft bei einem globalen „Stahlschock“ ohne nennenswerte eigene Produktion ein Wertschöpfungsverlust von bis zu 50 Milliarden Euro droht.

Im Gegensatz zur Beratungsfirma PWC hält er den Aufbau einer wettbewerbsfähigen grünen Rohstahlproduktion in Mitteleuropa für durchaus realistisch – wenn der Staat seine Hausaufgaben macht und bei der Transformation unterstützt: „Mit industriepolitischen Eingriffen wie einem Industriestrompreis von 50 Euro je Megawattstunde, einem Wasserstoffpreis von 120 Euro je Megawattstunde und einer Investitionsförderung von 50 Prozent liegen die Herstellungskosten grünen Primärstahls auch in Deutschland auf einem wettbewerbsfähigen Niveau“, so Kaczmarczyk.

„Der Norden nennt es Entwicklung, Afrika ein Problem“

Die Organisatorin Burry Tunkara will das Weltsozialforum 2026 auf eine „neue Ebene heben“. Die Anliegen afrikanischer Bewegungen gehörten auf die globale Bühne

Interview **Leila van Rinsum**



„Wir bringen das 17. Weltsozialforum zu ihnen“: Zwischenstation der Karawane nach Cotonou im ghanaischen Agavedzi
Foto: Globaler Zusammenschluss im Kampf um Land, Wasser und Saatgut – West Afrika

taz: Frau Tunkara, vor 25 Jahren wurde das Weltsozialforum ins Leben gerufen, um antikapitalistische Stimmen zusammenzubringen und eine Plattform für Basisbewegungen zu bieten. Sie organisieren das Treffen in diesem Jahr – ist dieses Format 2026 noch relevant?

Burry Tunkara: Diesmal ist Afrika an der Reihe. Der Globale Zusammenschluss im Kampf um Land, Wasser und Saatgut – West Afrika richtet es in Benin aus. Wir sind eine soziale Bewegung, die Menschen vertritt – insbesondere Frauen, Jugendliche und benachteiligte Bäuer*innen –, um sicherzustellen, dass ihre Stimmen Gehör finden. Das Weltsozialforum ist eine große Chance, unsere Anliegen und Probleme auf die globale Bühne zu bringen.

taz: Was bedeutet das Weltsozialforum für Sie selbst?

Tunkara: Ich verfolge das Forum seit 2023. Als es 2024 in Nepal stattfand, war ich eine der Rednerinnen bei der Eröffnungszeremonie – und die einzige Afrikanerin. Auch unter den Teilnehmenden konnte ich die anwesenden Afrikaner*innen zählen. Um afrikanischen Basisorganisationen und sozialen Bewegungen voll und ganz gerecht zu werden, begannen wir beim globalen Zusammenschluss daher, uns dafür einzusetzen, dass das Weltsozialforum in Afrika stattfindet, um unsere Erfahrungen und die Herausforderungen gleichberechtigt mit der Welt zu teilen.

taz: In der Vergangenheit haben einige Bewegungen, Aktivist*innen und Intellektuelle kritisiert, das Weltsozialforum sei von NGOs übernommen worden und richte sich nach einer kapitalistischen Agenda.

Tunkara: Wenn das Forum zerstört wird und es keine Alternative gibt, dann ist es den Kritikern gelungen, einen Raum zu zerstören, in dem schutzbedürftige Menschen sich treffen und über ihre Probleme sprechen konnten. Als afrikanische Organisatoren des Weltsozialforums sehen wir eine Chance, es

auf eine neue Ebene zu heben. Wir sagen: Das Weltsozialforum 2026 wird das sein, das wir vor 25 Jahren kannten. Wenn uns gesagt wird, die Ideologie müsse geändert werden, um Kapitalismus oder Imperialismus zu fördern, sagen wir Nein.

taz: Worum geht es beim diesjährigen Forum?

Tunkara: Es liegt an uns allen, standhaft zu bleiben und es als Raum für Dialog, für das Zuhören, für soziale Entwicklung, für Zusammenarbeit und den Aufbau von Bündnissen für eine Zukunft mit einer gerechten und gleichberechtigten Gesellschaft zu bewahren. Wir haben auch mit afrikanischen Organisationen und Bewegungen gesprochen, die das Forum zuvor boykottiert hatten, um sie dieses Jahr wieder mit ins Boot zu holen – wie zum Beispiel La Via Campesina, die Stimme der Kleinbauern weltweit.

taz: Wie stellen Sie sicher, dass schutzbedürftige oder direkt betroffene Menschen Zugang zu diesem Raum haben?

Tunkara: Das ist eine sehr wichtige Frage, denn meistens werden Landrechte in einem behaglichen Rahmen diskutiert, ohne dass die Menschen vor Ort dabei sind. Der Globale Zusammenschluss verfolgt einen anderen Ansatz: Wir beziehen Menschen ein, deren Stimmen unterdrückt und deren Ak-

tivismus kriminalisiert wurden. Wir haben zehn Jahre Erfahrung darin, sie auf die globale Bühne zu bringen und vor Ort Bewusstsein zu schaffen.

taz: Wie schaffen Sie Bewusstsein?

Tunkara: Im Juli haben wir drei Karawanen aus Bussen organisiert: Eine kommt aus Zentralafrika, die beiden anderen aus Westafrika. Sie ziehen durch mehrere Länder und enden schließlich beim Weltsozialforum in Cotonou. Unterwegs halten wir in Gemeinden, um mit den Menschen über ihre Rechte zu sprechen, aber auch, um ihnen zuzuhören. Wir haben lokale Regierungen, Stammesführer und Gemeindevorsteher zum Dialog eingeladen. Nicht jede Frau, Jugendgruppe oder Organisation hat die Möglichkeit, an einer weit entfernten Veranstaltung teilzunehmen, doch mit den Karawanen bringen wir die 17. Ausgabe des Weltsozialforums zu ihnen.

taz: Wie arbeitet der Globale Zusammenschluss, wenn nicht gerade das Weltsozialforum stattfindet?

Tunkara: Wir konzentrieren uns auf den Kampf der Bäuer*innen und Gemeinden um Land, Saatgut und Wasser. Wir vereinen mehr als 300 Organisationen, die sich für soziale und wirtschaftliche Rechte einsetzen und dafür, wie wir die

Klimakrise am besten abmildern können, indem wir die lokale Widerstandsfähigkeit stärken. Zu diesem Zweck ist es unser Hauptziel, Einfluss auf die Politik zu nehmen, insbesondere in Bezug auf Landfragen. Wir sensibilisieren die Öffentlichkeit, indem wir Karawanen organisieren.

taz: Wie können Sie Einfluss auf die Politik nehmen?

Tunkara: In Benin gab es zum Beispiel einen großen Landraub. Wir kamen mit unserer Karawane und konnten den Gouverneur und die lokalen Ortsvorsteher einbeziehen, so dass das Land von den Kapitalisten wieder an die Gemeinschaft zurückübertragen wurde. Die Karawanen haben auch viele benachteiligte Gruppen dabei unterstützt, sich rechtlich zu organisieren. Zum Beispiel haben wir Frauen aus 15 westafrikanischen Ländern zusammengebracht, die im informellen Sektor arbeiten, um Erfahrungen und Wissen auszutauschen. Wir haben eine Plattform aufgebaut, auf der wir uns vernetzen und gegenseitig unterstützen.

taz: Was genau fordern Sie?

Tunkara: Afrika wird als Rohstoffquelle betrachtet. Und Regierungen sind in einer Situation gefangen, in der sie jede wirtschaftliche Gelegenheit annehmen, auch wenn sie nicht nachhaltig ist. Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Wir übernehmen internationale Strategien, die uns Kraft und unserer Würde berauben. Was für euch im Globalen Norden nach Entwicklung klingt, klingt in Afrika nach einem Problem. Die Deutschen setzen auf Industrialisierung, wir hingegen auf Landwirtschaft und Ernährungssouveränität. Wir wollen Selbstbestimmung über unsere Politik, über unser Land. Wir wollen Respekt und Souveränität für unsere Gemeinschaften und Nationen.

taz: Wie sehen Sie die Agenda der Vereinten Nationen für globale nachhaltige Entwicklung? Und wie verhält sich das Weltsozialforum dazu?

Tunkara: Wenn die Uno den Begriff Entwicklung verwendet, bedeutet das nicht, dass wir – unsere Gemeinschaften, unsere sozialen Bewegungen – Teil dieser Agenda sind. Wenn wir als afrikanische Gemeinschaften, als Frauen von Entwicklung sprechen, meinen wir damit die Förderung der Souveränität über unser Land und unsere Nationen. Das Weltsozialforum stellt, wie der Name schon sagt, soziale Bewegungen aus aller Welt in den Mittelpunkt, sei es in Afrika, Asien oder Europa. Wir sind der Meinung, dass das Weltsozialforum für uns der bessere Ort ist, um unsere Anliegen zu äußern.

taz: Findet dieser Ansatz bei afrikanischen Führungskräften Anklang? Gibt es einen Wandel, eine Abkehr vom autoritären Systemen?

Tunkara: Regierungsmodelle werden oft durch eine eng gefasste Brille betrachtet, die die unmittelbaren materiellen Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung außer Acht lässt. Die internationale Berichterstattung konzentriert sich häufig ausschließlich auf politische Instabilität und übersieht dabei bedeutende strukturelle Veränderungen vor Ort.

taz: Wo zum Beispiel?

Tunkara: Die Übergangsregierung in Mali hat den lokalen Gemeinschaften aktiv ihre Landrechte zurückgegeben, indem sie eine Bodenreform verabschiedet hat, die die Einbeziehung aller – einschließlich Frauen und Jugendlicher – fördert. In ähnlicher Weise stellt die Verstaatlichung von Industrien in Burkina Faso eine di-

rekte Herausforderung für ein internationales System dar, das es vorzieht, dass Afrika lediglich ein Lieferant billiger Rohstoffe bleibt. Wahre Souveränität bedeutet, die wirtschaftliche Sicherheit unserer Bevölkerung vor ausländische Handelsinteressen zu stellen.

taz: „Eine andere Welt ist möglich“ – so lautete der Slogan des Weltsozialforums. Glauben Sie daran?

Tunkara: Ja. Eine andere Welt ist möglich, wenn sich die Menschen ihrer Rechte bewusst sind. Eine andere Welt ist möglich, wenn die internationale Gemeinschaft versteht, dass wir alle gleich sind. Eine andere Welt ist möglich, wenn wir zusammenkommen und wenn wir in der Lage sind, sowohl die Politik als auch die Handelsregeln so zu gestalten, dass sie uns nicht unterdrücken, sondern uns allen zugutekommen.



Foto: privat

Burry Tunkara ist Menschenrechtsaktivistin aus Gambia. Sie ist Mitglied des „Global Convergence on the Struggle for Land, Water, and Peasant Seeds of West Africa“ und in dieser Funktion Organisatorin des 17. Weltsozialforums in Cotonou, Benin. Sie ist außerdem Vorsitzende von ADDAD Gambia, einer Organisation für die Arbeitsrechte und den Schutz von Hausangestellten.

taz ☘ blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs

hitzschlag

Wien im Hitzestau

Österreich bricht Hitzerekorde, doch beim Klimaschutz herrscht Stillstand. Bürgerliche Parteien blockieren. Auch FPÖ-Forderungen sind wenig glaubhaft

Aus Wien **Florian Bayer**

Auch Österreich ächzt unter den Hundstagen. Am heißesten ist es wieder mal im Osten, wo das Thermometer auf 37 Grad und mehr anzeigt. Vor allem in der Hauptstadt Wien steht die Hitze, und auch die Nächte bringen kaum mehr Abkühlung. Wer kann, ist in den Urlaub geflüchtet – wo es aber oft kaum kühler ist.

Zeitungswebsites haben wieder ihre Hitzeliveticker hochgefahren, Negativschlagzeilen gibt es schließlich zur Genüge: „Großglockner-Gletscher droht zu zerreißen“, „Wasserkraftwerke produzieren wegen Trockenheit weniger Strom“, „Selbst die Donau kühlt nicht mehr ab“. Mehrere kleine Waldbände werden gemeldet, andernorts sorgen Sturzfluten und Schlammlawinen, Muren genannt, für Probleme.

Wenn ausgerechnet die rechtsradikale FPÖ mehr Klimaschutz einfordert, brennt wirklich der Hut. „Statt immer neuer Betonprojekte braucht Wien mehr Entsiegelung, großkronige Bäume, Schattenflächen und Begrünung“, sagt Maximilian Krauss, Fraktionsvorsitzender der Wiener FPÖ. Bemerkenswerter Sinneswandel, tönte Krauss doch noch 2023: „Klimahysterische Politik geht an der Lebensrealität der Wiener vorbei“. Damals postete FPÖ-Stadtpolitiker Dominik Nepp zudem ein Piktogramm eines „Klimaklebers“, der von einem Beistehenden angepinkelt wird. „Zeit für ein neues Verkehrszeichen?“, lautete Nepps Beitext, dazu ein Zwinkersmiley.

Wo die Kritik stimmt: Klimaschutzverdächtig macht sich das Rote Wien nicht. Seit jeher ist die SPÖ Autofahrerpartei, will sie es sich doch mit ihrer größten Wählergruppe, den Pensionisten, nicht verscherzen. Jeder Parkplatz wird verteidigt, an neuen Autobahn-Zubringern rigoros festgehalten. Auch die Erhöhung der Parkscheine, so genannter Parkpickerls von 10 auf 13 Euro pro Monat ist verschmerzbar – damit bleibt das Verstellen des öffentlichen Raums immer noch deutlich günstiger als die stark verteuerte Wiener Öffi-Jahreskarte.

Frühere Versäumnisse rächen sich nun: Mehrere Innenbezirke haben seit jeher kaum Grünflächen, praktisch jeder Quadratmeter ist versiegelt. Vor wenigen Jahren gebaute, prestigeträchtige Stadtteile werden für Millionen wieder aufgerissen und nachbegrünt, weil man auf den Klimawandel „noch nicht so geachtet“ habe.

Zentrale Radwege, oft chaotisch geführt und knapp dimensioniert, sind überfüllt. Neue entstehen vor allem am Stadtrand, oft nur als Radspur in Einbahnstraßen, die sich gut in der Jahresstatistik machen. Den Anteil an PKW-Fahrten drückt man so nicht, wie die Statistik gnadenlos zeigt. Die vielen Öffi-Baustellen helfen da nicht, auch nicht die ausgedünnten Intervalle. Ebenso wenig, dass der U-Bahn-Ausbau aus Spargründen künstlich verlangsamt wurde.

Als Hitze-Sofortmaßnahmen fiel der Stadt vor allem ein, ihre Freibäder abends länger offenzuhalten und mehr Wassersprüher aufzustellen, die jedoch vor allem kosmetisch wirken. Autofreie Innenstädte, flächendeckend Tempo 30 oder eine Neuverteilung des Straßenraums gibt es anderswo, nicht im gemütlichen Wien.

Nicht besser ist die Kanzlerpartei ÖVP, die seit Jahren an üppigen Pendlerpauschalen und Diesel-Steuerprivilegien festhält und sich mit allen Kräften gegen das Verbrenner-Aus 2035 gestellt hat. Zudem hat die Bundesregierung den Klimabonus gestrichen, das Klimaticket zweimal teurer gemacht, Heizungstausch- und Sanierungsförderungen gekürzt.

Seit dem Regierungswechsel gibt es nicht einmal mehr ein eigenes Klimaministerium. Erschwerend kommt dazu, dass sich die Österreichischen Bundesbahnen langsam DB-Zuständen annähern. Allein letzte Woche mussten zwei Zuggarnituren auf offener Strecke evakuiert werden.

Glücklich schätzen kann sich, wer noch rechtzeitig ein mobiles Klimagerät ergattert hat. Oder wer aufs Land flüchten kann, wo kühle Badeseen und die Berge warten. Wo bei man mittlerweile hoch hinaus muss: Auf den Brunnenkogel im Tiroler Ötztal etwa. Auf 3.437 Metern hatte es um 9.50 Uhr 7,6 Grad, meldet der Standard am 30. Juli. Damit sei es die kühlsste Messstation Österreichs. „Blöd nur: So schnell kommt man dort nicht hin.“



De facto rechtsfreier Raum: Ein bewaffneter Siedler im Westjordanland, 31. Juli 2026
Foto: Majdi Mohammed/ap

Minister gegen Militärs

Israels Verteidigungsminister feuert den Chef des israelischen Militärs im Westjordanland Avi Bluth. Wohl, weil der einen Haftbefehl für einen Siedler verlängern wollte

Aus Tel Aviv **Serena Bilanceri**

Es passiert nicht jeden Tag, dass man live im Fernsehen gefeuert wird. Doch Generalmajor Avi Bluth ist dies am Sonntag widerfahren. Der Chef der israelischen Armee im Westjordanland hat laut Medienberichten von seiner Kündigung durch die Abendshow „The Patriots“ auf dem rechten israelischen Kanal 14 erfahren.

Bei der Live-Talkshow hat der eingeladene Verteidigungsminister Israel Katz angekündigt, Generalmajor Dado Bar Kalifa sei ein „Held“ und solle Chef des Zentralkommandos werden. Der derzeitige Kommandeur, Avi Bluth, saß zu dem Zeitpunkt in einer Sitzung über die Antiterrorpolitik im Westjordanland und schaute sich gerade mit anderen Offizieren Pläne an, um dort eingensetzte Terrororganisationen zu zerschlagen. Als die Nach-

richt das Militärbüro erreichte, löste sie wohl eine Schockwelle im Hauptquartier aus.

Die Armee antwortete, Bluth bleibe auf seinem Posten. Es stehe nicht in der Macht des Ministers, den Generalmajor einseitig zu feuern. Bluth genieße das „volle Vertrauen“ der Armee und es gebe keine Absicht, „Schlus-selkommandanten“ in dieser delikaten Zeit zu kündigen. Auch sei der Armeechef Eyal Zamir nicht von der Entscheidung informiert gewesen.

Offenbar hat sich die Kontroverse nach der Verhaftung eines israelischen Siedlers entwickelt. Der Mann befindet sich wegen mutmaßlicher Gewalt, unter anderem sexueller Natur, gegen einen Palästinenser in Haft. Bei einem Siedlerangriff im März auf die Ortschaft Khirbet Humsa soll er zusammen mit anderen einem Schäfer die Genitalien zusammengebunden und ihn

nackt durchs Dorf geführt haben.

Der Siedler, der in einem illegalen Außenposten im Westjordanland lebt, war jüngst in den Hungerstreik getreten und wurde in ein Jerusalem Krankenhaus verlegt, als sich sein Herzschlag verlangsamte. Katz selbst hatte ihn kürzlich besucht. Außerdem

Der Inhaftierte soll einem Schäfer die Genitalien zusammengebunden und ihn nackt durchs Dorf geführt haben

hatten dreizehn rechte Politiker:innen eine Petition für seine Freilassung gestartet.

Als der Haftbefehl des Verdächtigen wegen einer Formalität abliefe, forderte der Vertei-

digungsminister, ihn nicht zu erneuern. Doch Bluth ist dagegen vorgegangen.

In der Sendung begründete der Verteidigungsminister seine Personalwahl dann so: „Weil ich im Zentralkommando einen Soldaten haben möchte, der einen entscheidenden Sieg anstrebt, unsere Feinde schlägt und die Siedler schützt.“ Katz ist Mitglied der rechtskonservativen Likud-Partei. Er unterstützt den Siedlungsausbau im Westjordanland und die Annexion des palästinensischen Gebiets.

Bluth leitet seit über zwei Jahren das Zentralkommando der Armee. Vom linken Spektrum wird er immer wieder beschuldigt, nicht genug gegen gewalttätige Siedler:innen zu unternehmen. Im August 2025 warf die israelische Nichtregierungsorganisation The Association for Civil Rights in Israel ihm mögliche Kriegsverbrechen vor, nachdem seine Truppen mehr als 3.000 Olivenbäume neben einem palästinensischen Dorf entwurzelt hatten. Gleichzeitig werfen ihm Rechte vor, „Siedler:innen immer wieder zu verfolgen, während palästinensischer Terror erstarbt“, wie die rechtsextreme Parlamentarierin Limor Son Har Melech es ausdrückte.

Der designierte Dado Bar Kalifa leitet derzeit die Personalabteilung der Armee. Noch ist es unklar, ob er überhaupt die neue Stelle will. Nach dem Zank zwischen Armee und Ministerium präzisierte der Verteidigungsminister, Bar Kalifa sei bereits im April von Armeechef Zamir für den Posten als Nachfolger von Bluth vorgeschlagen worden. Katz habe nicht von einer vorzeitigen Kündigung Bluths gesprochen. In der Regel bleiben Leiter:innen des Zentralkommandos drei Jahre im Amt.



Wählbar oder nicht wählbar?

Die demokratischen Vorwahlen im US-Bundesstaat Michigan für die Senatskandidatur sind eine Richtungswahl. Mit Millionen Dollar dabei: die Pro-Israel-Lobby Aipac

Von **Sebastian Moll**

Eines wollte Abdul El-Sayed gleich klarstellen, als er sich mit David Remnick, dem Chefredakteur des *New Yorker*, zum Gespräch zusammensetzte. „Ich bin kein Sozialist. Ich mag den Kapitalismus.“ Sollten die WählerInnen von Michigan den Sohn ägyptischer Einwanderer im Herbst in den Senat wählen, würden sie nicht von jemandem vertreten, der eine große Verstaatlichungswelle anzettelt oder den freien Wettbewerb ausschaltet. Anders als etwa die neuen Kongresskandidatinnen Chevalier und Valdez aus New York, gehört er nicht den Democratic Socialists of America an.

Dennoch steht El-Sayed im derzeitigen Richtungskampf der demokratischen Partei in dieser Woche im Rampenlicht. Wenn er am Dienstag in der Vorwahl der Partei gegen die amtierende Senatorin des Staates, Haley Stevens, antritt, steht er als Vertreter der progressiven Welle vor den Wählern, die in den vergangenen Monaten zunehmend von der Partei Besitz ergreift.

Dabei kommt El-Sayed in der Frage, ob die Demokraten in Washington scharf nach links schwenken, um Donald Trump die Stirn zu bieten, eine besonders wichtige Stellung zu.

Zum einen sind die Vorwahlen im oberen Mittelwesten an diesem Dienstag eine harte Probe, ob progressive Politiker nicht nur in den urbanen Zentren an der Küste, sondern auch im „Heartland“ der USA eine Chance haben. Zum anderen ist die Senatswahl von Michigan entscheidend bei der Frage, ob die Demokraten ab kommendem Jahr auch in der höheren Kammer des Parlaments die Mehrheit zurückerobern können.

Deshalb wird El-Sayed von den demokratischen Wählern in Michigan, einem Industriestaat, der um seine Zukunft ringt, vor allem nach seiner vermeintlichen Wählbarkeit beurteilt. Sein mutmaßlicher republikanischer Gegner Mike Rogers hat mehrfach gesagt, dass es für ihn gut aussähe, sollten die Demokraten El-Sayed aufstellen. Jonathan Chait, ein durchaus liberaler Kolumnist beim *New York Magazine*, warnte, dass El-Sayed zwei toxische Ideologien in sich vereinige: zum einen – trotz El-Sayeds Bekenntnis zum Kapitalismus, einen banalisierten, pauschalen Hass auf die Reichen. Zum anderen, wie Chait sagt, einen obsessiven Antizionismus.

Beides vereinige sich nach Ansicht von El-Sayeds Kritikern in seiner zentralen Wahlkampfbotschaft.

Wie die meisten progressiven Kandidaten in diesem Wahlkampfzyklus kämpft er dafür, Lobbygelder aus der Politik herauszubekommen. Seiner Kontrahentin Stevens wirft er vor, 60 Millionen Dollar von Vertretern von Sonderinteressen angenommen zu haben – angefangen von Krankenversicherern, die sich gegen eine staatliche Krankenversicherung, wie Sayed sie will, stellen, über Stromversorger, die große Datenzentren wollen, bis hin zur Pharmaindustrie.

Der größte Stolperstein sind jedoch die Zuwendungen der Israel-Lobby Aipac. Laut der Bundeswahlkommission FEC hat Aipac in Michigan schon jetzt die Rekordsumme von 30 Millionen Dollar ausgegeben, um El-Sayed zu besiegen. Ein Zeichen dafür, wie tief Aipac bereit sein wird, in diesem Zwischenwahlkampf in die Tasche zu greifen.

El-Sayed glaubt jedoch wie viele seiner Parteigenossen, dass die Unterstützung durch Aipac nach hinten losgeht. Immer weniger Amerikaner möchten, dass ihre Regierung weiterhin Israel unterstützt. Laut neueren Umfragen haben 62 Prozent eine negative Ansicht über die israelische Regierung. Laut dem Londoner *Guardian* ist Aipac in der US-Politik eine „toxische Marke geworden“. Bei den demokratischen Vorwahlen in New

York beispielsweise wurde KandidatInnen ihre Verbindung mit Aipac zum Verhängnis.

El-Sayed bestreitet derweil, dass er, wie Chait behauptet, ein militanter Antizionist sei. Anders als etwas Darializa Chevalier, die in New York für das Abgeordnetenhaus kandidiert, verurteilt Sayed klar den 7. Oktober. Er möchte nur, dass die USA Geld ausgibt, um die „Ausbildung unserer Kinder zu verbessern, anstatt irgendwo Menschen zu bombardieren“.

Was die US-Nahostpolitik angeht, sagt er, sei er für das Selbstbestimmungsrecht beider Völker, der Palästinenser und der israelischen Juden. „Wenn das zwei Staaten sind, wunderbar. Wenn es ein Staat wird, ist es mir auch recht. Von mir aus auch 23 Staaten. Ich möchte nur nicht, dass Steuergelder aus Michigan an eine Regierung gehen, die furchtbare Dinge tut.“

Es ist eine Botschaft, die unter demokratischen Wählern von Michigan Anklang zu finden scheint. Sayed liegt zurzeit in den Umfragen mit bis zu 19 Prozentpunkten Vorsprung in Führung. Sollte sich das Ergebnis an diesem Dienstag bestätigen, würde dies die Demokratische Partei massiv in ihrem progressiven Kurs bestärken. Auch, wenn El-Sayed sich klar zum Kapitalismus bekennt.



Die Wände sprechen Bände in Tbilissi

An vielen Fassaden in der georgischen Hauptstadt finden sich regierungskritische Graffitis. Die Stadtreinigung entfernt sie, aber am nächsten Tag sind sie wieder da

Aus Tbilissi **Nastasia Arabuli**

Während sich die Welt mittlerweile von der Fußballweltmeisterschaft erholt hat, werden in einer Unterführung im Zentrum der georgischen Hauptstadt Tbilissi ganz andere Spielstände notiert.

Nachts tauchen politische Parolen an den Wänden auf, morgens werden sie von städtischen Reinigungstrupps wieder überstrichen. Neben den Schriftzügen zählt jemand mit. In einer Unterführung an der Rustaweli-Allee unweit des Parlaments stand es vor Kurzem 62:61 für die Aktivist:innen. In einer anderen Unterführung, zwei Kilometer davon entfernt und nahe der Ilia State University, lautete das Ergebnis 11:10.

Dieser Wettkampf wirkt absurd. Tatsächlich erzählt er jedoch viel über den Zustand der georgischen Demokratie. Denn je stärker die Regierung gegen unabhängige Medien, Kritiker:innen und Protestbewegungen vorgeht, desto wichtiger werden die Wände der Stadt als Ort politischer Kommunikation.

Wer durch Tbilissi geht und sich die Wände ansieht, erfährt einiges über die politische Stimmung im Land. „Lang lebe das freie Georgien“, „Freiheit für politische Gefangene“, „Wem dient die Polizei?“, „F**k Russia“ oder „Probleme verschwinden nicht, wenn man die Parolen löscht“, ist da zu lesen.

In Georgien, das vor noch nicht allzu langer Zeit als Vorbild für eine rasante Modernisierung und erfolgreiche demokratische Reformen in der postsowjetischen Region galt, vollzieht sich ein dramatischer Kurswechsel. Auch Straßengraffitis sind ein Spiegel von Veränderungen.

Viele Wandinschriften richten sich gegen Russland. Seit Beginn von Moskaus Völlinva-

sion in der Ukraine am 22. Februar 2022 leben Zehntausende russische Kriegsgegner:innen in Georgien. Die Spannungen zwischen den Neuankömmlingen und Teilen der georgischen Gesellschaft spiegeln sich ebenfalls im Straßenbild wider.

„Liebe russischsprachige Menschen: Hören Sie auf zu lärmern, sprechen Sie leiser. Der einzige Ort, an dem wir euren Lärm begrüßen, ist euer eigenes Land. Dort könnt ihr lautstark gegen euer blutiges Imperium protestieren!“ Dieser Text in einer der alten, historischen Straßen nahe der Seilbahnstation erinnert täglich Tausende an die Traumata des russischen Imperialismus.

An derselben Wand sind Konterfeis georgischer Soldaten zu sehen. Einer von ihnen, Giorgi Antsukhelidze, fiel 2008 im georgisch-russischen Krieg. Ein anderer, Kakha Tilidze, wurde 2025 bei einem Drohnenangriff russischer Besatzungstruppen in der Ukraine nahe der Stadt Saporischschja getötet.

Eine weitere Inschrift erinnert an das Datum des Einmarsches russischer Truppen in Georgien und Litauen vor dem Ende der Sowjetunion: „Der Preis der Freiheit – 13. 1. 91 Vilnius, 9. 4. 89 Tbilissi. Niemals vergessen, niemals kapitulieren.“

„Am 13. oder 14. April 1989 habe ich zum ersten Mal ‚Idi na chuj‘ (Scher dich zum Teufel) auf einen russischen Panzer gesprüht“, erinnert sich der 47-jährige Aktivist Dato Tatishvili. Er war damals zehn Jahre alt.

Wenige Tage zuvor, am 9. April, hatten sowjetische Truppen eine friedliche Demonstration in Tbilissi blutig niedergeschlagen. 21 Menschen starben, Hunderte wurden verletzt. „Der Protest war groß, die Wut auch. Ich kannte mindestens 100 gleichaltrige Kinder, die bereit waren, das Gleiche zu tun.“

Gemeinsam mit anderen Aktivist:innen malt er bis heute Porträts von Menschen, die in den Kriegen gegen Russland – auch in der Ukraine – ums Leben gekommen sind. Viele dieser Porträts wurden übermalt oder entfernt. Für Tatishvili ist das Teil eines umfassenden Versuchs, Erinnerung und Geschichte neu zu schreiben. „Dahin ging es gegen die Sowjetunion. Heute geht es darum, dass diese Geschichten nicht vergessen werden und die Unabhängigkeit Georgiens geschützt wird“, sagt er.

Die Wände erzählen nicht nur von Russland. Immer häufiger richten sich die Botschaften auch gegen die georgische Regierung. Mit jeder neuen Protestwelle werden die Texte politischer und ihre Lebensdauer kürzer.

„Die Generation, die jetzt kämpft, wird noch erleben, wie das russische Imperium zerfällt!“ Dieser Slogan tauchte im Frühjahr 2024 auf dem Freiheitsplatz auf, als im Parlament über das sogenannte „russische“ Gesetz gegen ausländische Agenten diskutiert wurde. Damals stand an der Parlamentsfassade in großen Lettern geschrieben: „Dies ist unser Land!“

Alle diese Texte sind schon lange gelöscht, doch für so manche Aktivit:innen hatte und hat diese Form des Protests einen hohen Preis. Elene Khoshtaria, Gründerin der Oppositionspartei Droa, wurde nach einer Pro-

testaktion vor den Kommunalwahlen 2025 zu einer Haftstrafe verurteilt.

Ihr Vergehen: Sie hatte das Wahlkampfbüro eines Kandidaten der Regierungspartei Georgischer Traum mit der Aufschrift „Russischer Traum“ markiert. Menschenrechtsorganisationen führen Khoshtaria als politische Gefangene. Deren Anwälte warnen vor schweren gesundheitlichen Folgen für ihre inhaftierte Mandantin.

Heutzutage hat die Zensur in Tbilissi die Form schwarzer Flecken. Hauswände, Bushaltestellen, Bauzäune – alles wird mit schwarzer Farbe überstrichen. Aus der Ferne sehen die Flächen leer aus. Wer näher an sie herantritt, erkennt oft noch die Umrisse der alten Botschaften. Vielleicht ist das der Grund, warum die Aktivist:innen weiterschreiben. Sie wissen, dass ihre Worte verschwinden werden. Aber sie wissen auch, dass dieses Verschwinden selbst zu einer Nachricht geworden ist.

„Diese Texte verschwinden nicht mehr. Sie werden fotografiert und finden ihren Platz im digitalen Archiv“, erklärt die Historikerin Ketik Sartania. Seit fast zehn Jahren dokumentiert sie diese urbanen Botschaften auf ihren Social-Media-Kanälen unter dem Namen „Street Sentiments“.

Ihr fällt auf, dass persönliche Liebesdramen auf Georgisch zunehmend harten politischen Statements weichen – meist auf Englisch verfasst. Viele junge Menschen schreiben inzwischen in dieser Sprache. Ihr Protest richtet sich nicht mehr nur an die eigene Gesellschaft, sondern auch an die internationale Öffentlichkeit. Die Wände mögen schon morgen wieder schwarz überstrichen sein. Doch im Netz bleiben die Botschaften sichtbar. Die Liste mit den Spielständen wird weitergeführt.

„Wir sind Europa!“ Georgiens Regierung sieht das anders
Foto: Nastasia Arabuli

Unkontrollierter Ausbruch mit Superlativen

Der Ebola-Ausbruch in der DR Kongo bricht etliche Rekorde. Hoffnung liegt auf der Entwicklung neuer Impfstoffe und Geld aus afrikanischen Staaten

Aus Kampala **Simone Schlindwein**

„Ich kann nicht behaupten, dass wir diesen Ausbruch heute vollständig unter Kontrolle haben.“ Mit diesen Worten begann Jean Kaseya, Chef der afrikanischen Seuchenbekämpfungsbehörde (Africa CDC), seine wöchentliche Pressekonzferenz, um über den Ebola-Ausbruch in der Demokratischen Republik zu informieren. Die Zahlen lassen nur einen Schluss zu: Der Ausbruch ist außer Kontrolle.

Mittlerweile bricht er sogar alle Rekorde: Mit fast 3.700 positiven Fällen und mehr als 1.600 Toten handelt es sich um den schlimmsten Ausbruch im Kongo sowie dem schnellsten Ausbruch in der Geschichte der Menschheit. Mittlerweile sterben rund 300 Menschen pro Woche an dem tödlichen Virus – mehr als 60 Prozent davon zu Hause in ihren Betten. Diese Patienten erreichen die Ebola-Behandlungszentren überhaupt nicht mehr und infizieren damit in ihren Familien und Gemeinden weitere Menschen.

Mittlerweile sei die Liste an Kontakten, die sich möglicherweise angesteckt haben könnten und deswegen überwacht werden müssten, auf rund 17.500 Menschen angestiegen. Doch nur rund 14.000 Kontaktpersonen können effektiv überwacht werden. Die Sterblichkeitsrate liegt derzeit bei 44 Prozent der Infizierten.

Das größte Problem stelle neben der Unsicherheit inmitten des Kriegsgebietes die ablehnende Haltung bei der Bevölkerung dar. Immer wieder fahren Ebola-Teams in abgelegene Orte oder in Vertriebenenlager und werden dort nicht willkommen geheißen. Einige Male mussten die Teams sogar wieder abreisen. „Wir wollen keine militärischen Maßnahmen“, sagt Kaseya. Der kongolesische Seuchenexperte weiß, welches Risiko es birgt, die marode kongolesische Armee auf die Bevölkerung loszulassen. Um dieses Problem vor Ort zu erläutern, wolle er am Dienstag und Mittwoch selbst in die Region reisen.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat den Ausbruch im Osten des Kongo entlang der Grenze zu Uganda Mitte Mai als Internationalen Gesundheitsnotstand deklariert, da er viel zu spät entdeckt wurde. Mittlerweile lassen Forschungsergebnisse aus der am meisten betroffenen Provinz Ituri darauf schließen, dass die ersten Verdachtsfälle bereits im Januar aufgetaucht. Zwischen Januar und Mai seien bereits 500 Menschen mutmaßlich infiziert gewesen – bevor der Ausbruch offiziell bekannt wurde.

Dies führt nun dazu, dass die WHO, internationale Hilfswerke und Kongos Gesundheitsbehörden mit ihren Maßnahmen weit hinterherhinken, so Kaseya. Die Betten in den Behandlungszentren seien zum Teil voll belegt. Vor allem in der nördlichen Region der Provinz Nord-Kivu mit den Millionenstädten Beni und Butembo, in welcher die Regierung die Hoheit hat. In den Gebieten, die unter Kontrolle der Rebellen der M23 (Bewegung des 23. März) sind, seien keine weiteren Fälle gemeldet worden. Die Provinz Süd-Kivu, die teilweise unter M23-Kontrolle ist, ist seit 42 Tagen offiziell Ebolafrei. Auch Uganda hat die Lage erfolgreich unter Kontrolle bekommen. Seit mehr als drei Wochen wurden keine neuen Fälle mehr entdeckt.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Seit Anfang Juli würden Freiwilligen Medikamente verabreicht, die die Viruslast senken – eine erste Teststudie an lebenden Patienten. Zwei neu entwickelte Wirkstoffe seien an 41 Patienten verabreicht worden. Ein weiterer Test mit einem Wirkstoff sei gestartet, der das Virus abtöten soll, kurz nachdem die Menschen in Kontakt mit Infizierten waren. Dieser Wirkstoff sei vor allem für diejenigen wichtig, die Infizierte in ihren Häusern abholen oder Tote beerdigen. Am 28. Juli begann zudem die erste Testphase mit einem weiteren neu entwickelten Impfstoff, drei weitere Impfstoffe seien bald startklar.

Hoffnung macht auch die finanzielle Unterstützung. Für die Bekämpfung des Ausbruchs waren ursprünglich rund 520 Millionen US-Dollar kalkuliert worden. Mittlerweile sei aber doppelt so viel Geld eingegangen. Ein Großteil davon kommt von afrikanischen Staaten. Zudem seien 882 Millionen US-Dollar für humanitäre Hilfe gefordert worden, um etwa die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Auch hier sei mit 904 Millionen US-Dollar mehr Geld eingegangen als verlangt.



debatte

Kein Boykott ist rechtswidrig

Berlin und Rom schieben Verfahrensgründe vor, um ein Importverbot für Waren aus israelischen Siedlungen zu blockieren. Rechtlich ist die Sache eindeutig

Orangen, Datteln, Wein, Kosmetika – seit Jahrzehnten importiert die Europäische Union unbeschränkt Güter aus israelischen Siedlungen im Westjordanland. Und das, obwohl diese Siedlungen eindeutig völkerrechtswidrig sind. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat dies in seinem Gutachten von 2024 unmissverständlich bestätigt, indem er die Präsenz Israels in den besetzten Gebieten für rechtswidrig erklärte und Drittstaaten aufforderte, nicht zur Aufrechterhaltung dieser Situation beizutragen.

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) wiederum hat wiederholt festgestellt, dass Produkte aus den Siedlungen im Rahmen der EU-Handelsabkommen keinen Anspruch auf Präferenzbehandlung haben und ihr Herkunftsgebiet angeben müssen. Denn ihre Herkunft kann für

Die Mitschuld Europas wird dann enden, wenn die EU-Regierungen für das stimmen, was sie vorgeblich verteidigen

die Verbraucher eine Frage ethischer Erwägungen sein.

Dennoch gelangen diese Waren weiterhin auf den europäischen Markt. Erst auf anhaltenden Druck von Ländern wie Irland, Spanien, Belgien, den Niederlanden und Slowenien hin wird seitens der EU in Erwägung gezogen, die Produkte vom EU-Markt auszuschließen.

In diesem Zusammenhang hat die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas die Kommission aufgefordert, vor dem nächsten Rat für Auswärtige Angelegenheiten eine Liste von Optionen für mögliche Handelsmaßnahmen vorzulegen, einschließlich eines Einfuhrverbots für Siedlungsprodukte.

Doch zunächst stellt sich eine grundlegendere Frage: In welchem rechtlichen Rahmen sollte eine solche Maßnahme verabschiedet werden? Sollte sie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zugeordnet werden – was Einstimmigkeit erfordert und somit jedem Mitgliedstaat ein Vetorecht einräumt – oder der Gemeinsamen Handelspolitik, für die eine qualifizierte Mehrheit ausreicht?

Diese Frage lähmt das Handeln der EU schon viel zu lange. Das sollte sie nicht. Der außenpolitische GASP-Rahmen wurde bewusst anspruchsvoll gestaltet. Er ist geopolitischen Entscheidungen ersten Ranges vorbehalten: solchen, die die Sicherheit und die strategische Ausrichtung der Union als Ganzes betreffen.

Ein Beispiel für dieses GASP-Verfahren sind die weitreichenden Sanktionen gegen Russland nach der Invasion der Ukraine. Das Gleiche gilt für das Einfrieren von Vermögenswerten belarussischer Amtsträger nach der gefälschten Wahl von 2020. Diese Entscheidungen berührten Fragen von Krieg und europäischer Sicherheit.

Ein Importverbot für Siedlungsprodukte aus der besetzten Westbank wäre jedoch von grund-

legend anderer Natur. Es zielt weder darauf ab, einen Staat zu bestrafen, noch eine geopolitische Beziehung neu zu gestalten. Sein einziger Zweck besteht darin, sicherzustellen, dass der europäische Handel nicht zu Völkerrechtsverletzungen beiträgt – eine Verpflichtung, die der Internationale Gerichtshof mit ungewöhnlicher Klarheit formuliert hat.

Nach diesem Verfahren hat die EU etwa die Einfuhr russischer Energie mit qualifizierter Mehrheit auf der Grundlage des Handels- und Binnenmarktrechts beschränkt, obwohl Ungarn und die Slowakei ausdrücklich dagegen waren. Wenn Budapest und Bratislava Energiemaßnahmen nicht unter Berufung auf außenpolitische Erwägungen blockieren konnten, sollten Berlin und Rom dies ebenfalls nicht tun können.

Es stimmt zwar, das Argument für die Einstimmigkeit ist zwar nicht völlig aus der Luft gegriffen. Denn theoretisch könnte jede Handelsbeschränkung mit geopolitischen Folgen in diesen Rahmen fallen. Doch konsequent zu Ende gedacht würde dieses Argument die gesamte EU-Handelspolitik vereinnahmen und damit die Fähigkeit der Union blockieren, als wertegeleitete globale Macht zu agieren.

Staaten wie Deutschland und Italien, die vorgeben, ein Importverbot für Waren aus illegalen Siedlungen zu unterstützen, sind genau jene, die eine Einstimmigkeit fordern. Nicht aus rechtlicher Überzeugung, sondern aus politischem Kalkül: Da ein Konsens fast unmöglich zu erreichen ist, können sie behaupten, die Maßnahme prinzipiell zu unterstützen, ohne jemals die Verantwortung für deren Scheitern übernehmen zu müssen.

Dabei hat die EU bereits Handelsbeschränkungen für Produkte aus anderen umstrittenen Gebieten verhängt – darunter marokkanische Phosphate aus der Westsahara und Waren aus Nordzypern –, ohne dass dafür Einstimmigkeit erforderlich gewesen wäre. Wenn für israelische Siedlungsprodukte nun plötzlich eine solche Hürde gelten soll, dann nicht, weil das Recht es verlangt. Es fehlt schlicht der politische Wille.

Diese Entscheidung hat Konsequenzen, die weit über den Bereich Israel-Palästina hinausgehen. Jedes Mal, wenn die EU eine wertebasierte Handelsmaßnahme als einstimmigkeitsbedürftig einstuft, obwohl das Recht dies nicht vorschreibt, sendet sie ein Signal: Ihre Verpflichtungen gegenüber dem Völkerrecht sind bloße Absichtserklärungen, ihre Umsetzung ist optional und ihre Werte stehen zur Disposition, sobald eine entschlossene Minderheit Einspruch erhebt.

Der Internationale Gerichtshof hat Europa nicht aufgefordert, im Nahostkonflikt Position zu beziehen. Er hat Europa aufgefordert, nicht zur Aufrechterhaltung einer Situation beizutragen, die er für rechtswidrig befunden hat. Es geht hier also nicht um eine geopolitische Erwägung, sondern um die Anwendung des Rechts – und um sie zu verwirklichen, ist nichts weiter als eine qualifizierte Mehrheit erforderlich.

Drei Jahrzehnte wirtschaftlicher Mitschuld Europas an den Völkerrechtsverstößen Israels im Westjordanland werden erst dann enden, wenn die europäischen Regierungen für das stimmen, was sie vorgeblich verteidigen.



Alberto Allemanno ist ein italienischer Rechtswissenschaftler und Autor. Er ist seit 2009 Jean-Monnet-Professor für Europarecht an der HEC Paris.

Tanja Tricarico über die EU nach Ceuta

Zur Freude der Antieuropäer

Was für ein hämisches Geschenk für Antidemokrat:innen und EU-Verächter:innen mitten im Sommer, wenn der EU-Betrieb auf Sparflamme läuft: Tausende Migrant:innen gelangten in die spanische Exklave Ceuta, unter lebensgefährlichen Bedingungen. Die EU besteht den Test der Solidarität nicht und übt sich derzeit erfolgreich im Schreddern ihres gemeinsamen Bündnisses.

Ihre Freude krönten die Europa-feind:innen auch gleich mit einem Besuch vor Ort. Das Who's who der europäischen Rechtspopulist:innen versammelte sich noch am Wochenende in Ceuta. Auch wenn die Bevölkerung vor Ort sie nicht willkommen hieß, die Bilder und ihre menschenverachtenden Statements sind in der Welt. Und die dramatische Lage der vergangenen Tage ist schon jetzt ein gefundenes Fressen für die Rechts-extremen in Europas Superwahljahr 2027. Dann, wenn sie in Frankreich, Polen, Italien und auch in Spanien an die Macht wollen. Angst vor denjenigen schüren, die angeblich den anderen die Jobs und den Wohlstand weg-

nehmen wollen, ist eine gefährliche Botschaft der Rechten.

Anstatt das zerbrechliche Gefüge der Europäischen Union zu schützen und sich solidarisch mit Spanien und dessen Regierungschef Sánchez zu zeigen, folgten Brandbriefe und sogar Forderungen, Spanien aus dem Schengen-Abkommen auszuschließen. Kaum ein Wort über die vielen Toten oder gar die Gründe, warum Menschen solchen Aufrufen folgen. Allenfalls ein schales „jeder Tote ist einer zu viel“ pressten EU-Politiker:innen dieser Tage heraus.

Noch vor der Sommerpause versuchte sich die EU mühsam in Zusammenhalt, etwa als es um die Unterstützung für die Ukraine ging – oder als Gegengewicht zum erratischen Verhalten Trumps. Nun also der Rückzug auf nationale Interessen und wohl auch Rache an Sánchez, der der Marschrichtung von EU oder Nato nicht immer folgte. Und jetzt? Europas Glaubwürdigkeit hängt auch an seiner Einheit und an seinen Werten. Um beides ist es schlecht bestellt.

ceuta 3

Lisa Schneider über die Lage in Gaza

Kein Plan

Die Tinte auf dem von der Hamas, dem „Friedensrat“ Donald Trumps und den Vermittlerstaaten geschlossenen Abkommen zu einer Entwaffnung der Hamas war wahrscheinlich noch nicht getrocknet, als schon wieder begonnen wurde, es in Frage zu stellen. Israel erklärte sofort seine Zweifel an dem Plan: Er gebe nicht „Israels Positionen“ wieder und würde es der Hamas ermöglichen, wieder zu einer Gefahr zu werden. Die Hamas wiederum gab an, man werde gar nichts tun, bis Israels Militär sich ganz zurückziehe. Und wer glaube, die Hamas werde von der Bildfläche verschwinden, sei sowieso „realitätsfern“.

Nun denn, möchte man beiden Seiten zurufen, wie soll es dann weitergehen? Über zwei Jahre hat Israels Militär und Führungsriege im Gaza-Streifen einen brutalen Krieg geführt. Mehr als die halbe Fläche des Gazastreifens kontrolliert Israel – das hält die Hamas aber nicht davon ab, im anderen Teil weiter mit eiserner Faust zu herrschen. Die Zivilbevölkerung Gazas befindet sich weiter un-

ter ihrer Kontrolle; mit deren Steuern und Abgaben fließt wieder Geld in die Kassen der Dschihadisten. Für den Schutz und die Versorgung der großenteils im Elend lebenden Bevölkerung wird dieses Geld aber nicht eingesetzt.

Was ist also Israels Plan? Weiter Krieg führen, noch ein paar Quadratmeter mehr einnehmen, noch mehr Tote, noch mehr Ansehen in der Welt verlieren? Das Grundproblem lässt sich dadurch nicht lösen. Und was ist der Plan der Hamas? Wieder Krieg führen, noch mehr Menschen töten?

Der Plan des Friedensrats ist sicherlich für beide Seiten kein Wunschkonzert, er hat Lücken, und die wahre Herausforderung – die Umsetzung – kommt erst noch. Trotzdem ist es der bisher einzige ausgehandelte und ins Detail gehende Vorschlag für ein Ende des Kriegs.

Dass ihn beide Seiten ablehnen, zeigt: Man muss gar keinen Plan haben – nicht einmal für den Kampf, den man so unbedingt führen will. Und schon gar nicht für eine Friedenslösung.

Eva Fischer über stressbedingte Ausfälle

Ungesunde Arbeitswelt

Es war nicht verwunderlich, was die Kaufmännische Krankenkasse (KKH) kürzlich mitteilte: Berufstätige sind im vergangenen Jahr so häufig wie noch nie aufgrund von Stressdiagnosen im Job ausgefallen. Laut KKH sind die Krankentage diesbezüglich seit 2017 um 80 Prozent gestiegen, sind also dabei, sich zu verdoppeln. Die Gründe: ein zu hohes Arbeitspensum, ständige Überstunden, Existenzängste, das Aufweichen der Arbeitszeitgrenzen, Konflikte mit Vorgesetzten, aber auch das Privatleben.

Die Arbeitswelt und ihre Norm der 40-Stunden-Woche sind nicht das, was sie einmal waren. 40 Stunden unter Hochdruck panisch durchzuackern ist nicht das Gleiche, als 40 Stunden gemütlich vor sich hin zu werkeln. Und bei der heutigen Arbeitsverdichtung tun die Menschen in der Regel Ersteres. Auch die Techniker-Krankenkasse (TK) berichtet, dass das Stressempfinden der Deutschen kontinuierlich steigt. Laut den TK-Daten fühlen sich lediglich 8 Prozent der Befragten nicht gestresst.

Stress und Angst haben zahlreiche negative Effekte auf unsere Gesundheit und unser Miteinander. So vermindert Stress unser Empathievermögen, macht uns gereizter, weniger rücksichtsvoll und mindert die Impulskontrolle. Eine Folge sind häufigere persönlichere Konflikte am Arbeitsplatz, was wiederum Stress erzeugt.

Aber auch die Freizeit ist stressiger geworden, unter anderem auch, weil die Zeit der Hauspersonen-Ehen vorbei ist, auf der die Vollzeithorm basiert. Denn wenn man sich nach einem 8-Stunden-Tag um nichts anderes mehr kümmern muss, weil der Kühlschrank voll, das Essen auf dem Tisch, die Wäsche gewaschen, die Sozialkontakte gepflegt und das nächste Wochenende geplant ist, dann ist der Alltag nicht mehr so stressig. Und es bleibt Zeit, sich um sich selbst zu kümmern.

Die Zahlen der KKH abermals: Unser Arbeitspensum ist nicht mehr zeitgemäß und schlicht nicht dauerhaft machbar. Das sollte auch die Politik endlich einsehen und entsprechend handeln.

talkshow

In der Petrischale

Körper zu kommentieren, gilt im Alltag als unhöflich. Bei Stars scheinen wir aber eine Ausnahme zu machen. Popstar Ariana Grande wurde es nun zu viel



Von **Anastasia Zejneli**

Popstar Ariana Grande reicht es. Am Sonntagabend erklärte ihr Sprecher gegenüber dem amerikanischen *People*-Magazin, dass sich die 33-Jährige vorübergehend aus der Öffentlichkeit zurückziehen will. Der Grund: „Die endlose, anhaltende öffentliche Prüfung“, unter der sie sich befinde.

Seit Beginn ihrer Karriere war die Sängerin eines der liebsten Versuchskaninchen Hollywoods. „Seitdem ich 16 oder 17 bin, stehe ich in der Öffentlichkeit und fühle mich wie eine Probe in einer Petrischale, ich habe schon alles über mich gehört“, sagte sie 2024 in einem Interview mit einer französischen YouTuberin.

Grande begann ihre Karriere in den frühen 2010er Jahren als Ni-

ckelodeon-Star und Musicaldarstellerin. Seit 2013 veröffentlichte sie acht Alben und gilt als einer der größten Popstars ihrer Generation. Dass das Aussehen von Prominenten, meist Frauen, kommentiert wird, ist leider nichts Neues und begann auch nicht mit ihr. Und doch sollte ihr Fall zeigen, wie präsent Bodyshaming im Netz nach wie vor sein kann.

Als 2024 die Presstour für das Musical „Wicked“ begann, in dem Grande an der Seite von Cynthia Erivo die gute Fee Glinda verkörpert, gab es wochenlang kaum ein anderes Thema. Social-Media-Accounts posteten Ausschnitte aus Interviews mit beiden Schauspieler*innen, die für ihre Rolle anscheinend viel Gewicht verloren hatten.

Ob Musicalfan oder nicht: An den Memes zu dem sonderbaren Verhalten der beiden Hauptdarstellerinnen, die ängstlich flüsternd und nur

noch händchenhaltend anzutreffen waren, kam niemand vorbei. Doch besonders der Gewichtsverlust besorgte einige Fans.

Dass man im Alltag ungefragt den Körper einer Person nicht kommentieren sollte, setzt sich als gesellschaftliche Norm langsam durch. Für einige schwimmt diese Norm jedoch, wenn es um Prominente geht. Der Star oder die Influencerin darf nach wie vor zur Projektionsfläche werden. Müssen Prominente mit der Kritik an ihrem Körper umgehen, weil sie bewusst die Öffentlichkeit suchen und Vorbildfunktion haben?

„Ich will nicht die alte Ariana zurück, ich will einfach nur, dass sie gesund ist“, kommentiert eine Person ihr aktuelles Musikvideo auf Youtube. „Ich bin froh zu sehen, dass auch andere Leute besorgt sind und nicht so tun, als sei alles in Ordnung“, kommentiert eine andere.

Im Zeitalter von Ozempic müssen wir natürlich darüber reden, wie gefährlich der gegenwärtige Abnehmwahn ist. Doch das geht auch ohne Kommentare, die Rippen zählen und Skelettvergleiche anstellen. Für viele Fans, die Grande seit Jahren folgen, steht aber nicht Missgunst im Vordergrund, sondern Sorge.

Über ihren damaligen Körper schrieb Grande in einem Post von 2023: „Ich nahm Antidepressiva, trank Alkohol und habe mich schlecht ernährt, ich war an meinem tiefsten Punkt im Leben, als ich dachte, ich sei gesund.“ Ist es okay, den Körper eines Menschen zu kommentieren, wenn die Intention gut ist?

In einer Welt, die zugegebenermaßen noch eine Utopie ist, würde man, egal ob Nachbar, Freundin oder Weltstar, den Körper unkommentiert lassen. Dann wäre wohl der Druck, den eigenen Körper zu

optimieren, für alle geringer. Und trotzdem wäre es zu eindimensional, Grande nur als Opfer des Körperkults zu sehen.

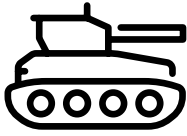
In den 2010ern war sie auch ein erfolgreicher Popstar, weil sie genau wusste, welches Aussehen in war. Mit langem Pferdeschwanz, großen Ohrringen und Spraytan bewegte sie sich zwischen Schwarzen Tänzerinnen im Musikvideo zu „7 Rings“. Grande war Meisterin im „Blackfishing“, einer Form der kulturellen Aneignung, die weiße Künstler*innen zu Marketingzwecken betreiben. Es ist solcherlei Verhalten, das kritisiert werden muss – nicht ihr Aussehen.

„Ich brauche niemanden, der mich rettet, denn diese Musik und ich, wir werden nie sterben“, singt Popstar Grande in ihrer aktuellen Single „Petal“. Eine Nachricht an ihre Fans? Die Zeit wird zeigen, wer Grande nach ihrer Pause sein will.

Ist dann erst einmal weg:
Ariana Grande
Foto: Mario Anzuoni/
reuters

Sehnsucht nach der Unfreiheit

Mit staatlichem Millionenetat produziert die Bundeswehr eine Propaganda-Serie. Das Ergebnis ist geeignet, junge Menschen vom Militär abzuschrecken



Wie sich die Zeit gewendet hat Europa rüstet auf und wir schauen genau hin. Wie wehrfähig ist Deutschland? Und wie wehrfähig muss eine Gesellschaft überhaupt sein? Wer profitiert vom Aufrüstungs-Boom und wer verliert? Die taz sucht nach Antworten.

Von Valérie Catil

Es ist ein miserabler Alltag: frühmorgens von aggressiven Männern mit geleckten Nazi-Frisuren aufgeweckt werden. Sie kontrollieren, ob das Bett makellos gemacht ist. Auch die Rasur wird überprüft. Dann Maßregelung, wenn die Decke Falten wirft oder ein Stoppel am Hals übersehen wurde. Fades Kantinenessen, das die Rekruten auch noch selbst zahlen müssen. Sport auf dem trostlosen Kasernengelände. Schießtraining mit schweren Tötungsmaschinen.

Am Ende des Tages bleibt lediglich der Stolz darauf, ihn überstanden zu haben. Aber der Schmerz soll es wert sein. Dabei werden diejenigen, die durchhalten, hier im Kern auf eines vorbereitet: für ihren Staat zu sterben oder zu töten.

Den Militäralltag nachsehen kann man nicht etwa in einem Investigativformat, das abschreckend zeigen will, was bei den deutschen Streitkräften vor sich geht. Sondern in der neuen Bundeswehrserie „Generation Wehrdienst“: Sie besteht aus acht Folgen, die fünf Rekrut:innen bei ihrer Grundausbildung begleiten.

Der Werbeetat der Bundeswehr liegt 2026 bei 70,6 Millionen Euro,

ungefähr doppelt so viel wie noch 2022 – eine Menge Geld für staatliche Propaganda. Umso beeindruckender ist es, dass damit ausgerechnet ein Produkt entstanden ist, das eigentlich jede Person, die nicht völlig untertan ist, von der Grundausbildung abschrecken und zum lokalen Schulstreik gegen die Wehrpflicht treiben sollte.

„Ich will Disziplin lernen“, sagt David, ein Rekrut, den die Serie begleitet. Dieser Wunsch wird bei der Bundeswehr erfüllt, denn es gibt im Grunde für alles eine Regel: wie man zu stehen hat, wie man zu sprechen hat – etwa, indem man „ja“ durch „jawohl“ und „zwei“ durch „zwo“ ersetzt –, wie das Zimmer auszusehen hat, wie man sich zu rasieren, wie man zu blicken und die Hände hinter dem Rücken zu halten hat. Auch, dass man nichts zu lachen hat.

Zusammenhalt, mehr Selbstbewusstsein und Kameradschaft, erhoffen sich andere Rekrut:innen von ihrer Grundausbildung. Ahmad erklärt, dass ihm der Zugang zu dem Beruf, den er erlernen wollte, mit seinem Abschluss verschlossen blieb. Deswegen ging er den Weg über die Bundeswehr. Auch David sei schulisch nicht begabt gewesen,

sagt er. Natürlich wirkt die Bundeswehr da wie eine Chance.

Dass ein stärker werdender ökonomischer Druck junge Menschen zukünftig an die Waffe drängen wird, ist offensichtlich. Und selbst wenn die Rekrut:innen in der Serie freiwillig da sind: Auch sie nennen gute Vergütung und kostenloses Bahnfahren als Gründe für die Bundeswehr.

In keiner Episode wird verheimlicht, welche Erniedrigung die Rekrut:innen erleben

Doch dieses eine Wort, die Sehnsucht nach dem einen Wesenszug, hört man über die Episode hinweg immer wieder: Disziplin. Es fällt schwer, dabei nicht an Erich Fromm zu denken, der 1941 in „Die Furcht vor der Freiheit“ zu erklären versuchte, warum eine Gesellschaft dem Autoritarismus und dem Faschismus verfällt. Darin kommt er zu dem Schluss, dass all die „Freiheiten zu“, die dem Individuum in einer modernen Gesellschaft offenstehen, es überfordern und ohnmäch-

tig fühlen lassen – bis „Freiheiten von“ als Fluchtmechanismen an deren Stelle treten wollen.

Ja, die Rekrut:innen sind frei: frei davon, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Frei davon, auf Augenhöhe mit ihren Vorgesetzten zu sprechen. „Ich hab’ Angst vor dem“, sagt Ahmad über einen Offizier – der Mann hat weite, eisblaue Augen und kurzgeschorene Seiten. Er raunt Ahmad an, obwohl er nur höflich gefragt hatte, ob er sein Handy im Spind einschließen solle. Sie sind frei davon, ihren Tag zu gestalten, wie es ihnen beliebt. Frei davon, infrage zu stellen, was ihnen dort beigebracht und befohlen wird.

Ganz stimmt der letzte Satz nicht: Es gibt immer wieder beeindruckende Momente in der Serie, die zeigen, dass die jungen Menschen dort vernünftig und ihre Gedanken noch nicht ganz von der militaristischen Ideologie eingenommen sind. „Warum mache ich das?“, fragen sie dann zum Beispiel. Oder sie sagen, dass sie hätten weinen können, als ihnen befohlen wurde, ihren mickrigen Bart vollständig abzurasierern. Oder dass der Alltag und die Vorgesetzten eigentlich nur schlimm seien, dass es schlimmer kaum mehr

werden könne. Dass sie aufgeben und nach Hause wollen.

Doch solche Fünkchen Vernunft sind genauso schnell erlöscht, wie sie aufleuchten. Die Offiziere hätten recht, wenn sie herumbrüllen, heißt es, schließlich ginge es nicht immer auf die bequem Art: „Die machen das, damit wir das lernen.“ Diese Rechtfertigungen beweisen, dass die Ausbildung Früchte trägt.

Abgesehen von geschmeidigen Kamerafahrten über Gewehre, die wie deplatzierte Werbespots ins Schießtraining geschnitten sind, ist der Kasernenalltag auch ästhetisch vor allem lieblos, grau und kühl. Dankenswerterweise wird in keiner Episode auch nur im Geringsten zu verheimlichen versucht, welche Erniedrigung die Rekrut:innen erleben, sodass junge Zuschauer:innen hoffentlich nicht auf die Idee kommen, es ihnen freiwillig gleichzutun.

„Generation Wehrdienst“ zeigt erstaunlich ehrlich, dass die Bundeswehr kein gewöhnlicher Arbeitsplatz ist. Noch mehr als jeder andere bringt er Unterordnung und Hierarchien bei. Wenn es darum geht, den Staat zu verteidigen, sind und bleiben kritische Gedanken unnütz – also, für den Staat.

Szene aus der Bundeswehr-Serie „Generation Wehrdienst“ Foto: Bundeswehr



Foto: Regentaucher



Steffen Grimberg Flimmern und Rauschen

Alexandria lässt grüßen

Kommt die KI ins Antiquariat und sagt „Guten Tag, ich würde mal gerne Ihre Bücher erschredern“. Was ist passiert? Ist es der durch die Klimakatastrophe heiß gelaufene Weimertar unseres verehrten Staatsministers für Kultur und Medien, der meint, sich in einer linken Buch-

handlung zu befinden? Oder hat Dennis Scheck auf Massenbetrieb umgestellt?

Aber warum dann in einem Antiquariat? Das setzt ja schon vom Namen her auf ältere Bestände. Während es beim Bücherschreck Scheck doch stets um „Druckfrisches“ geht. So heißt schließlich auch seine ARD-Sendung, in der seiner Meinung nach Unzumutbares im Schredder landet.

Jedenfalls regt sich mannigfaltige Empörung in der Kulturwelt ob einer Nachricht: Um ihre Modelle mit Material zu füttern, würden KI-Firmen alte Bücher, angeblich sogar antike Werke, en masse aufkaufen, einscannen und sie dann entsorgen.

Nun ist das mit den Büchern der Antike, die auch eher mal Papyrusrollen waren, so eine Sache. Denn die meisten von ihnen wurden schon in der

Antike höchstselbst wirkmächtig zerschreddert. Die legendäre Bibliothek von Alexandria lässt grüßen.

Das waren vermutlich eher mal Caracalla, Aurelian oder Diokletian und nicht etwa Elon Musk, Samt Altman et al. Die historische Analogie passt aber, schließlich hatten die Cäsaren beim Imperium Romanum das Sagen – und dieses Gebilde stand den heutigen Big-Tech-Plattformen in Sachen Monopol, Macht und Megalomanie in nichts nach.

Nun hat zumindest Elon Musk den Überblick über sein krudes Wirken in allen Imperien von der Erde bis zum Mars schon derart verloren, dass er auf X fromm verspricht, keine antiken Bücher zu zerstören. Das tut er ja bereits mit unserer Demokratie, den guten Sitten im Netz und dem gesunden Menschenverstand.

Was wirklich los ist, lässt sich in wenigen nüchternen Sätzen zusammenfassen: KI-Firmen kaufen tatsächlich in großen Mengen ältere Bücher, um damit ihre LLMs zu trainieren. Dabei handelt es sich aber nicht um „antike“ oder sonstige altherwürdige Druckwerke, sondern um Altbestände mit ISBN-Nummer. Diese International Standard Book Nummer gibt es erst seit 1972, und die fraglichen Bestände sind wohl auch aus antiquarischer Sicht eher der Kategorie Ladenhüter zuzuordnen.

Nach der Entscheidung eines US-Gerichts zu Urheberrechtsverletzungen durch KI-Trainings dürfen die KI-Firmen Bücher nicht mehr einfach herunterladen und zu Trainingszwecken nutzen. Das Einscannen gedruckter Bücher stellt aber nach der seltsamen Ge-

richtslogik keinen Bruch des Urheberrechts dar. Jedenfalls dann, wenn die fraglichen Werke vorher legal gekauft wurden und nach dem Einscannen zerstört werden.

Nun ließe sich hinter der Nummer, diese neuen Intelligenzbestien jetzt ausgerechnet mit Ladenhütern zu füttern, ja fast schon ein subversiver Akt vermuten. Doch leider funktioniert KI anders und rein mathematisch. „Ja, leider. So wird der Bias verstärkt und es ist und bleibt eine KI der alten weißen Männer“, sagt die Mitbewohnerin.

Aber immerhin lässt sich Trost darin finden, dass auch die großen Plattformen wie das Römische Reich nie für die Ewigkeit waren. Auch sie wurden im Laufe der Zeit mit schönster Regelmäßigkeit zuverlässig geschreddert.

Dein Zukunfts- briefing, jeden Donnerstag

taz 

TEAM ZUKUNFT

Der kostenlose Newsletter
zu Klima, Wissen, Utopien

Jetzt abonnieren





Für den Heiligen Stuhl Meredith Monk oder Patti Smith hören im „Giardino Mistico“ des Karmeliterklosters Scalzi in Venedig
Foto: Andrea Avezzù, Courtesy La Biennale di Venezia

„Wir wollten eine Situation der Verlangsamung schaffen“

Der Vatikan würdigt auf der diesjährigen Venedig-Kunstbiennale die Mystikerin Hildegard von Bingen. Warum und wie erzählt Starkurator Hans Ulrich Obrist

Interview **Maxi Broecking**

taz: Herr Obrist, Sie haben für den Pavillon des Vatikans „Holy See“ in Venedig eine Klangausstellung konzipiert, die dem Werk der mittelalterlichen Nonne Hildegard von Bingen gewidmet ist. Sie galt als Heilerin, Mystikerin und Universalgelehrte. Dazu hat sie zahlreiche Kompositionen geschrieben. Wie sind Sie auf sie gekommen?

Hans Ulrich Obrist: Ich bin in der Ostschweiz aufgewachsen und der erste kulturelle Ort, in den mich meine Eltern gebracht haben, war die Klosterbibliothek in St. Gallen aus dem 9. Jahrhundert. Da konnte man mit Filzschuhen durch diese Hallen gehen und wie in einer Zeitreise diese mittelalterlichen Handschriften einsehen. Später bin ich dort als Student auf ihre Schriften gestoßen. Gemeinsam mit dem Kurator Ben Vickers haben wir festgestellt, dass sich weltweit Künstlerinnen und Künstler auf das Werk von Hildegard von Bingen beziehen und so ist die Idee dieser Ausstellung entstanden.

taz: Was fasziniert Sie an Hildegard von Bingen?

Obrist: Zuerst war es ihre Musik, die habe ich schon sehr früh gehört. Dazu kam, dass sie in ihrer Zeit eine Universalgelehrte war. Sie war Schriftstellerin, Heilerin, Naturgelehrte und hat sich intensiv mit Kräutern, Heilpflanzen und der Natur auseinandergesetzt. Sie war eine einflussreiche öffentliche Figur, hat ein Kloster geleitet, Bücher über Mystizismus geschrieben und Musik komponiert. Dazu hat sie sich in einer von Männern dominierten Kirche gegen große Hindernisse durchgesetzt. Aus heutiger Sicht ist sie eine wichtige feministische Figur, dazu kommen ihre spirituelle und ökologische Dimension.

taz: Die Ausstellung ist im „Giardino Mistico“ gelegen, dem „Mystischen Garten“ des Karmeliterklosters Scalzi in Venedig. In diesem

sonst nicht öffentlichen Klostergarten werden seltene Lagunen-Weinsorten kultiviert, alte Obst- und Olivenbäume, aber auch eine Vielzahl von Heilkräutern. Wie kam es zu der Zusammenarbeit mit dem Vatikan?

Obrist: Vor drei Jahren bin ich dem derzeitigen Kulturminister des Vatikans, Kardinal José Tolentino de Mendonça, begegnet. Er hat mir von diesem mystischen Garten in Venedig erzählt, den er uns zeigen will. Uns hat von Anfang an fasziniert, dass diese paradiesische Oase, dieser Garten mit Heilkräutern und Pflanzen, unmittelbar am lärmigsten und auch umtriebigsten Ort von Venedig liegt. Am Hauptbahnhof, wo Hunderttausende von Reisenden jedes Jahr eintreffen und abfahren. Und plötzlich ist man in dieser Stille. Da wurde uns klar, dies ist der Ort, den wir immer gesucht haben.

taz: Danach trafen Sie Ihren Freund, den im März verstorbenen Künstler, Philosophen und Filmemacher Alexander Kluge, um über das Projekt zu sprechen. Dabei kam es auch zu dem Titel der Ausstellung „The Ear is the Eye of the Soul“

Obrist: Wir haben uns jedes Jahr am 1. Januar im Engadin in Sils Maria getroffen. Immer um drei Uhr am Nachmittag, um die Themen des Jahres zu besprechen. Das war ein Ritual. Ich wusste, dass auch er sich seit Langem mit dem Werk Hildegard von Bingen beschäftigt. Er hatte auch die Idee, sich ihrem Werk über Klang zu nähern und für den Titel der Ausstellung: „The Eye is the Ear of the Soul“. Seine zwölfteilige Videoarbeit zu Hildegard von Bingen, die jetzt am zweiten Standort des „Holy See“-Pavillons im Castello in Venedig zu sehen ist, ist sein letztes Werk, an dem er noch bis kurz vor seinem Tod gearbeitet hat. Mit Ben Vickers haben wir eine Liste von Künstlerinnen und Künst-

lern erstellt, von denen wir wussten, dass sie sich bereits mit der Musik von Hildegard von Bingen beschäftigt haben. Wie Meredith Monk oder Brian Eno. Die Klangarchitektur mit den fließenden Übergängen kam schließlich vom Soundwalk Collective des Musikers und Filmemachers Stephan Crasneanski und dem Produzenten Simone Merli.

taz: Sie haben 20 Klangerbeiten ausgewählt, die jeder Besucher und jede Besucherin über Kopfhörer erleben kann. Dabei kann man in seinem eigenen Rhythmus durch den Garten schlendern, vorbei an Blumen und Kräutern. Darunter ist auch ein Klangkunstwerk der nigerianisch-amerikanischen Künstlerin Precious Okoyomon, die sich in ihren Arbeiten mit den kolonialen Einschreibungen in Landschaften beschäftigt. Wie kam es dazu?

Obrist: Mit Precious arbeite ich schon seit zehn Jahren zusammen. Wir haben auch oft über Hildegard von Bingen gesprochen. Sie hat Glasglocken gegossen, um Natur und Klang als spirituelles Ritual zu verbinden. Der Wind bringt die Glocken und das Windspiel zum Klingen. Gleichzeitig hört man Olivier Messiaens „Quartett für das Ende der Zeit“ und Worte der „Lingua ignota“, einer von Hildegard von Bingen entwickelten Geheimsprache. Wir wollten mit den Glasglocken auch eine skulpturale Präsenz in die Ausstellung einbringen.

taz: Die Musikerin und Dichterin Camae Ayewa, die unter dem Künstlerinnennamen Moor Mother auftritt, hat, wie Precious Okoyomon, einen afrodiasporischen Hintergrund. Inwieweit war dies ein Thema für Sie?

Obrist: Es ging uns vor allem um den spirituellen Zugang und wir haben in den Texten von Moor Mother eine Resonanz zu den Themen von Hildegard von Bingen gesehen. Sie

war auch sofort an der Figur von Hildegard von Bingen und ihrem holistischen Ansatz der Ganzheitlichkeit interessiert. Uns hat zudem auch der Zugang des afroamerikanischen Komponisten Julius Eastman zu Hildegard von Bingen interessiert, mit seiner Verbindung von spiritueller Musik und Minimalismus.

taz: Für die Ausstellung sind neue Auftragsarbeiten entstanden, unter anderem von Jim Jarmusch, FKA Twigs oder dem Chor der Benediktinerinnenabtei St. Hildegard in Eibingen. Wie konnten Sie die Bezüge zum Ort des Klostergartens herstellen?

Obrist: Alles ist im Dialog mit den Künstlern und Künstlerinnen entstanden. Wir haben Meredith Monk besucht und dann gemeinsam mit ihr entschieden, ihr bereits bestehendes Werk zu Hildegard von Bingen wieder zu sichten. Das war ihr wichtig, aber alles andere sind neue Werke. Es war uns auch wichtig, Dichter einzubeziehen, neben Patti Smith etwa den Chilenen Raúl Zurita mit seinen Gedichten über Traumata, Natur und Heilung – oder die Britin Bhanu Kapil, die über Blumen als Metapher für Feminismus, Migration und Wachstum nachdenkt.

taz: Es ist das erste Mal, dass der Vatikan mit Hildegard von Bingen eine Frau auf einer solch großen Bühne wie der Kunstbiennale in Venedig ehrt. Welche Rolle spielte dabei auch die Arbeit der ungarischen Nonne, Philosophin und Wissenschaftlerin Maura Zátanyi, die als Professorin in Rom lehrt und das Gesamtwerk von Hildegard von Bingen erstmals vollständig zugänglich gemacht hat?

Obrist: Maura Zátanyi, die im ehemaligen Kloster von Hildegard von Bingen in Eibingen lebt, war tatsächlich eine Schlüsselfigur für dieses Projekt. Sie ist eine der großen Expertinnen zu Hildegard von Bingen und hat auch ihren umfang-

reichen Briefwechsel dokumentiert. Das ist ein wirklich sehr wichtiges Buch, das wir jetzt auch übersetzen lassen wollen. Und noch ein Punkt, weshalb Hildegard von Bingen heute wichtig ist: Wir leben in einer Zeit totaler Informationsexplosion. Gleichzeitig wird alles immer polarisierter und es gibt keinen Dialog mehr. Daher wollten wir eine Situation der Verlangsamung schaffen, wo Konzentration und Zuhören im Mittelpunkt stehen.

taz: Welche Rolle spielt das Gehen in der Installation?

Obrist: Eine große Rolle. Ich denke an die „Spaziergangswissenschaft“ von Lucius Burckhardt und die Schriften von Robert Walser. Wie wir durch achtbares Gehen unsere Umwelt wahrnehmen. Die Ausstellung ist wie ein Spaziergang mit Stepping Stones. Dadurch kommt auch der Zufall ins Spiel und es ist ein offenes System.

taz: Was wird nach der Venedig-Biennale mit Soundinstallation geschehen?

Obrist: Als Kurator denke ich seit Langem, dass man an Projekten nicht einfach nur für eine Biennale arbeitet, sondern dass man einen Pavillon auch als langfristige Idee versteht, als Recherche. Wir wollen weitere Künstler_innen und Musiker_innen treffen. Wie etwa Judy Chicago, die Hildegard von Bingen in ihr berühmtes Werk „Dinner Party“ einbezogen hat. Wir wollen über die Idee der Kurzfristigkeit hinausgehen. So haben wir bereits mit mehreren Museumsleiter_innen gesprochen, ob sie die Installation auch in ihre Gärten bringen können. Für jede neue Installation, die wir machen werden, kommen dann neue Künstler_innen dazu. Als ein planetarer Soundgarten.

„The Eye is the Ear of the Soul“. Pavillon des Vatikans, Kunstbiennale Venedig, bis 22. November 2026



Foto: A. Giuliani/Imago

Hans Ulrich Obrist geboren 1968, ist ein Schweizer Kurator, Kritiker, Kunsthistoriker und Buchautor. Neben zahlreichen Ausstellungsprojekten war er 1992 Gründer des mobilen Museums Robert Walser. Seit 2006 ist er künstlerischer Leiter der Serpentine Galleries in London. 2026 kuratierte er gemeinsam mit Ben Vickers den Pavillon des Vatikans bei der 61. Kunstbiennale von Venedig.

szene
Um 90°
gedreht

Aus einer Schublade, unter Klarsichtfolien mit irgendwelchen Schrieben, Rechnungen und Listen, Schachteln mit Klebebändern, Stiften, Tackernadeln und Zollstöcken hat M., die übers Wochenende zu Besuch gekommen war, um mir beim Aufräumen zu helfen, einen grünen Bogen Tonpapier hervorgezogen. „Herzlich willkommen zu Hause“ steht darauf, verziert mit roten Herzen und rosafarbenen Sternen, in der Schrift meiner Mutter. Ich kann mich nicht erinnern, zu welcher Gelegenheit sie diesen Gruß gebastelt hat. Gut möglich, dass er damals an mich adressiert war.

Im Juli verbringe ich einige Tage im Haus meiner vor wenigen Monaten verstorbenen Mutter. Mein Zuhause war das lange Jahre, mittlerweile bin ich schon länger weg, als ich je dort war. Am Stück allein, wie ich das jetzt bin, war ich überhaupt noch nie im Haus.

Manchmal kommen Katzen aus der Nachbarschaft vorbei, die einer völlig anderen Spezies anzugehören scheinen als diejenigen aus der Großstadt. Meine Mutter mochte sie nicht besonders, weil diese Katzen gerne einmal aus der Vogeltränke tranken, was wiederum die Vögel nicht mochten, die sich dort eigentlich erfrischen sollten. Dennoch konnten sie damals schon ungestört durch den Garten schleichen, so wie sie es jetzt tun über von der Sommeronne vertrocknetem Rasen. Nur die Vogeltränke steht nicht mehr da, sie lagert irgendwo im Keller.

Die Regeln meiner Mutter wirken in ihrer Abwesenheit nach. Geschnittenes Obst fürs Müsli beim Frühstück wird in einer Glasschale serviert, Marmelade mit einem sauberen Teelöffel entnommen. Abends werden alle Rollläden heruntergelassen, morgens wieder hochgezogen, im Sommer bleiben sie tagsüber im ersten Stock unten, damit sich die Zimmer nicht aufheizen. Jedes Mal, wenn man das Haus verlässt, wird abgeschlossen. Einzig der Terrassentisch wurde um 90 Grad gedreht. Die Perspektive hat sich verschoben.

Beate Scheder

Statt Trübsal Kopfnicker-Beats

Seit einem Mofa-Unfall sitzt FaithMC im Rollstuhl – und will nicht, dass ihn das definiert. Im Netz hat sich der Rapper mit seinen sentimental-emotionalen Tracks eine stabile Fan-Gemeinde erarbeitet

Von Dagmar Leischow

„Ende vom Anfang“ hat damals etwas in Gang gebracht: Veröffentlicht vor rund vier Jahren, ging der Rap-Song mit über 100.000 Klicks viral. Was FaithMC darin erzählt, ist krass: In seinen Reimen geht es um die Folgen seines Mofa-Unfalls vor inzwischen 14 Jahren. Der hatte das Leben des damals 16-jährigen komplett aus den Angeln gehoben: Querschnittlähmung, massive Atemprobleme, Depressionen, Medikamentenabhängigkeit. Im Video machen Bilder aus dem Krankenhaus die Tragik noch greifbarer.

So viel Offenheit schlug im Netz hohe Wellen. Auch Beschämendes und Beleidigungen blieben nicht aus, aber die Unterstützer:innen waren weit in der Überzahl mit Kommentaren wie: „Gänsehaut, deine Raps gehen unter die Haut!“ FaithMC realisierte ziemlich schnell: Das war ein Wendepunkt. „Zum ersten Mal hatte ich einen richtig deepen Track gemacht“, erklärt er. „Danach habe ich angefangen, in meiner Musik sehr viel aus meiner Vergangenheit zu verarbeiten.“

Geboren in der Nähe von Kiel, wohnt FaithMC inzwischen in Hamburg. Ihm ist wichtig, sein Herz auszuschütten, in seinen Titeln steckt oft eine Portion Schwerkut, Absturz und Kummer. Aber Aufgeben sei keine Option. Am wohlsten fühlt sich der 30-jährige in sentimental-emotionalen Rap. Er verpackt seine Worte trotzdem gerne in treibende Kopfnicker-Beats.

Seine wohl größte Inspiration ist die Saarbrücker Hip-Hop-Band Genetik. Anfangs habe er deren Songs einfach gecover, erzählt er. Dann eigene Texte auf ihre Beats geschrieben. Darin blitzt ein Drang nach Ehrlichkeit auf, wie er ihn auch an seinen Vorbildern erkennt: „Genetik waren für mich die Ersten, bei denen es irgendwie cool war, dass sie selbst dann die Wahrheit gesagt haben, wenn sie dabei nicht so gut dagestanden haben“, sagt er. Das habe ihn „total abgeholt“. Ob er damit auch die teils hart am Verschwörungsgläubigen entlangschrammenden Aussagen Genetikks wider die Corona-Bekämpfungsmaßnahmen meint?



Musikalisches Tagebuch gegen den Stillstand: FaithMC veröffentlicht jeden Monat einen neuen Song FaithMC Foto: FaithMC

Anstatt sich weiter von irgendwelchen Schamgefühlen trietzen zu lassen und sich in seiner Wohnung zu verschanzen, habe er endlich wieder die Kontrolle über sein Leben übernommen, erzählt FaithMC. Das nach dem Abi begonnene Studium habe er sich nicht mehr leisten können – und den Plan gefasst, sich ganz auf seine Musik zu konzentrieren.

Auch auf die Gefahr hin, zu scheitern: „Sollte es nicht klappen, kann ich stolz sagen: Ich hab’s versucht.“, heißt es in „Stachelndraht“. Ein Akt der Selbstmächtigung, durchdrungen von dem Wunsch, andere zu motivieren: „Ich möchte jedem Menschen mit Einschränkung nahebringen: Was ich geschafft habe, kannst du auch erreichen.“

Tatsächlich hat FaithMC eine erstaunliche Energie. Ob Lungenembolie, Herzstillstand oder Nierenprobleme: Mit enormer Willenskraft ringt er mit seinen gesundheitlichen Problemen. 2024 konnte er nach vier Entziehungskuren seine Medikamentensucht besiegen. „Das war ein Kampf“,

sagt er. In seinen Tracks rückt er aber lieber das Positive in den Vordergrund: „Es ist möglich, sich aus einer Abhängigkeit zu lösen.“

„Ich würde jetzt nicht behaupten, für die Rollstuhl-Community zu stehen“

FaithMC, Rapper

So arbeitet sich FaithMC an seinen (Sehn-)Süchten ab. Ein Leitmotiv ist der Drang, kreativ zu sein; keine Kohle, aber Ambitionen. „Langsam wird es ernst, ich schreib schnell einen Text“, rappt er in „Dragonball Z“. Musikalisch spielen harte, schnelle Beats die Hauptrolle in dieser ziemlich neuen Nummer. Überhaupt, Nummern: Etwa einmal im Monat legt FaithMC einen Track vor.

„In der heutigen Musikszene ist die Konkurrenz riesig“, führt er aus. „Wenn man sichtbar

bleiben will, muss man konstant liefern.“ Den Vier-Wochen-Rhythmus nennt er den „perfekten Mittelweg“: „Häufig genug, damit die Menschen dranbleiben. Aber mit Zeit genug, damit jeder Song die Qualität bekommt, die ich mir wünsche.“

Ein anderer Punkt: Seine Lieder seien wie Kapitel seines Lebens. „Wenn man alle Veröffentlichungen hintereinander hört, entsteht fast so etwas wie ein musikalisches Tagebuch.“ Auszüge daraus bringt FaithMC inzwischen sogar auf die Bühne. Er gastierte bei der Millerntor Gallery in Hamburg oder im St. Pauli Shop auf der Reeperbahn, das Unplugged-Festival in Berlin buchte ihn ebenfalls.

Eigentlich tritt er gerne vor Publikum, nur ist es für ihn schon eine Herausforderung, überhaupt auf die Bühne zu kommen. Ohne Rampe hätte er keine Chance, das soll sich aber in näherer Zukunft ändern: „Mir wurde nach meinem dritten Widerspruch endlich ein Treppensteiger-Rollstuhl bewilligt.“

Damit hat er wieder eine Hürde genommen. Würde man ihn für einen Aktivist halten, ginge ihm das ein bisschen zu weit, sagt er. „Ich würde jetzt nicht behaupten, für die Rollstuhl-Community zu stehen“, sagt er. „Dennoch würde ich mir wünschen, dass mal ein Rapper mit hundertprozentigen Einschränkungen in den Mainstream vorstößt – einfach um Barrieren abzubauen.“

FaithMC wirkt wie jemand, der seine innere Balance gefunden hat. Aus seiner Sicht stimmt das aber nur bedingt. „Aktuell gibt es in meinem Leben mehr helle als dunkle Tage“, resümiert er. Zudem habe er für die dunklen Tage Bewältigungsstrategien, allen voran: stets ein Ziel vor Augen zu haben: „Dadurch habe ich das Gefühl, selbst eine Krise kontrollieren zu können.“ Man merkt im Gespräch auf seiner Terrasse, wie er oft hippelig wird. „Mein Motto ist: Stillstand ist der Tod“, räumt er ein. „Wenn ich nichts mache, holen mich nämlich die negativen Gedanken ein.“ Darum strebt FaithMC bloß in eine Richtung – vorwärts!

Anzeige

taz shop

Sonnenöl LSF 30. Pflegt die Haut mit einer Kombination aus Bio-Granatapfelkernöl, Bio-Sanddornöl und Bio-Karanjaöl und ist durch den Verzicht auf Wasser oder Emulgatoren besonders gut für trockene Haut geeignet. Der mineralische UV-Filter reflektiert die Sonnenstrahlen und schützt sofort nach dem Aufsprühen. Wasserfest, ohne Alkohol, vegan. Mit Rohstoffen aus biologischem Anbau. Von Eco Cosmetics. Inhalt: 50 ml. 25,00 €

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (030) 25 90 21 38
tazshop@taz.de | taz.de/shop

10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen

So 'ne Sonnewonne

Wenn das Gehäuse links dreht

Drei Frauen entführen dreizehn Männer in einem Wohnmobil voller Schnecken: Nichts ist zu absurd in Zeiten des Krieges und in Maria Revas brillantem Ukraine-Roman



Von Katharina Granzin

Mit dem Humor ist es in Zeiten des Krieges so eine Sache. Darf man humoristisch über den Krieg schreiben, wenn man nicht selbst mit im Luftschutzbunker sitzt? Ja; nein; aber wenn doch, dann wie? Die kanadisch-ukrainische Schriftstellerin Maria Reva hat sich für ein klares Ja entschieden, und das Wie lotet sie in diesem Buch vielschichtig aus.

„Endling“ (was für ein schönes Wort!) heißt Revas fulminantes Romandebüt im Original, und so hätte sein Titel auch auf Deutsch lauten können, wenn er nicht schon mehrfach besetzt gewesen wäre. Als „Endling“ wird das letzte lebende Individuum einer Art bezeichnet. In diesem Fall handelt es sich um eine Schnecke: Die Malakologin, also Schneckenexpertin Jewa, lebt in einem zum Labor umfunktionierten Wohnmobil, mit dem sie kreuz und quer durch die Ukraine fährt, um vom Aussterben bedrohte Gastropoden-Spezies zu retten. Ihre selbstgewählte Mission finanziert sie mit der bezahlten Teilnahme an sogenannten „Liebestouren“, Massenveranstaltungen einer Partnerschaftsvermittlung, bei denen ukrainische Frauen unverbindlich mit Männern aus

dem westlichen Ausland bekannt gemacht werden.

Doch viele der an den Brautschaugeschichte – das im Text nun auch selbst auftretende Autorinnen-Ich räumt ein, dass das ja ein ganz klischeehaftes Thema sei – noch vor dem Februar 2022 zu schreiben begonnen hatte. Auf jeden Fall bricht der Krieg nun mit solcher Wucht in den Roman ein, dass an eine herkömmliche narrative Struktur nicht mehr zu denken ist. Ein Spiel mit Fiktion und Fakten, mit auto- und meta-fiktionalen Elementen, mit ständiger textueller Selbstreferentialität hat begonnen und wird nicht mehr aufhören.

Aber so anstrengend das in dieser Kurzfassung klingen mag, so lässig kommt der Text daher, denn wie nebenbei ist ihm eine Aura des Absurden, Surrealistischen, Beinahe-Magischen zugewachsen. Und wie wäre denn einer bisher für unvorstellbar gehaltenen Realität auch anders beizukommen als mit ständig neuen Versuchen, diese neue Wirklichkeit mit eigenen Gegenfiktionen gleichsam zu neutralisieren?

Zwischendurch tritt ein „Jurtenmacher“ auf, die personifizierte Metapher eines abstrakten Meta-Autors, der in der Lage ist – im Gegensatz zur realen Autorin, wie sie fürchtet – aus textlichen Versatzstücken („Jurten“) eine große

Einheitsjurte zu nähen. Und zwischen den verschiedenen Textjurten, die ab nun das Roman-Patchwork bilden, und in denen wir unter anderem die mitunter vielleicht reale, dann wieder halb-fiktionale Autorin erleben, die sich große Sorgen um ihren trotz im belagerten Cherson ausharrenden Großvater macht, dazwischen also geht die Geschichte von Jewa, Nastja, dem linksdrehenden Schnecken-Endling „Lefty“ und den entführten Junggesellen weiter, um bei Cherson schließlich auf die russischen Truppen zu stoßen.

Mehr sollte an dieser Stelle nicht erzählt werden, außer dass es der Autorin letztlich ganz hervorragend gelungen ist, ihre Jurten mit einem stabilen, stets gut sichtbaren roten Faden zu vernähen, dem man gern über alle Risse und Fältelungen des Stoffes hinweg folgt. Die Schnecke Lefty wird übrigens am Ende kein Endling mehr sein und der Kanadier Sascha kein Junggeselle. Wie könnte ein Roman auch schöner enden als mit einem Happyend? Und sei es mit einem ironisch gemeinten.

Maria Reva: Ein Königreich für eine Schnecke. Aus dem Englischen von Stephan Kleiner. dtv, München 2026, 280 Seiten, 26 Euro

Als „Endling“ wird das letzte lebende Individuum einer Art bezeichnet. In diesem Fall handelt es sich um eine Schnecke
Foto: Roland Weihrauch/dpa



Hilka Dirks
Ausgehen und rumstehen

Steine, Schwitzen, Schlusspunkte

Vor dem Späti lassen die Stammgäste ihre Zungen schleifen. Dazwischen Klopferäusche: Gummihammer auf Pflastersteinchen. „Hallo“, hallt klar eine hell klingende Kinderstimme die Hauswand empor und schiebt sich durch das offene Fenster. „Hallo“, knarren rau gerauchte Männerstimmbänder zurück. „Was machst du da?“, fragt das Kind. „Ick mach’ hier mit die Steine.“ „Ach so.“ Das Kind scheint zufrieden abzuziehen, zurückbleiben Klopfen und lallendes Gemurmel.

Ich mache mir ein Käsebrot. Als alles verstummt, dringt ein Hauch

kalter Kippe ins Zimmer. Beim Verlassen der Wohnung ist das Trottoir leer. Vor dem Haus markieren zwei rot-weiße Kunststoffbauzäune den Ort der Konversation. Sandige Unebenheiten, ein bizarr großer Haufen übriggebliebenes Mosaikpflaster. Der Steinemacher ist verschwunden. Später will ich Nudeln in Charlottenburg essen. Nummer 82.

Verlangsamt ziehen die Schwimmer im Columbiabad unterm bedeckten Himmel ihre Bahnen. Zwei Polizisten diskutieren mit dem Bademeister, der Bademeister diskutiert mit zwei Jungs mit Wasserpistolen und Körpern wie aus Knete. „Warum denn nicht?“, nölt der eine und schießt gelangweilt einen Wasserstrahl ins Schwimmerbecken. „Sind doch eh alle nass.“ „Nee, nee. Dit zählt nicht“, brummt der Bademeister und schlappt zurück zu seinem Stuhl. Auf seinem Rücken steht: „So Pool ist nur Berlin.“ Die Jungs ziehen mit bewölkten Gesichtern Richtung Nichtschwimmerbecken. Vielleicht muss ich die Nudeln zweimal bestellen. Einmal zum Mitnehmen für morgen, direkt aus dem Kühlschrank. Die Kantstraße ist weit weg.

Unter der Dusche will ein zweijähriger Junge seinen Platz im Warmen nicht verlassen. Die Mutter wartet. Man sieht ihm an, dass er diese Lust am warmen Duschen für den Rest seines Lebens nicht aufgeben wird. Ich kann ihn verstehen. Vor einem französischen Restaurant am Savignyplatz demonstrieren Tierrechtler gegen den Verzehr von Entenstopfleber. Sie sind durch ihr Megafon schwer zu verstehen, verzerrt erkennt man „murderer“ in ihren Sprechgesängen. Gäste und Passanten nehmen sie nicht wahr. Zwei Polizisten beobachten sie mit schweren Lidern.

Eine Menschentraube hat sich vor Robert Grunenbergs Galerie versammelt, darunter auch S. Wir haben uns bisher nie außerhalb des Internets kennengelernt, tauschen ein paar Worte. Eigentlich suche ich D. Mittlerweile habe ich großen Hunger. Statt der antizipierten Kälte des Kunstmarkts schlägt mir

„Was machst du da?“, fragt das Kind. „Ick mach’ hier mit die Steine“

im Innenraum Schwüle entgegen. Zwischen Weißweindunst und klebrigen Körpern hängen dicke Maleereien von Fili Henin, Øyvind Sørfjordmo und Jan Zöllner.

Ich starre auf einen Windhund im Lavendel, darunter Knochen, am hochgezogenen Horizont ragen schmale Pappeln in den Himmel. Bei Henins Arbeiten definiert die Fläche die Figur, sie gefallen mir, trotz teils lieblicher Motive, ungemein gut. Der Galerist stellt mich dem Maler vor. Ich druckse herum, wir enden in einem Gespräch über eins seiner älteren Bilder, hellgelb mit Spinne, Riesenformat. Ich würde es so gern mal in echt sehen, leider hängt es nicht hier. Da erscheint D., schön wie immer, wir versinken kurz in Sätzen über Südfrankreich, Schuhe, das Internet und Nudeln. Irgendwann kann ich mich ihrem zarten Silberblick entreißen und laufe aufgekratzt gen Westen.

Als ich den Nudelladen erreiche, ist das Licht aus. Auf einem Schild steht: „Wegen Umbau geschlossen bis 12.08.“ Das Trottoir ist leer, nur zwei Polizisten entfernen sich weit hinten im Bild. Vor dem Laden ein bizarrer großer Haufen Steine.

Der Tag der Abrechnung

Laut dem bereits verstorbenen Science-Fiction-Autor Ray Bradbury ist der 4. August 2026 „Der Tag der Abrechnung“

Von Martin Conrads

Die Menge der in den sozialen Medien geteilten Aufnahmen humanoider Roboter in Aktion übersteigt mittlerweile die Kapazitäten menschlicher Erinnerung.

Allein in diesem Jahr konnte man unter anderem sehen: Friedrich Merz muss in Hangzhou tanzen, „Unitree Bots“ (G1) zusehen; japanische Forscher stellen den Roboter-Mönch „Buddharoid“ vor; der Roboter „Helix 02“ von Figure zeigt, wie er ein komplettes Wohnzimmer selbstständig aufräumt – vom Aufheben von Gegenständen über das Reinigen von Oberflächen bis hin zum Zurücklegen von Kissen auf die Couch; ein humanoider Roboter jagt Wildschweine durch Warschau; in Peking absolvieren humanoide Roboter Testrunden für einen Halbmarathon; ein Roboter von Sharp Robotics schält mit zwei Händen geschickt einen Apfel; Melania Trump wird im Weißen Haus von einem humanoiden Roboter namens „Figure 3“ begleitet. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Dieser Tage werden uns neben den Clips mit all den Exemplaren von G1, Helix 02 oder Figure 3 auch immer wieder Szenen aus T2 – James Camerons Science-Fiction-Film „Terminator 2 – Tag der Abrechnung“ von 1991 mit Arnold Schwarzenegger in der Hauptrolle – vom Algorithmus eingespielt. Sie wollen uns daran erinnern, dass der in einem nuklearen Inferno endende Krieg zwischen den humanoiden Robotern aus Flüssigmetall und dem menschlichen Widerstand bereits 2029 ausbricht.

Dieses Datum, diese Geschichte sind aber möglicherweise nur ein superintelligentes Täuschungsmanöver des KI-Systems Skynet, das im Film gegen die Menschheit kämpft. Laut dem amerikanischen, im Jahr 2012 gestorbenen Science-Fiction-Autor Ray Bradbury ist nämlich schon der 4. August 2026 der Tag der Abrechnung. Seine Kurzgeschichte „There Will Come Soft Rains“ (1950), in der es um einen nach einem Atomkrieg so routiniert wie nutzlos für niemanden mehr seinen Dienst erfüllenden Haushaltsroboter geht, ist auf den heutigen Tag datiert.

Der gleichnamige sowjetische Animationsfilm von Nazim Tulyakhodzayev aus dem Jahr 1984, der sich Bradburys Geschichte als Vorlage nahm und den man auf YouTube finden kann, verlegte das Datum zwar in den – nuklearen? – Winter 2026, visualisierte aber schön drastisch, wie der zumindest in den Gesichtszügen ansatzweise humanoide Hausroboter diszipliniert ein komplettes Wohnzimmer in menschenleerer, postnuklearer Einöde selbstständig aufräumt – quasi vom Aufheben von Gegenständen über das Reinigen von Oberflächen bis hin zum Zurücklegen von Kissen auf die Couch. Ob wir uns heute Abend womöglich noch die netten Bilder mit Melania Trump zurückwünschen werden?



„Siegfried“ bei den Bayreuther Festspielen
Foto: Enrico Nawrath

Die ersten Tage der Bayreuther Festspiele waren hochpolitisch. Schon mit der ersten Rede des Eröffnungsabends hatte Katharina Wagner eindringlich bekannt, die Aufarbeitung der Verstrickung der Festspiele mit dem NS-Regime sehr ernst zu nehmen. Auch Michel Friedmans fulminante Rede am Folgetag setzte Zeichen der Veränderung, des Aufbruchs bei wachsendem Problembewusstsein.

In dieser gelösten Stimmung ging es dann zur Premiere von „Rienzi“, Wagners dritter Oper, die noch nie zuvor in Bayreuth erklungen ist, denn der Komponist selbst hatte seine „große tragische Oper“ später als „Jugend-sünde“ abgetan. Ungekürzt ist „Rienzi“ das längste Werk, das Wagner überhaupt jemals komponiert hat.

Angeblickt soll sie Hitlers Lieblingsoper gewesen sein. Das fünfaktige Riesenwerk handelt vom Aufstieg und Fall des italienischen Volkstribunen Cola di Rienzo, als Vorbild diente Wagner damals die französische Grand opéra mit ihren großen Tableaus und Theatereffekten. In Bayreuth wird nun glücklicherweise eine Strichfassung präsentiert.

Einzig die Ouvertüre ist im kollektiven Musikgedächtnis verankert, ein feierlich schreitender Satz, der bereits die besten Melodieeingaben der Oper bietet – aber eben auch regelmäßig zur Eröffnung der Reichsparteitage gespielt wurde. Dieses musikalische Sahnestückchen des Abends nutzt das Regieduo Alexandra Szemerédy und Magdolna Páritka, um eine Vorgeschichte zu erzählen, die zwar so nicht im Buche steht, aber bei Wagner nahe

liegt, nämlich die inzestuöse Beziehung zwischen Rienzi und seiner Schwester Irene, als Vorgriff auf das spätere Geschwisterpaar Siegmund und Sieglinde in der „Walküre“. Ein kleiner Junge, vermutlich des Paares, leidet offenbar an einer Lungenerkrankung und stirbt.

Daraus resultiert ein Lebensraum der Geschwister, auf das wiederholt angespielt wird. Zwischendurch wird es aber auch richtig lustig und selbstironisch, wenn in der langen Instrumentalstrecke ein kleiner goldener Hör-Wagner radschlagend die Bühne entert, und auf einer Kopie der Bayreuther Bühne Wagners Opern im Schnelldurchlauf angedeutet werden. Da kommen dann Rauschebärte und Flügelhelme zum Einsatz und eine Senta huscht mit leerem Bilderahmen umher und sucht vergeblich den passenden „Holländer“-Kopf für den Rahmen.

Überwiegend aber spielt das Geschehen in einer dystopischen, grauen, nur von kalt leuchtenden Bildschirmen und Telefon-displays erhellten Welt, in der das Volk in tristen Betonkuben Fake News verfolgt. Der römische Volkstribun, der gegen den Adel kämpft, Opfer seiner Hybris wird und im brennenden Kapitol stirbt, ist also ein heutiger Politiker, der die Wahl mit 41 Prozent zu gewinnen scheint, davon künden jedenfalls Hochrechnungen und Nachrichtensendungen und das TV-Format „Live from the Capitol“.

Szemerédy/Páritka inszenieren ansonsten am Text entlang, immer unterhaltsam, fantasievoll, mit fulminanten Bildern und aufwändigen Verwandlungen, Nathalie Stutzmann im Gra-

ben nimmt die wuchtige Partitur französisch leicht und macht so die Passagen musikalischer Meterware erträglicher, wobei immer wieder auch der reife Wagner bereits aufblitzt. Die mörderisch schweren Solopartien sind festspielwürdig besetzt. Am Ende große, fußtrampelnde Begeisterung für eine beherzte Annäherung an ein problematisches Werk.

Nach diesem spektakulären Auftakt war die Spannung groß auf den neuen „Ring“, Wagners XXL-Kapitalismus- und Machtkritik, sein politischstes Werk. Doch es kam ganz anders, denn es wurde leider völlig unpolitisch, ein intellektuell zahnloser Bilderreigen, der in seinen schlimmsten Momenten an einen wildgewordenen Bildschirm-schoner erinnerte. Denn bei diesem „Ring“ führt eine KI Regie,

Wagner-Fans wollen es analog

Eine rehabilitierte Monster-Oper und ein gefloppter KI-Ring: Die Bayreuther Festspiele feiern ihr 150. Jubiläum mit der erstmals dort erklingenden Oper „Rienzi“ und einem grandios gescheiterten Experiment

Von Regine Müller

eigentlich eine Sparmaßnahme, weil das Geld für einen richtigen neuen „Ring“ fehlte.

Als zukunftsweisend war das Projekt angekündigt, aber bereits bei „Rheingold“ stellte sich herbste Ernüchterung ein. Zu erleben war ein chaotischer, oft kitschtriefender Bilder- und Bedeutungssalat, der das Auge beleidigte und das Hirn ermüdete. Die Sänger, verbannt in einen schmalen Kanal zwischen Rückprojektionswand und Gazevorhang, standen wie die Ölgötzen bewegungslos herum in steifen Feder- und Folienkostümen und lieferten ab. Das Ergebnis war schon nach „Rheingold“ ein Buh-Gewitter.

Vor der „Walküre“ hörte man aus gut informierten Kreisen, die Bilderauswahl würde nun sinnfälliger, passender, tatsächlich hagelte es weiter beziehungslose Motive und verzerrte Gesichter. Nach einem „Ring“-freien Tag war bei „Siegfried“ dann endlich ein leicht gedrosseltes Tempo spürbar, auch das hinter der Gaze eingesperrten Sängerpersonal fing nun einfach an zu spielen, was wie eine Erlösung wirkte.

Vor der „Götterdämmerung“ soll das Programmerteam bis morgens um vier Uhr umprogrammiert haben, tatsächlich standen Bilder jetzt minutenlang, die Fehlgriffe der KI, die sich im Zeitstrahl nun bis ins letzte halbe Jahrhundert vorgearbeitet hatte, präsentierten aber erneut Albernheiten wie die Sonderbriefmarke zur deutschen Wiedervereinigung, oder Helmut Kohl und Ronald Reagan. Aber auch immer wieder verschwommene Fotos des Schlussgesangs der Brünnhilde aus Patrice Chéreaus legendärem „Jahrhundertring“, Bilder, die noch immer die Kraft dieser Inszenierung und ihrer ästhetischen Reichweite atmen.

Aber dem heutigen „Ring“ konnten sie nicht mehr aufhelfen, er war einfach nicht mehr zu retten. Weil das Konzept die Sänger höhnisch auf die Tonproduktion reduziert, weil die KI mit Blödsinn gefüttert wurde und nicht weiß, wie Theater funktio-

niert. Aber Schwamm drüber, dieser „Ring“ wird nicht wiederholt und verschwindet vom Spielplan.

Bemerkenswert aber war, wie sich die Musik, die selbst mit Christian Thielemann am Pult zunächst etwas pauschal und statisch klang, mehr und mehr freischwamm, wie Thielemann im „Siegfried“ das Orchester zu impressionistischen Farbspielen ermunterte, wie fein er dosierte und wie die Musik anfang zu sprechen, plastisch zu werden. Parallel dazu befreiten sich auch die Sänger aus dem Stehknast. In der „Götterdämmerung“ gab es dann – erleichtert durch das gedrosselte Bilderprasseln – einige reine Glücksmomente wie Siegfrieds Trauermarsch, bei dem sich der Vorhang schloss. Das hier gehört mir, wollte Thielemann damit wohl sagen. Am Schluss großer Jubel und ein einhelliger, widersprechender Buh-Orkan für das KI-Team, das ausgesprochen kleinlaut wirkte.

Dazu passt, dass der „Parsifal“ von 2023, der mit Augmented Reality und Datenbrillen konzipiert war, nun stillschweigend abgerüstet wurde. In diesem Jahr gibt’s keine Datenbrillen mehr, denn die waren erstens zu teuer, zweitens verkauften sie sich schlecht und drittens war das ästhetische Ergebnis mehr als dürftig. Die Wagner-Fans wollen es halt analog. Bitte merken!

Ansonsten gibt es sängerische Marathonleistungen zu vermehren. Klaus Florian Vogt, an dessen hellem Tenor sich die Geister scheiden, bringt in diesem Jahr das Kunststück fertig, im „Ring“ nicht nur den Feuergott Loge im „Rheingold“, sondern auch Siegmund in der „Walküre“ und beide Siegfrieds im Rest der Tetralogie zu verkörpern, und das meist grandios und immer mühe-los. Das dürfte ihm derzeit niemand nachmachen. Der zweite Marathon-Mann der Festspiele ist der großartige Michael Volle, der Wotan und Wanderer im „Ring“ ist und nebenher noch im „Parsifal“ den Amfortas gibt, spürbar erleichtert, ohne Gaze und Kostüm-korsett spielen zu dürfen.



Wagner trifft auf KI: „Rienzi“-Inszenierung bei den Bayreuther Festspielen
Foto: Enrico Nawrath

Fünf Gauner für Zürich

Gianni Infantinos Zeit als Fifa-Präsident geht zu Ende. Die taz stellt Kandidaten vor, die die Korruptionstradition des Verbands weiterführen könnten



Alt, aber noch gut: Ex-Fifa-Präsident Joseph Blatter
Foto: Urs Flueeler/Keystone/dpa

Von **Andreas Rüttenauer**

Joseph „Sepp“ Blatter
Der Schweizer kennt den Laden. Von 1998 bis 2016 war er Fifa-Präsident. Als Godfather der modernen Sportkorruption ist er prädestiniert für das Amt. Er war es, der aus der Fifa einen Selbstbedienungsladen für Großfunktionäre gemacht hat, die sich an den reichlich sprudelnden Einnahmen aus TV-Rechten für die Weltmeisterschaften nach Belieben bedienen konnten. Als 2015 nach Ermittlungen von US-Behörden etliche Fußball-Granden festgenommen wurden, blieb er in Freiheit. Das muss man als Chef dieser Bande erst mal schaffen. Heute gibt Blatter allen Ernstes Interviews, in denen er sagt: „Der Fußball darf nicht verkauft werden.“ Aber ist nicht sein hohes Alter ein Hindernis? 90 Jahre alt ist Blatter nun und damit gerade einmal zehn Jahre älter als US-Präsident Donald Trump. Ein Teil seiner Sammlung wertvoller Uhren soll sich immer noch in der Fifa-Zentrale in Zürich befinden. Höchste Zeit für eine Wiedervereinigung?

Alejandro Domínguez
Der Funktionär aus Paraguay ist Präsident von Conmebol, des Kontinentalverbands für Südamerika, und aktuell einer der acht Vizepräsidenten der Fifa. Putzmunter marschierte er während der Männer-WM durch die VIP-Bereiche der Stadien und niemand störte sich daran, dass er gerade unter massiven Korruptionsverdacht steht. Er soll sich am Geld bereichert haben, das nach den Verfahren gegen die 2015 von den US-Behörden beschuldigten Fußballfunktionäre als Schadenersatz in einen World Football Remission Fund geflossen ist. Domínguez tritt dabei in die Fußstapfen von Ni-

colás Leoz. Der kam ebenfalls aus Paraguay und war in den Blatter-Jahren Conmebol-Präsident. Das Geld, das er sich in dieser Zeit unter den Nagel gerissen hatte, sollte eigentlich in den Fußball zurückfließen. Nun kommt ein Teil davon wohl Domínguez zugute. Der stünde als Fifa-Präsident für die gute, alte Fifa wie sonst vielleicht nur Sepp Blatter selbst.

Uli Hoeneß
Wäre es nicht einmal Zeit für einen Deutschen an der Fifa-Spitze? Deutschlands vielleicht beliebtester Steuersünder müsste mit seiner Knastvergangenheit jedenfalls für einen Verband wie die Fifa genug Glaubwürdigkeit mitbringen. Seine Trickserien um Handgelder bei Spielerverpflichtungen oder der Geheimvertrag, der dem FC Bayern mal ohne das Wissen der Bundesligakonkurrenz etliche Millionen Extraeinnahmen zusätzlich zu den vereinbarten TV-Rechte-Erlösen beschert hatte, können sich im nationalen Maßstab durchaus sehen lassen. Im Fifa-Vergleich ist Hoeneß dagegen nur ein Bagatelldelikt. Wie Hoeneß allerdings Franz Beckenbauer, der mit klandestinen Deals die WM 2006 nach Deutschland geholt hat, bei dessen Beerdigung in den Stand eines Heiligen erhoben hat, genügt ganz bestimmt höchsten Fifa-Maßstäben.

Thomas Bach
Noch ein Kandidat aus Deutschland. Und was für einer! Der Wirtschaftsanwalt, der 1976 Olympiasieger im Fechten wurde, hat bewiesen, dass er internationale Sportorganisationen führen kann. Von 2013 bis 2025 war er Präsident des Internationalen Olympischen Komitees. Nicht nur rund um die Olympischen Winter-

spiele von Sotschi 2016 verband ihn eine enge Freundschaft mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin. Dass dessen Sportlerinnen und Sportler massiv beschissen haben bei den Spielen, konnte der Freundschaft der beiden Sportsfreunde nichts anhaben. Auch zum chinesischen Staatschef Xi Jinping hatte Bach immer ein gutes Verhältnis. In Peking steht sogar eine Büste Thomas Bachs. Was aber hat der Mann mit Fußball zu tun? Er sei Anhänger der 1. FC Nürnberg, so kann man es in der Wikipedia nachlesen. Ob das für die Fifa-Spitze reicht?

Witali Mutko
Ein Russe an der Spitze des Weltfußballs? Warum nicht? Seit dem Überfall Russlands auf die Ukrainer im Februar 2022 waren russische Teams von internationalen Wettbewerben ausgeschlossen. Mit dem Chaos, in das die Fifa nun geraten ist, haben die Russen ausnahmsweise mal wenig zu tun. Und Witali Mutko bringt alles mit, was man von einem korrupten Sportfunktionär erwartet. So war er russischer Sportminister und Fußballverbandspräsident in Personalunion, obwohl das eigentlich gar nicht erlaubt war. Seine Korruptionskarriere begann bei den Olympischen Winterspielen 2010. In den 20 Tagen seines Aufenthalts bei den Spielen will er 97 Mal gefrühstückt haben und wollte dafür 4.500 US-Dollar abrechnen. Das Hotel, in dem er logiert hat, kostete knapp 1.500 US-Dollar pro Nacht. Das kann sich ebenso sehen lassen, wie seine Rolle beim staatlich orchestrierten Doping in Russland. Dafür wollte ihn das IOC lebenslang sperren. Das internationale Sportschiedsgericht Cas hob den Bann nach Mutkos Einspruch wieder auf. Es gibt wirklich wenig, was gegen Mutko spricht.

was alles nicht fehlt

Silber im Becken: Klara Bleyer hat die Titelverteidigung bei den Europameisterschaften der Synchronschwimmer in Paris in der Freien Kür des Solowettbewerbs knapp verpasst. Am Ende fehlten der Bochumerin lediglich 3,1424 Punkte zum zweiten Gold nach 2025. Besser als Bleyer war nur die als Neutrale Athletin startende Belarussin Wasilina Chandoschka. Rang drei sicherte sich die Spanierin Iris Tió Casas

Bronze im Becken: Die deutschen Wasserspringerinnen Luis Avila Sanchez und Lena Hentschel haben am dritten Wettkampftag der Europameisterschaften im Centre Aquatique Olympique von Paris Bronze im Mixed-Synchron vom 3-Meter-Brett gewonnen. Sie mussten nur dem italienischen Duo Chiara Pellacani/Matteo Santoro sowie den als Neutrale Startenden Elizaweta Kuzina/Iliia Molachanow aus Russland den Vortritt lassen.

Ein Superstar unterwegs nach Spanien: Gut eine Woche nach seinem fünften Gesamtsieg bei der Tour de France hat Radstar Tadej Pogacar seine Teilnahme an der Vuelta bestätigt. Damit will der slowenische Weltmeister eine der wenigen Lücken in seiner beachtlichen Erfolgsbilanz schließen. Die dreiwöchige Spanien-Rundfahrt, die am 22. August in Pogacars Wahlheimat Monaco beginnt, hat der 27-Jährige bislang nicht gewonnen.

Gerüchte um einen Altmeister: Auch mehr als einen Monat nach dem WM-Aus in der ersten K.-o.-Runde gegen Marokko haben die Niederlande immer noch keinen neuen Bondscoach für ihre Fußball-Nationalmannschaft. Die Tageszeitung *De Telegraaf* bringt nun Louis van Gaal als Nachfolger des zurückgetretenen Ronald Koeman ins Gespräch. Der 74-Jährige war schon dreimal Nationaltrainer in den Niederlanden.



Ali Çelikkan Frikik

Crashout, Macker und Ragebait in der Süper Lig

Die Sommerpause im Fußball ist vorbei – sofern man das überhaupt eine Pause nennen kann. Die Süper Lig beginnt in zehn Tagen. Das ist wirklich „Süper“ – ein Wort, das es offenbar auf die Shortlist für das Jugendwort des Jahres geschafft hat. Ironischerweise passt das Wort weniger zur türkischen Topliga als andere Begriffe auf der Shortlist: Crashout, Macker oder Ragebait. Hier also einige Dinge, auf die man in der kommenden Saison der Süper Lig achten sollte.

Nach einigen Jahren mit ständigen Veränderungen sieht es so aus, als würde Beşiktaş unter dem italienischen Trainer Vincenzo Italiano endlich wieder eine ordentliche Mannschaft zusammenstellen. Bislang sind sie noch nicht aus der Europa League ausgeschieden. Das letzte Mal, dass Beşiktaş seinen Fans solche Hoffnung machte, war vor fast zwei Jahren, als sie Galatasaray im türkischen Supercup mit 5:0 abschossen – nur um kurz darauf komplett auseinanderzufallen.

Seitdem hatte Beşiktaş fünf Trainer und war nie wirklich konkurrenzfähig. Andererseits können sie auch in zwei Tagen deutlich gegen den tschechischen Klub FC Hradec Králové verlieren und dann doch aus der Europa League ausscheiden: Crashout.

Die zweite Geschichte ist die Rückkehr des einzig wahren Aziz Yıldırım zu Fenerbahçe. Fenerbahçe leidet unter dem Atatürk-Komplex, wie ich ihn nenne. Weil man davon ausgeht, dass Atatürk Fenerbahçe-Fan war und die überwiegend säkulare Anhängerschaft ihn schmerzlich vermisst, sucht der Verein immer nach einer starken, legendären Führungsfigur. Und niemand ist legendärer als Aziz Yıldırım, der Macker von Fenerbahçe.

Wütend, kompromisslos, unberechenbar – und höchst unterhaltsam. Zwanzig Jahre lang war er Präsident von Fenerbahçe. Als er 2018 schließlich abgewählt wurde, verglichen das manche mit einem Sturz Erdogans. Danach folg-

ten acht Jahre ohne Meisterschaft. Und jetzt ist er zurück und auf Rache aus. Der Verein hatte zuvor hohe Schulden aufgenommen, und alles wurde auf die Meisterschaft gesetzt.

Doch Galatasaray war am Ende zu stark. Jeder wird dieses Jahr versuchen, die Bayernisierung von Galatasaray zu verhindern – eine fünfte Meisterschaft in Folge wäre Rekord. Wenn es jemand schafft, dann würde ich mein Geld allerdings eher auf Trabzonspor setzen.

Kommen wir zur dritten und meiner Meinung nach wichtigsten Geschichte der diesjährigen Süper Lig: Amedspor steigt in die Süper Lig auf. Allein die Aussprache des Vereinsnamens sorgt bei Rassisten in der ganzen Türkei für einen Kurzschluss. Ein Name, der für Rassisten ganz ohne Absicht Ragebait ist. Amed ist der kurdische und historische Name von Diyarbakır, der größten mehrheitlich kurdischen Stadt der Türkei. Aber wehe, man nennt sie Amed statt Diyarbakır, dann ist man gleich Terrorist.

Allein die Tatsache, dass Amedspor den Aufstieg geschafft hat, wird Folgen für die türkische Gesellschaft und Politik haben. Ein Faktor, der eine ansonsten geradlinige Anti-Amedspor-Haltung kompliziert macht, ist der angeblich laufende, hochgradig intransparente und im Schnecken-tempo voranschreitende Friedensprozess zwischen der AKP-Regierung und verschiedenen Teilen der kurdischen Bewegung, der zur Auflösung der PKK geführt hat.

Umso erstaunlicher ist es, den Vorsitzenden der MHP und der Grauen Wölfe, Devlet Bahçeli, zu hören, der noch vor drei Jahren sagte, es gebe keinen Ort namens Amed, und nun den Aufstieg des Vereins feiert. Rassismus gegen Kurden ist im Land allgegenwärtig. Schon eine sehr kleine Veränderung der politischen Lage wird sich unmittelbar auf die Stadien übertragen, und die Türkei wird schneller auf ihre Werkseinstellungen zurückgesetzt sein, als deutsche Jugendliche ein neues Wort lernen.

Anzeige

taz recherchefonds ausland

Recherchen | Reportagen | Hintergründe

... aus anderen Ländern kosten viel Geld. Korrespondent*innen müssen reisen, um herauszufinden, was wirklich passiert. Deshalb gibt es seit 2011 den Förderverein „Recherchefonds Ausland e. V.“, der Mittel für die Auslandsberichterstattung der taz zur Verfügung stellt. Bisher wurden rund 100 Reisen finanziert.

Unterstützen Sie uns mit einer Spende. Fördermitgliedschaft ab 60 € jährlich.

Wir hoffen auf Sie!

Für eine kritische, hintergründige taz-Auslandsberichterstattung.

www.taz.de/auslandsrecherche
IBAN DE 43 1005 0000 6604 1070 25



Die luftige Überlupferin

Schurken, die die Welt beherrschen wollen – heute: Dorothee „Leuchtturm“ Bär, Ministerin für Technospace

Von Peter Köhler

Jede Woche, wenn der Bundeskanzler gerade im Lande weilt, wird in Berlin Kabinettsitzung gemacht. Und jedes Mal ist es dasselbe: „Wer sind Sie?“, fragt einer der Minister – nicht etwa diesen Friedrich Merz, was zu erwarten wäre; aber man hat sich an ihn gewöhnt. Sondern die Frage wird auf eine Dame abgeschossen, die für ein Servierfräulein gehalten wird!

Diejenige welche nimmt es mit Humor, haut dem Fragesteller einfach oben auf den Dez, nimmt neben ihm Platz und sagt: „Bär mein Name, Dorothee Bär, Ministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Und Sie sind wer?“

Das ist natürlich ein Scherz, ein Joke, um es in der Wissenschaftssprache Englisch zu sagen. Die beherrscht, das heißt ruled die seit 1978 aus Bamberg gebürtige, gleich nebenan in Ebelsbach großer gewordene und durch einen im nahen Haßberge amtierenden CSU-Bürgermeister, der gleichzeitig ihr Vater ist, die Politik eingebunkert wordene, nein: habende ebenso wie das obgenannte Amt sogar in unnötig verwickelten, rein wissenschaftlich hochgezüchteten beziehungsweise verrammelten Bandwurmsätzen out the Effeff, from the Pike upwards. Und das vom furthest, also furzesten part Frankens aus!



Hat die Zukunft eisern im Blick: Kapitänin Doro Bär Foto: dpa

Gelernt, geübt und praktiziert hat sie für dieses hohe und unendlich, präziser: endlos wie alles Wissen der Wissenschaft im Aufbruch oder Umbruch ... Zusammenbruch? Nein, so weit in der Zukunft ist Deutschland noch immer nicht. Zurück in die Gegenwart, die bekanntlich aus der Vergangenheit herauswächst: Geübt und gebimst hat sie für ihr heutiges Amt schon mit 14, als sie in der Jungen Union Grundlagenforschung paukte, bevor sie mit erwachsenen 16 in der CSU auf praktische Experimente am lebenden Menschen vorbereitet und angelernt werden konnte, learning by boing! Quatsch, doing.

Und nun? Hat Dorothee Bär das von ihr zum Zukunftsministerium hochgepuschte, id est aufgepuselte Resort, halt: Resort unter sich, und noch vor 2029, wenn die nächste Bundestagswahl ausgewürfelt wird, soll die Arbeit beginnen. Dafür hat sie 1996 extra ein Highschool-Diplom in den States, den Vereinigten Emiraten, Unsinn, Staaten natürlich, errungen und eingesäckelt. Danach here around, nämlich hier herum Abi plus Studium, wenngleich der Politikwissenschaft, um eine Politesse, oha! Um eine solide grundierte Politician zu werden.

Prompt sind wir bei der im Mai 2025 einsortierten Minis-

terin! Quasi als Orchidee unter ihren Geschlechtsgenossinnen, dieweil sie ein Faible (Wissenschaftssprache Englisch!) für Technik, Technologie, ja: technology hat und für Lufttaxis schwärmt, was sonst nur Männer tun. Aber dafür baut vielleicht von denen endlich mal jemand eines!

Nun, als eine, die 2011 den CSU-Arbeitskreis für Netzpolitik aus dem Hut (head, genau!) zauberte, hat sie schon lange die Zukunft im Visier. Dabei geht es um weit mehr als um so primitiv digitales Zeug wie die Speicherung aller Gehirn-, Gedächtnis- und Gedankeninhalte auf einem kleinen, mit Zweijahresgarantie abgesicherten Chip für die Brieftasche, der unter den Centmünzen nicht störend auffällt.

Sondern im Fokus der Forschung steht längst die Raumfahrt, also die mit Quanten-KI aus Kernfusionsbatterien gespeiste Hyperloop-, deutsch Überlupf-Magnetbahn zum Mars als Vorbereitung für die notwendige Besiedlung der Orthschen Wolke – selbstredend erst, nachdem zu Hause der Erdtrabant auf Linie gebracht ist und sich nicht mehr angeekelt jedes Jahr ein paar Meter weiter von uns entfernt. Die Nachtfunzel wird zur Stabilisierung der Erdrotation gebraucht, bis die Wissenschaft selber so weit ist.

Der Planet Erde ist nämlich noch immer einer der Gegen-

stände derselben. Dazu zählt für Beispiel, for example!, hartes, trockenes Festwasser, eingesetzt als Mauerwerk im Dienste moderner, vorurteilsfreier Wohnkultur mit dem nice Nebeneffekt, dass das abgeschöpfte Meerwasser die Ozeane unten hält. Dass zugleich aufgrund der wuchernden Menschheit der Planet aufgeblasen werden muss, wird dem Meeresspiegel zusätzlich einen dämpfer, Dämpfer verpassen.

Natürlich müssen Politiker auch an den viel primitiveren Wähler denken. Bier, das nie warm wird, Kaffee – ihr Hirn- und Herzensanliegen! –, der nie gettingting kalt, stehen ebenso auf der Agenda wie Topfpflanzen, top plants, mit denen viele Menschen in Ermangelung eines Partners ihre Wohnung befüllen: Sie – die Pflanzen – sprechen lehren, damit sie ihr Wissen miteinander teilen und zwischendurch mit ihren Besitzern schwatzen können, ist gerade für eine alternde, „growing oldernde“ Gesellschaft existenziell wichtig, bevor sie zu guter Letzt erlischt.

In Wissenschaft und Wissenschaftspolitik ist alles mit allem verquast, wissenschaftlich: verquast. Immerhin einige Leuchtturmprojekte konnten hier skizziert werden, die bis 2029 fertig, groggy, sein werden, dank Frau Bär (beer). So long, oder auf Deutsch: So lang!

Lauter Sesselfurzer

Wissenschaftler wollen Politklänge erforschen

Ob die Wissenschaft sich mit diesem neuen Forschungsgebiet wirklich einen Gefallen tut? „Forscher untersuchen Wirkung von Klängen in der Politik“, meldete die Störgeräuschagentur epd am Montag. Tatsächlich aber wollten wir das schon immer mal wissen: Wie klingen eigentlich Sesselfurzer? Haben sie einen leicht knarzigen Klang? Oder doch eher gedrückt quiet-schend? Und was ist mit Phrasendreschern, Worthülsen-schleudern, Sprechautomaten, Plappermäulern, Laberköpfen, Schaumschlägern, Nebelkerzenwerfern, Windbeuteln oder Heißluftgebläsen? All den Gestalten und Figuren, die sich gewöhnlich in der Po-

litik herumtreiben und aus Eitelkeit und Machtgier Sprechblasen absondern? Wobei wir uns fragen, warum man den Klang der Politik überhaupt erforschen muss. Wir kennen ihn nämlich nur zu gut – das ganze Geschnatter und Gekeife. Das niemand mehr hören kann. Letztlich bedauern wir das Forschungsteam der Freien Universität Berlin und der Universität Osnabrück, das erstmals den Einfluss von Stimmen und Klängen in politischen Botschaften ergründen möchte. Denn das kann nur zu wehen Ohren und sogar brutalen Hörstürzen führen bei den armen Forschern. Wissenschaft, von der die Welt besser nichts wissen will.

Bitte melden Sie sich!

Wahrheit sucht ihren Weltmeere-Beauftragten

Alles schwankt, ist dem Untergang geweiht, geht zu Ende, und dann das: Aus den Fluten steigt er auf, rettet die Wahrheit oder was schlicht dafür gehalten wird. Wer ist er? Ja, ER ist es, der Wahrheit-Beauftragte für die Weltmeere! Der Beauftragte für alles, was drunter und drüber geht und unendlich scheiße ist. Oder, wie es die Kollegas der Katholenagentur KNA jetzt beschrieben: „Er kennt die Angst der Seeleute – nun will er ihnen Halt geben.“ Ja, der Wahrheit-Weltmeere-Beauftragte soll Halt und Haltung geben in diesen tumultösen Zeiten – und er soll ab sofort auch tatkräftig und ausnahmsweise den Vatikan unterstützen. Denn der hat ebenfalls einen „Beauftragten für die Weltmeere“, wie wir am Montag erfuhren. Aber wir waren zuerst dran, seit Gründung der Wahrheitseite 1991 verfügen wir nachweislich über unseren ureigenen Wahrheit-Weltmeere-Beauftragten! Nur: Es gibt da ein Problem, wir finden ihn seit Jahren schon nicht mehr. Immo von Schnurbein, langjähriger Kommandant des Segelschulschiffs „Gorch Fock“ (siehe Foto) ist uns im Laufe der Zeit abhandengekommen. Daher die Bitte: Immo von Schnurbein, bitte melden Sie sich bei uns! Ahoi.



WahrheitWeltmeereBeauftragterFoto: ap



Günter Flott

Wer ist Iwer?

Wer zum Teufel ist eigentlich dieser Iwer? Diese Frage beschäftigte mich neulich, nachdem ein Bekannter in einer Signal-Guppe seinen alten massiven Schreibtisch zu verschenken hatte. Er fragte: „Kann das Iwer gebrauchen?“ Und ich fragte mich, warum er sich darüber nicht direkt bei Herrn oder Frau Iwer erkundigt. Wie sollt denn all diese Leute in der Gruppe die Frage beurteilen, in der nachweislich keine Person namens Iwer vertreten war?

Nach längerer Grübele kam ich auf den Gedanken, dass hinter der Frage eine Geschenkab-sicht stehen könnte. Ich begann zugleich nach allen möglichen Iwers zu recherchieren, um dem fragenden Schenker alsbald mit einer hilfreichen Antwort zu dienen. Da kam mir meine Frau zu Hilfe und erinnerte mich daran, dass der Fragesteller in der IT arbeitet. „Du weißt doch, der kürzt alles ab. Bei ihm wird aus irgendwer iwer.“ Immerhin hat er noch Buchstaben und nicht nur Nullen und Einsen verwendet.

Aber nicht nur ITler, alle Menschen werden sprachfauler. Das bestätigt auch eine aktuelle Studie, die ausgewertet hat, dass die Zahl der täglich gesprochenen Wörter zwischen 2005 und 2019 pro Jahr von rund 16.000 auf etwa 12.800 Wörter zurückgegangen ist. Das fällt mir auch im Alltag auf. Besonders gern sparen die Sprecher an Artikeln und Präpositionen. Man fährt nicht mehr „zum Hauptbahnhof“, sondern einfach „Hauptbahnhof“. Während man sich einst noch die Frage nach dem gesundheitlichen Befinden der Großmutter mit „Sie hat Beschwerden am Rücken“ beantwortet hatte, reicht heute ein „Sie hat Rücken“. Fortgeschrittene Sprachdegenerierte reduzieren den gesamten Dialog auf zwei Worte: „Oma? Rücken.“

Wenn die Entwicklung der besagten Studie so weitergeht, sind wir mit unserem täglich benutzten Wortschatz im Jahr 2075 endgültig bei null angekommen. Dann befinden wir uns wieder in einem Zustand der vorsprachlichen Zeit. Also ungefähr da, wo wir vor 50.000 oder 100.000

Jahren waren. Vielleicht ist das als Zeichen zu bewerten, dass der Zenit der Evolution überwunden ist und es nun wieder bergab geht.

Die politischen Wahlen orientieren sich ja auch schon an den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts und die immer häufigeren Wolfssichtungen in besiedelten Gebieten können als Rückzug der Zivilisation bewertet werden. Dazu passt schon gut, dass der Mensch im Alltag nur noch grunzt, brüllt oder brabbelt. Demnächst unterstützt ihn dabei vermutlich eine implantierte KI, um mittels Analyse von Mimik und Gestik die künftige archaische Kommunikation zu übersetzen.

A propos KI: Iwer, so ergab meine eingangs erwähnte Recherche, ist ein skandinavischer Vorname. Er bedeutet so viel wie „der Bogenschütze“. Als Nachname kommt er auch vor. Unter anderem ein Dirigent und ein Gewerkschaftler heißen so. Wer davon am wahrscheinlichsten einen Schreibtisch brauchen könnte, konnte mir die KI allerdings nicht verraten.



das wetter

Bodenlos

Der Hang gegenüber hatte einen Hang ins Haltlose. Und das nicht erst seit heute. Bereits letzten Dienstag hatte der Hang Anzeichen von Schwäche gezeigt. Roderich, die aktuelle Cheftratte, besann sich eines alten Kniffs seines Großonkels Claude. „Kommt der Hang zu dir, grab dich ein in den Boden und belege alles dick mit Butter. So beugst du Bodenlosigkeit vor!“ Roderich hatte diese Weisung von Claude stets für haltlosen Quatsch gehalten, doch jetzt dämmerte ihm, wie weise Großonkel Claude gewesen war.

gurke des tages

Anlässlich des heutigen Aktionstags für Eulen verkündete die katholische Nachrichtenagentur KNA am Montag: „Was jede und jeder für Eulen tun kann.“ Zwar begegnen uns im Alltag nur selten Eulen, aber aufgelistet wurden die üblichen Naturschutzmaßnahmen wie einen naturnahen Garten pflegen und auf chemische Keulen verzichten. Die wichtigste Eulenhilfe verschwiegen jedoch die katholischen Freunde der Weisheit: Eulen niemals nach Athen tragen!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionaltteil Nord:
Jan Kahloke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tele: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Becker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 25 902-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonnent:innen

39,60 Euro für ein Jahr

Le Monde diplomatique auf Papier:

Jetzt bestellen und jeden Monat

LMD direkt zugeschickt bekommen



**MEHR
ERFAHREN**

taz 

Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*



Vervollständigen Sie diesen Satz. Szene von Mieten-Demo in Berlin 2021 Foto: Stefan Boness

Hinterzimmerpolitik gegen Vergesellschaftung

Der schwarz-rote Senat agiert gegen die Vergesellschaftung. In Anfragen dazu weicht er jedoch aus. Nun fordert eine Grünen-Abgeordnete Akteneinsicht

Von Erik Peter

Arbeitet der Berliner Senat aktiv daran, Vergesellschaftungen nach Artikel 15 des Grundgesetzes und damit die Umsetzung des Volksentscheids Deutsche Wohnen & Co enteignen zu verhindern? Der Verdacht hatte sich durch eine taz-Recherche Anfang Juli erhärtet. Demnach hatten Berlins Finanzsenator und CDU-Bürgermeisterkandidat Stefan Evers sowie sein Hamburger Amtskollege Andreas Dressel (SPD) Ende Juni beim Treffen der Finanzminister entsprechende Vorschläge für ein Bundesgesetz eingebracht. Der Antrag enthielt etwa die – nicht zu erfüllende – Vorgabe, dass eine Entschädigung in Höhe des Marktwertes erfolgen und sofort ausbezahlt werden muss.

Die Finanzminister:innen verabschiedeten keinen formalen Beschluss, sondern schrieben letztlich einen Brief an Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) mit der Bitte, gesetzgeberisch tätig zu werden. Genau dies hatte die Bundesregierung nach

ihrem Koalitionsausschuss dann auch angekündigt.

Nun wollte die Grünen-Abgeordnete Katrin Schmidberger in einer Anfrage an den Senat Details zu dem Vorgang erfahren. Die Antwort liegt der taz exklusive vor. Schmidberger fragte, wer am Antrag an die Finanzministerkonferenz beteiligt war – etwa andere Senatsverwaltungen –, und ob der Entwurf im Senat diskutiert oder die Fraktionsspitzen von CDU und SPD informiert wurden. Ebenso wollte sie wissen, ob der Senat diese Initiative als vereinbar mit dem Koalitionsvertrag und dem Vergesellschaftungsrahmengesetz bewertet.

Der Senat reagiert auf den Fragenkatalog mit einer einzigen zusammenfassenden Stellungnahme – in der kaum etwas steht. Verwiesen wird stattdessen auf einen notwendigen „Freiraum für eine offene und vertrauliche Diskussion“ bei der Finanzministerkonferenz, damit „auch noch nicht ‚ausgereifte‘ Vorschläge weiter vorangebracht

werden können“. Ebenso heißt es: „Gespräche zwischen Minister/-innen bzw. Senator/-innen im Vorfeld eines möglichen Gesetzgebungsverfahrens unterfallen dem Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung.“ Konkrete Antworten auf die gestellten Fragen: Fehlanzeige.

Dagegen enthält die Senatsantwort eine inhaltliche Rückendeckung für den Versuch per Bundesgesetz in Berlin einzugreifen. Dargelegt wird, dass die Vergesellschaftung großer Immobilienbestände in Berlin „Auswirkungen auf andere Länder in der Bundesrepublik“ hätte und dass dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zustehe. Die Abwehr einer Einmischung durch den Bund, wie sie etwa SPD-Spitzenkandidat Steffen Krach und Fraktionschef Raed Saleh nach dem Beschluss des Koalitionsausschusses formuliert hatten, sieht anders aus.

Schmidberger kritisiert, dass der Senat sogar organisatorische Fragen unbeantwortet lässt, die

vom Kernbereichsschutz nicht gedeckt seien. Sie schlussfolgert: „Der Senat arbeitet ganz offenbar daran, den Volksentscheid über den Bund auszuhebeln, und das Abgeordnetenhaus soll nicht er-

„Der Senat arbeitet ganz offenbar daran, den Volksentscheid über den Bund auszuhebeln“

Katrin Schmidberger, Grüne

fahren, wer davon wusste und wer daran beteiligt war.“ Dabei sei dies ein „handfester Vorgang für das Parlament“. Die mietenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion kündigt an, Akteneinsicht zu beantragen und der Sache auf den Grund zu gehen: „Das parlamentarische Fragerecht endet nicht dort, wo der Senat es unbequem findet.“

Dies gilt zugleich für einen zweiten Vorgang, zu dem Schmidberger den Senat befragte: die Anti-Vergesellschaftungskampagne „Berlin denkt weiter“ von Unternehmens- und Vermieterverbänden, etwa dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller als Hauptfinanzier. Mit Werbung im öffentlichen Raum und auf Social Media soll im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl Stimmung gegen die Umsetzung des Volksentscheids gemacht werden. Die Webseite ist seit Montag online.

Wie die taz berichtete, ist der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) maßgeblich beteiligt, wenn auch öffentlich nur als „Unterstützer“ aufgeführt. Der BBU informierte seine Mitglieder bereits Anfang Juni auf einer Informationsveranstaltung über die kommende Kampagne. Auch hat er ein vorgefertigtes Interview mit BBU-Vorständin Maren Kern für die Magazine und Websites der Mitgliedsunternehmen

beigesteuert, in dem Kern unbegründete Angst vor einer Enteignung von Genossenschaften schürt.

Schmidtbergers Fragen an den Senat beziehen sich darauf, dass die sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) allesamt Mitglieder im BBU sind. Die Abgeordnete weist darauf hin, dass die Kampagne durch die Mitgliedsbeiträge der Wohnungsunternehmen an den BBU „mindestens indirekt“ finanziert sei.

Wie hoch diese ausfallen und ob es anlassbezogene Zahlungen darüber hinaus gibt, beantwortet der Senat mit Verweis auf das „Geschäftsgeheimnis“ jedoch nicht. Die Abgeordnete widerspricht: „Geschäftsgeheimnisse können nicht dazu dienen, dem Eigentümer Land Berlin und seinem Parlament zu verheimlichen, wie viel Geld aus öffentlichen Unternehmen in einen Verband fließt, der sich im Wahlkampf gegen einen Volksentscheid positioniert. Dieses Geld bringen am Ende Mieterinnen und Mieter auf.“

Der Senat sieht laut der Antwort keinen Grund sich zu positionieren oder die Rolle der LWU zu hinterfragen. Es gebe „keinen Anlass, Kampagnen, welche sich im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorgaben bewegen, inhaltlich zu bewerten“, heißt es. Die Positionierung zur Frage einer möglichen Umsetzung des Volksentscheids sei eine „zulässige Ausübung der Meinungsfreiheit“. Auch die Mitgliedschaft der Unternehmen im BBU werde man nicht überprüfen.

Dabei gibt es laute Kritik an der Ausrichtung des Verbandes. Dem BBU gehören zwar in der Mehrzahl gemeinwohlorientierte Unternehmen und Genossenschaften an – unter Maren Kern agiert der Verband aber vor allem als Lobby-Stimme des Vonovia-Konzerns. Vor Kurzem wurde etwa der Sommerempfang des BBU im Juli am Tempelhofer Hafen durch einen gemeinsamen Protest der Initiativen Die Genossenschaftler*innen und Deutsche Wohnen & Co enteignen gestört. Tenor: Der BBU serviert auf seinem Sektempfang „Angstmachelei und falsche Behauptungen“.

Grünen-Abgeordnete Schmidberger kündigt an, sich auch in diesem Fall mit den ausweichenden Antworten nicht zufrieden zu geben: „Wenn öffentliches Geld und öffentliche Unternehmen im Umfeld einer politischen Kampagne auftauchen, die sich mitten im Wahlkampf gegen einen Volksentscheid richtet, dann ist Transparenz keine Höflichkeit, sondern Pflicht.“

Claudius Prüßer testet Karten, die kühle Orte in Berlin ausweisen

Zuflucht vor dem Hitzeschlag

Es ist noch nicht so lange her, da wäre den meisten ein Berlin-Plan mit „kühlen Orten“ seltsam vorgekommen. Wärmestuben für den Winter, klar, aber temperierte Räume für die Sommerhitze? Da dachte man eher an dunkle Kirchen in Südtalien, in die sich schwitzende TouristInnen vor der mediterranen Sonne flüchten. Tempipassati: Heute sind auch Niedrigtemperatur-Tipps für die deutsche Hauptstadt Gold wert.

Gleich drei digitale Rechercheangebote bietet die Berliner Verwaltung im Netz an: die „Kühle Orte“-Karte der Senatsgesundheitsverwaltung, die „Erfrischungskarte“ der Open Data Informationsstelle und das Geoportal Berlin.

Die Vielfalt ist allerdings irreführend, denn alle drei verweisen auf exakt dieselben Räume – neben Trinkbrunnen, Schwimmbädern und (im Falle der „Erfrischungskarte“) jeder einzelnen Parkbank von Berlin.

Das Ergebnis sieht ziemlich schütter aus, denn es sind lediglich Nachbarschaftszentren, Seniorenfreizeittätten oder Kirchengemeinden, die hier auftauchen. So lobenswert es ist, dass diese auch Hitzeschlagbedrohten Menschen ein Refugium sind, so dürftig bleibt es in der Summe. Gibt es denn nicht mehr klimatisierte Orte in einer Metropole?

Eine erste Antwort liegt natürlich auf der Hand: Im Prinzip verfügt mittlerweile jeder Supermarkt über eine Kli-

maanlage, im Gegensatz etwa zu vielen Bürgerämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen. Auch eine Fahrt mit der jüngsten S-Bahn-Generation, die auf der Ringbahn verkehrt, bringt Erleichterung, ist aber nicht immer praktikabel.

Hier kommt Matze Schmidbauer ins Spiel, ein Berliner, der ganz privat den Berliner Daten-Atlas navigator.berlin betreibt. Der zeigt etwa die Lärmbelastung von Kiezen, die Entfernung zur nächsten Schule, die Lage von Fahrradstraßen und rund 50 weitere Parameter an, alles generiert aus offenen Verwaltungsdaten und der freien Weltkarte OpenStreetMap. Schmidbauer hat auch kühle Orte im Angebot – und zwar weit

mehr als die drei zuerst erwähnten Karten.

So verzeichnen „Erfrischungskarte“ und Co in einem Radius von rund einem Kilometer um den Gendarmenmarkt ganze zwei Zufluchtsorte: den Gropiusbau und das Stadtteilzentrum „Kreativhaus“ auf der Fischerinsel. Auf navigator.berlin sind es rund 40, denn die Karte verzeichnet nicht nur alle Museen und Bibliotheken, sondern auch Kinos und andere kommerzielle Räume wie die Mall of Berlin, durch deren klimatisierte Gänge man ja auch mal ohne Kaufwunsch schlendern kann.

Laut Schmidbauer enthält der Navigator berlinweit 473 kühle Orte, die im Sommer geöffnet sind, 281 davon ver-

langen keinen Eintritt. Eine Info-Spalte liefert die dazugehörigen Öffnungszeiten und gegebenenfalls den Hinweis, ob hier tatsächlich eine Klimaanlage läuft. Auch ein aus den Klimadaten des Berliner Umweltatlas errechneter Hitzescore lässt sich anzeigen.

Allerdings fehlen hier wiederum viele der Orte, die die „offiziellen“ Karten ausweisen. Die legen beispielsweise im Kreuzberger Bergmannkiez die Passionskirche als schattigen Ort nahe, wohingegen der Navigator die Markthalle am Marheinekeplatz im Angebot hat. Für lückenlose Kühle muss also immer noch eine Meta-Recherche betrieben werden. Aber hey: Land Berlin, das geht noch besser!



Sophie Jung
Berliner Galerien

Blutrotes Herz und
herzliches Wort gehen
ineinander über

Es ist lustig, die Weydingerstraße auf dem Weg zur Ausstellung „Lass es Liebe sein“ entlangzulaufen und dabei durch das Schaufenster der Galerie Nagler Draxler die Schriftbilder von Heimo Zobernig zu sehen. Mit transparenter Blockschrift hat er auf der Leinwand nur die Worte „Hamlet total abstrakt“ angebracht. Angesichts der erotischen Zeichnungen in der danebenliegenden Galerie Mountains meint man, Zobernig hätte sich durch die Abstraktion einen kühlen Schutzmantel umgelegt.

Denn bei Mountains geht es konkret, unverfroren und fröhlich zu. Es wird an Nippeln gesaugt, an der Klitoris geleckt, an Schamlippen gezogen. Manch Figuren auf den intimen Zeichnungen haben gleich sechs oder acht Brüste, an denen sich lutschen lässt. „Lass es Liebe sein“ versammelt vier Frauen, die – bis auf die 2022 im Alter von 89 Jahren verstorbene US-amerikanische Wahlberlinerin und Punk-Madame Dorothy Iannone – in den 1940ern geboren wurden und die europäische Frauenbewegung der 1970er Jahre miterlebten.

Monika Maurer-Morgenstern verarbeitet in ihrer autobiografischen Serie mit flüchtigen, farbigen Skizzen von mal aneinander geschmiegteten Gesichtern, mal auseinander driftenden Körpern ihre Beziehung zur Schriftstellerin Verena Stefan. Es geht um Nähe und Zerbrechlichkeit. Renate Bertlmann hingegen nimmt sich das Herz vor. Wie bei der mittelalterlichen Biblia Pauperum verbindet sie Bild und Text miteinander, dass blutrotes Herz und herzliches Wort fluide ineinander übergehen.

Auch Dorothy Iannone nutzt Worte, um ihre Frauen mit kugelrunden Brüsten und Punkt-Klitoris konkrete sexuelle Anweisungen machen zu lassen: „Put your mouth right here“ lautet eine. Regelrecht versinken kann man in die expliziten, humorvollen, zärtlichen Figuren von Martina Kügler. Wie vielseitig sie weibliches Begehren darstellt und Gesichter, Extremitäten und Geschlechtsteile miteinander zu einer queeren Bildwelt verschmilzt.

Um Liebe geht es auch bei Mooni Perry, die ist aber weit weg von allen Körperlichkeiten. Liebe sei wie ein Ding, das einfach da ist und formbar, meint die Hauptfigur Sansaee in Perrys Videoinstallation „El“ im Kunst Raum Mitte. In diesem ruhigen Film, der sich zwischen Hotelzimmer, leerem Restaurant und Hausfluren bewegt, stößt die südkoreanische Dichterin und Aushilfskellnerin Sansaee auf die chinesische Operndarstellerin Fei. Die eine stets auf Reisen, die andere immer in Gedanken woanders, werden sich die beiden in der Begegnung ihrer Einsamkeit bewusst. Ein Film über An- und Abwesenheit, Traum, Raum und Schwelle.

Perry hat in ihrer Soloschau auch ein Soundarchiv für Unterhaltungsmusik Ostasiens aus den 1930er- und 1940er Jahren aufgebaut. Vor allem Performerinnen der Choson-Operntruppe sind hier zu hören. Klingt ein bisschen nach Rag und Chanson und erscheint ebenso weit weg wie die Figuren in Perrys Film.

Diese Türen
öffnen sich
nicht immer für
Menschen im
Rollstuhl
Foto: Political-
Moments/
imago

Nicht alle dürfen
mitfahren

Gleich zweimal hintereinander verweigern BVG-Fahrer einem Paar mit Rollstuhl die Mitfahrt – nun klagen die Betroffenen. Der Fall steht für ein größeres Problem

Von Jule Frank

Im Bus war genug Platz. Trotzdem weigerte sich der Fahrer, Alexander Ahrens und seine Partnerin, die beide Rollstuhlfahrer sind, gemeinsam mitzunehmen. „Knobeln Sie schon mal, wer von Ihnen mitkommen soll“, sagte er. Als zehn Minuten später der nächste Bus hielt, wiederholte sich die Szene. Dieses Mal beharrte Ahrens so lange auf das Recht, gemeinsam befördert zu werden, bis der Fahrer die Rampe ausklappte.

Ahrens und seine Partnerin kennen solche Situationen nur zu gut. Als es ihnen an jenem Nachmittag im Dezember 2023 gleich zweimal hintereinander passierte, beschloss Ahrens, sich zu wehren. Er verklagte die BVG auf Schadensersatz. Ein Gerichtstermin ist für Anfang 2027 angesetzt.

Parallel wandte sich Ahrens an die LADG-Ombudsstelle, die Berliner Beratungsstelle bei Diskriminierung durch Behörden und landeseigene Betriebe wie die BVG. „Nach jetziger Sachlage könnte ein Verstoß gegen das Landesantidiskriminierungsgesetz vorliegen“, resümiert diese. Die BVG erklärt auf taz-Anfrage, sie könne sich wegen des laufenden Gerichtsver-

fahrens nicht zu dem Fall äußern.

Dass die Beförderung mit einem Rollstuhl verweigert wird, sei ein „wiederkehrender Beschwerdegrund“, berichtet die Ombudsstelle. Als Begründung werde den Betroffenen meist Platzmangel genannt. Die Mehrzweckbereiche in der Busmitte, in denen Rollstuhlnutzer:innen Platz finden, sind mitunter bereits durch Kinderwägen, Rollatoren oder stehende Fahrgäste besetzt. „Die Beschwerden zeigen, dass die daraus entstehenden Interessenkonflikte häufig zulasten von Rollstuhlfahrenden gelöst werden“, so die Ombudsstelle.

Im Fall von Ahrens argumentierten beide Busfahrer mit einer angeblichen Regel, wonach immer nur eine Rollstuhlnutzer:in gleichzeitig befördert werden dürfe – unabhängig davon, wie viel Platz frei ist. Dabei zeigten sie jeweils auf ein Schild rechts über der Frontscheibe mit einem Rollstuhlsymbol und der Zahl 1. Tatsächlich markiert dieses Schild aber lediglich einen ausgewiesenen Rollstuhlplatz und keine offizielle Obergrenze für die Beförderung von Rollstuhlnutzer:innen. Eine solche Regel gebe es auch nicht, stellt die BVG klar.

Das größte Defizit liegt bei den Bushaltestellen

Die Weigerung, Rollstuhlnutzer:innen zu befördern, sei „weder hinnehmbar noch entschuldigbar“, kommentiert die Berliner Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung Christine Braunert-Rümenapf den Fall. Das Problem verschärfe sich durch steigende Fahrgastzahlen. Wenn Busse tatsächlich überfüllt sind, seien Menschen

„Solange der Fahrer oder die Fahrerin eine Rampe ausklappen muss, gibt es eine Abhängigkeit“

Alexander Ahrens

mit Behinderungen die Leidtragenden. Braunert-Rümenapf fordert dichtere Takte sowie eine bessere Schulung des BVG-Personals, um Falschauslegungen wie im Fall Ahrens in Zukunft zu verhindern. Gleichzeitig müsse dringend bei der Barrierefreiheit nachgebessert werden.

Laut Personenbeförderungsgesetz müsste der öffentliche Nahverkehr in ganz Deutsch-

land seit Anfang 2022 komplett barrierefrei sein. Eingehalten wurde das nirgendwo. Auch in Berlin sind in U-Bahnhöfen oft Aufzüge defekt, an Haltestellen fehlen Rampen oder sie sind zu steil, Leitsysteme bleiben lückenhaft. Besonders groß ist das Defizit bei den Bushaltestellen.

2024 waren nur 10 Prozent der rund 6.500 Berliner Bushaltestellen barrierefrei. Viel verändert hat sich seitdem nicht. Das zeigt auch eine aktuelle Anfrage der Linken-Fraktion: In den meisten Bezirken, die eine Angabe machten, bewegt sich die Anzahl an umgebauten Bushaltestellen in den vergangenen fünf Jahren im unteren einstelligen Bereich. Ein Sonderprogramm für 100 weitere barrierefreie Haltestellen liegt auf Eis, weil die Finanzierung fehlt.

Selbstbestimmte Mobilität geht nur ohne Rampe

Damit eine Bushaltestelle als barrierefrei gilt, muss der Bürgersteig mindestens 16 Zentimeter hoch und stufenlos erreichbar sein. Außerdem braucht es ein Leitsystem für blinde und sehbehinderte Menschen. Problemlos ohne Rampe einsteigen können Rollstuhlnutzer:innen allerdings erst ab einer Höhe von 22 Zentimetern. „Solange der Fahrer oder die Fahrerin eine Rampe ausklappen muss, gibt es eine Abhängigkeit“, sagt Ahrens. „Dann kann ich mich nicht darauf verlassen, dass ich mitfahren kann.“ Selbstbestimmte Mobilität sei das nicht.

Den Eindruck, dass die Stadt einen konsequenten Plan für den Abbau von Barrieren im Nahverkehr verfolgt, hat Ahrens nicht. Im Sommer 2025 zog er deshalb nach mehr als 20 Jahren mit seiner Familie aus Berlin weg. Heute leben sie in Wien.

Dort könne er sich selbstbestimmter und spontaner fortbewegen, erzählt Ahrens. Aufzüge funktionierten zuverlässig, das Personal in Bus und Bahn sei hilfsbereit. An einer Bushaltestelle zurückgelassen worden sei er bislang nicht. Mit der Entscheidung, Berlin zu verlassen, ist Ahrens heute „so was von zufrieden“.



Anzeige

genossenschaft



Foto: Maximilian Götting

Hartmut Idzko, Inken Behrmann
Genosse seit 2005, Genossin seit 2025

STAFFELSTAB TRIFFT MEILENSTEIN

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag

Vier Gefährder müssen
jetzt Fußfesseln tragen

Nach dem CSD-Anschlag hat die Polizei die Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Drei Männer und eine Frau tragen laut Innensenatorin nun Fußfesseln

Nach dem mutmaßlich islamistischen Anschlag auf den Berliner Christopher Street Day (CSD) haben die Behörden die Sicherheitsmaßnahmen in Berlin verschärft. „Vier Gefährder tragen auf Antrag der Polizei nun Fußfesseln“, teilte Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) am Montag mit. „Zusätzlich wurde bei einer dieser Personen ein Unterbindungsgewahrsam verfügt.“ Zuerst hatte der Tagespiegel berichtet.

Nach dem Anschlag in Berlin, bei dem eine Frau getötet

und 31 weitere Menschen verletzt wurden, waren Forderungen nach Konsequenzen laut geworden. Der mutmaßliche 21-jährige Attentäter war als Gefährder eingestuft, befand sich aber auf freiem Fuß. Laut Tagesspiegel handelt es sich bei den Gefährderten, die jetzt 30 Tage lang Fußfessel tragen müssen, um drei Männer und eine Frau.

Der Unterbindungsgewahrsam wurde nach Informationen der Zeitung mit Blick auf den CSD in Hamburg angeordnet. Dieser

fand am vergangenen Wochenende statt. In der Nacht zu Montag sei der Gefährder wieder auf freien Fuß gesetzt

„Ich begrüße es sehr, dass sich das Gericht unseren Einschätzungen angeschlossen hat“

Iris Spranger (SPD), Innensenatorin

worden, berichtete der Tagespiegel.

„Ich begrüße es sehr, dass sich das zuständige Gericht damit unseren Einschätzungen angeschlossen hat“, erklärte Spranger am Montag. Die Möglichkeiten, die der Senat mit der Reform des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes und der Novelle des Verfassungsschutzgesetzes geschaffen habe, lägen auf dem Tisch. „Es ist richtig und absolut notwendig, dass sie konsequent angewendet werden.“ (AFP)

Von **Gabrielle Meton**

Raah, putain, non!“, flucht Laurent so laut, dass sich ein Passant am Ufer des Landwehrkanals neugierig zum Bouleplatz umdreht. Dort schlägt Laurents Kugel schwer auf dem Boden auf, rollt seitlich weiter – von einer Vertiefung im Kies aus der Bahn gebracht – und kommt knapp hinter den Kugeln seiner Gegner zum Liegen. „Gar nicht so schlecht“, tröstet ein Mitspieler vom Spielfeldrand. „Der Platz ist nicht einfach, er ist voller Unebenheiten“, rechtfertigt sich Laurent.

Dessen Baskenmütze und französisches Schimpfen gehören fest zu dem Bouleplatz in Kreuzberg. Auch wenn Laurent seit sechs Jahren in Magdeburg lebt, trifft er sich hier weiterhin regelmäßig mit Félix, seinem ehemaligen Chef. „Der da hinten mit den mittellangen Haaren“, sagt Laurent und deutet auf Félix, der am Spielfeldrand sitzt. Ein Mitspieler reicht Félix ein Bier – frisch aus dem Kühlschrank in der Vereinshütte im angrenzenden Garten. „Bier statt Pastis? Das ist doch vulgär!“, scherzt Laurent. Hier gibt es entgegen den Klischees weder Pastis noch Lavendelduft oder zirpende Zikaden. Dafür kaltes Bier, Joints, selbstgedrehte Zigaretten und Straßenmusik.

1967 kam das Boulespiel – in der französischen Variante Pétanque genannt – nach Berlin. Im Quartier Napoléon in der französischen Besatzungszone baute sich die Militärregierung dort alles, was zum Alltag gehörte: Wohnhäuser, ein Kino – und natürlich auch einen Bouleplatz.

Das provenzalische Spiel ist schnell erklärt: eine kleine Plastikkugel, das Cochonnet, zwei Mannschaften und das Ziel, die eigenen Stahlkugeln möglichst nah an die Zielkugel zu werfen. Ende der 1980er Jahre wurden die Plätze am Paul-Lincke-Ufer angelegt. Bis heute zählen sie zu den beliebtesten Treffpunkten der Berliner Bouleszene.

„Der Luxus hier ist: Man muss sich nie verabreden. Es ist immer jemand da, der spielt – zu jeder Tageszeit“, sagt Christian



Spannung am Spielfeld: Pétanque-Partie am Bouleplatz in Kreuzberg
Foto: Sebastian Wells/Ostkreuz

Die Kugel rollt

Auch ohne Pastis und Zikaden weht am Bouleplatz in Kreuzberg südfranzösisches Flair. Hier kommen alle zusammen – Hobbyspieler, Stammgäste und ein Deutscher Meister

van Wickeren, der an diesem Abend gegen Laurent und Félix antritt. Gegen 14 Uhr sei er heute auf dem Platz angekommen. „Ich habe gerade ein bisschen Zeit, ich bin zwischen zwei Jobs“, erzählt er.

Vor anderthalb Jahren kannte Christian van Wickeren Pétanque nur von gelegentlichen Einladungen französischer Kollegen und eines guten Freundes. Nach ein wenig Übung – im Sommer wie im Winter, bei Regen wie bei Schnee – ist er im vergangenen Winter dem 1. Boule Club Kreuzberg beigetreten, einem von 18 Vereinen in Berlin. Inzwischen kennt er die Community auf dem Platz gut. Er zeigt auf die verschiedenen Gruppen: die Profis, die Freizeitspieler:innen, die Stammspieler.

„Sie sind nicht von der Presse, oder? Doch? Auf unserem Bouleplatz?“, fragt Manne mit großen Augen, als er mit dem Fahrrad am Spielfeld anhält. Vor 15 Jahren begann der ehemalige Taxifahrer mit dem Boulespielen. Damals ging seine Tochter in die Kita gegenüber dem Platz. Inzwischen muss er sie längst

nicht mehr dorthin bringen. Dem Bouleplatz in Kreuzberg ist er trotzdem treu geblieben.

Einige seiner engsten Freunde habe er hier kennengelernt, erzählt Manne. Bis heute freue er sich über jeden, der mit ihm eine Partie spielt. „Es ist einfach ein Ort, an dem viele Leute zusammenkommen.“ Aber nur wenige Frauen, fügt er hinzu, ohne sich das erklären zu können.

Tatsächlich sind auch an diesem Abend wenige Frauen unter den Spielern. Auch im Landesverband Pétanque Berlin-Brandenburg machen sie weniger als ein Drittel der Mitglieder aus.

Sowohl in der Provence als auch in Berlin ist „Fanny“ wohl die bekannteste Frau auf dem Bouleplatz – allerdings nicht gerade im Sinne der Emanzipation. „Fanny“ möchte niemand werden: Denn so nennt man eine Niederlage zu null. In manchen Vereinen Südfrankreichs hing früher ein frauenfeindliches Bild, das dem Verlierer vorgehalten wurde, der „Fanny“ auf den Hintern küssen musste. Zum Glück scheint diese Tradition Berlin nicht er-

reicht zu haben.

„Wir haben Fanny gegen ihn gemacht! Er ist der beste Spieler in ganz Berlin“, flüstert Félix hinter vorgehaltener Hand und nickt zu seinem Gegner auf dem Nachbarfeld. Der Mann, er heißt Christian Hempel, überragt seine Mitspieler um mehrere Köpfe und mindestens eine Schulterbreite. Mit einem brei-

ten Lächeln tritt er in den Wurfkreis. Es steht 12:12, Hempel hat die letzte Kugel. Er beugt leicht die Knie, führt den Arm nach hinten und wirft. Seine Kugel trifft die des Gegners und stößt sie zur Seite. 13:12. Spielende. „Ich trinke noch ein Siegerbier und dann bin ich weg“, sagt Hempel und verstaut seine Kugeln in einer Ledertasche.

Ein neuer Bouleplatz für Berlins Süden

Treffpunkt im Bezirk Am Dorfteich Lichtenrade wurde im Juni ein Bouleplatz fertiggestellt. „Der rund 152 Quadratmeter große Platz soll zu einem Ort der Begegnung in der Parkanlage werden“, erklärt das Bezirksamt Tempelhof-Schöne-

berg. „Hier können Menschen aller Altersgruppen gemeinsam aktiv sein und Zeit im Freien verbringen.“

Anstoß Am kommenden Donnerstag, den 6. August, eröffnet Bezirksstadträtin

Saskia Ellenbeck (Grüne) gemeinsam mit Mitarbeiter*innen des Straßen- und Grünflächenamts den Platz – natürlich mit einem Boulespiel. Alle Anwohner*innen und Interessierten sind eingeladen, los geht es um 18 Uhr. (taz)

Sommerserie „Unter Anderen“

Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Aber das ist nur ein Teil der Wirklichkeit. Berlin ist voller Orte, an denen Menschen noch ins Gespräch kommen – beiläufig, ungeplant und oft

überraschend. Räume des urbanen Zusammenlebens, offen, widersprüchlich und sozial durchlässig. Für unsere Sommerserie erkunden wir diese alltäglichen Kontaktzonen,

in denen Menschen Verbindung und Verschiedenheit suchen, aushalten und verhandeln.

Alle Texte zur Serie sind hier auf taz.de versammelt.

Anzeige

NACH-SPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer

taz **FUTURZWEI**

Magazin für **Zukunft und Politik**

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



JETZT ABONNIEREN!
Vier Ausgaben für 38 €
tazfuturzwei.de/abo

mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer



Heute sieht diese Kuh noch einen Bauern, morgen vielleicht schon einen Melkroboter
Foto: Sebastian Kahnert/dpa

Bis der Bauer nicht mehr jammert

Molkereien zahlen aktuell so wenig Milchgeld wie seit Jahren nicht. Das lässt die kleinen Höfe verschwinden und zwingt zur Automatisierung. Den geplagten Landwirten vergeht dabei sogar noch das Klagen

Von Noel Urcan

Es sind idyllische Bilder, mit denen die Werbeabteilungen der Molkereien noch immer gerne für ihre Produkte werben: gesunde Kühe auf grünen Wiesen und familiengeführten Höfen, wo Kinder auch mal eine Kuh füttern dürfen. Doch wer die Stalltüren im Jahr 2026 öffnet, blickt in eine völlig andere Realität. Die Romantik hat den Kampf gegen die nackte Ökonomie längst verloren.

„Wenn der Bauer aufhört zu jammern, dann wird's gefährlich – dann stehen Leib, Seele und Hof auf dem Spiel“, sagt Milchviehhalter Peter Habbena aus Krummhörn. Soweit ist es bei dem Ostfriesen noch nicht. Er jammert noch und die aktuelle Milchpreisentwicklung gibt ihm allerhand Anlass dazu.

Im ersten Quartal 2026 erhielten die Landwirte im Durchschnitt nur noch 49,1 Cent je Kilogramm Milch. Das ist ein herber Rückschlag im Vergleich zu den 61,5 Cent, die noch im Vorjahr erzielt wurden. Bis zum Frühjahr 2026 rutschte der Grundpreis im Bundesgebiet zeitweise auf gut 35 Cent ab.

Für die Bauern bedeutet das den Ernstfall. Denn die Produktionskosten liegen laut Branchenangaben bei rund 44,45 Cent je Liter. Wer

darunter ausbezahlt wird, macht unweigerlich Verlust. Haupttreiber dieses Preissturzes ist ein Überangebot: Seit dem Herbst 2025 erzeugen die Bauern rund sechs Prozent mehr Milch als im Vorjahr, auch begünstigt durch Verschiebungseffekte wie die Blauzungenkrankheit, durch die viele Kühe erst verspätet kalbten.

Inmitten dieser volatilen Marktbedingungen vollzog sich ein Zusammenschluss, der den europäischen Milchmarkt erschüttert hat. Im Juni 2025 gaben die Vertreterversammlungen der dänisch-schwedischen Genossenschaft Arla Foods und des deutschen Branchenprimus Deutsches Milchkontor (DMK) mit überwältigender Mehrheit grünes Licht für eine Fusion. Zum 1. Juni 2026 wurde der Deal nach der Freigabe durch die EU-Kommission offiziell vollzogen.

Die Fusion stieß von Beginn an auf Widerstand von Agrarverbänden und Vertretern der bäuerlichen Landwirtschaft. Sie fürchten, dass die ohnehin schon eklatante Machtasymmetrie in der Lieferkette weiter zementiert wird, wie etwa Ottmar Ilchmann, niedersächsischer Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft

bäuerliche Landwirtschaft (Abl) warnt. Aus zwei ohnehin schon gewaltigen Genossenschaften entstand so die Nummer eins im europäischen Milchgeschäft.

Das fusionierte Schwergewicht firmiert unter dem Namen Arla, wird weiterhin genossenschaftlich geführt und hat seinen Hauptsitz im dänischen Viby. Während Marken wie Milram, Humana, Ol-

„Die Schulden zwingen zum Wachstum, das Wachstum zur Automatisierung“

Ottmar Ilchmann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

denburger und Alete erhalten bleiben, verschwindet der Name DMK.

Auch Peter Habbena, der als Landesvorsitzender in Niedersachsen für den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) mit der taz spricht, sieht den Zusammenschluss kritisch. Er warnt vor den Folgen der schwindenden Konkurrenz: „Mit dieser Fusion wird den Erzeugern der größte Teil ihrer Verhandlungsmacht genommen.“

Wenn sich die Monopolisierung in der Molkereibranche fortsetze, schwänden die Handlungsspielräume der Erzeuger drastisch. Wer mit den Konditionen eines marktbeherrschenden Konzerns unzufrieden sei, habe im Umkreis von 200 Kilometern, in etwa der Grenze für einen wirtschaftlichen Milchtransport, kaum noch eine Alternative.

Tatsächlich schrumpft die Zahl der Molkereien in Deutschland seit Jahrzehnten drastisch. Gab es zur Jahrtausendwende noch ein dichtes Netz regionaler Verarbeiter, hat sich deren Zahl bis heute fast halbiert. Besonders hart trifft es jene, die das Bild der norddeutschen Kulturlandschaft über Generationen geprägt haben: die kleineren und mittleren Betriebe.

Gab es im Jahr 2010 in Deutschland noch rund 94.000 Milchviehbetriebe, so schrumpfte deren Zahl bis zum Jahr 2024 auf gerade noch 50.000 – ein Verlust von rund 47 Prozent in 14 Jahren.

In dieser ausweglosen Lage verschwinden jedoch nicht nur die kleinen Höfe und damit auch ihre Stimme. Die verbleibenden Betriebe sind gezwungen, sich durch massive Investitionen zu vergrößern und durch Robotisierung und Automatisierung

immer effektiver zu werden, um überhaupt noch eine Überlebenschance zu haben. Größere, automatisierte Ställe holen aus jeder einzelnen Kuh mehr Milch heraus, Melkroboter etwa ermöglichen häufigeres Melken und steigern so den Ertrag pro Tier.

Diese Investitionen sind über Jahre auf Kredit finanziert. Die Raten laufen unabhängig vom Milchpreis weiter, und wer einmal in neue Ställe, Fütterungsanlagen und Milchkühltanks investiert hat, kann sich einen Ausstieg kaum noch leisten.

Ilchmann bringt dieses Dilemma auf den Punkt. „Die Schulden zwingen zum Wachstum, das Wachstum zur Automatisierung. Aus dem Bauernhof wird ein durchgetakteter Betrieb mit Melkroboter, und die alten Strukturen im Norden verschwinden dabei.“

Dass dieses System den Erzeugern am Ende kaum noch etwas übrig lässt, zeigt ein Blick auf die langfristige Preisentwicklung. Im Jahr 2014 kostete ein Liter Milch im Laden im Schnitt 70 Cent, wovon 40 Cent an die Bauern gingen. 2023 war der Ladenpreis im Supermarkt auf 1,05 Euro gestiegen – doch beim Bauern kamen weiterhin nur rund 40 Cent an.

Mileis Meister

Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung Hamburg lädt einen Referenten ein, der für ein unsoziales Programm steht. Das stört die AfD-Wählenden aber nicht

Von **Andreas Speit**

Für den 13. August hat die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) in Hamburg einen Gast eingeladen, der den libertären Präsidenten Argentiniens, Javier Milei, an Marktradiikalität in den Schatten stellt. Dr.-Ing. Hans-Bernd Pillkahn wird als „ehemaliger Mitgestalter der Metallindustrie“ vorgestellt, der bei Thyssenkrupp tätig gewesen und „seit einer Generation Unternehmer“ sei.

Pillkahn soll über die „Perspektiven der energieintensiven Industrie Deutschlands – Bedeutung im weltwirtschaftlichen Kontext sowie insbesondere auch für Hamburg“ sprechen. Seitdem die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Atomkraftwerke „geschlachtet“ habe, sei die Metallindustrie in der Krise, sagt der Ingenieur. Nur mit stringenten autoritären Maßnahmen könnten die gegenwärtigen ökonomischen Fehlentwicklungen beendet werden.

Der Vorsitzende der Hamburger DES, Thorsten Prenzel, ist zugleich Geschäftsführer der Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion. Die landespolitische Perspektive sollen an dem Abend der energiepolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktion, Joachim Körner, sowie die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Peggy Heitmann einbringen.

Die Stiftung hat ihre Veranstaltung bisher nicht öffentlich beworben. Die Einladung liegt jedoch dem Hamburger Bündnis gegen rechts vor. Das Bündnis weist auf einen Auftritt des „dubiosen Unternehmensberaters“ 2022 im Klimaleugnermilieu Stuttgarts hin. Im selben Jahr trat Pillkahn bei der AfD-Bundestagsfraktion auf, die sich fragte: „Wie viel Milei brauchen wir für die Rettung des deutschen Sozialstaats?“

Im Rekurs auf Javier Milei schreibt die Bundestagsfraktion, dass nur eine „konsequente staatliche Sparsamkeit und entschlossene Deregulierung einen ökonomischen Richtungswechsel ermöglichen“ würde. Dementsprechend bewarb die AfD ihre Konferenz am 23. Juni mit dem berühmten Bild Mileis mit der Kettensäge.

Dazu, wo die Säge eingesetzt werden müsste, äußerte Pillkahn „einige Gedanken aus Sanierungssicht“. Milei gehe nicht mit einer Ketten- sondern „Handstichsäge“ vor, sagte Pillkahn, dessen Vortrag sich auf Youtube findet. Ihm reichen die Maßnahmen des Präsidenten von einer Einschränkung der Arbeitnehmer:innenrechte über Massenentlassungen aus dem Staatsdienst bis hin zu einer allgemeinen Deregulierung der Wirtschaft nicht.

Er forderte in seiner Präsentation die Erhöhung der

Lebensarbeitszeit von 15 Prozent auf 20 Prozent. „Deutschland ist absoluter Weltmeister in nicht arbeiten“, geißelte Pillkahn. Seinem Vorschlag folgend, müsste entweder ein Drittel mehr pro Woche gearbeitet werden – 53-Stunden – oder entsprechend länger auf die Rente gewartet werden.

Pillkahn fordert auch, die Ausgaben der Bundesbehörden, Landkreise und Städte, Hochschulen, Großforschungseinrichtungen, Verbände, Kammern und Innungen um 30 Prozent zu senken.

Die oft geäußerte These, dass Wählende gegen ihre Interessen wählen würden, greift zu kurz

Die Konsequenz wäre eine breite Auflösung von Strukturen und massenhafte Entlassungen. Unter Applaus ließ er die Frage offen, ob wohl eher ein „Präsident à la argentinischer Verfassung oder ein EU-abhängige Verwaltung“ die angebliche notwendige Kehrtwende schaffen würde.

Mit der Einladung an die Elbe belegt die vermeintliche Alternative für Deutschland, dass sie keine soziale Alternative ist. In den aktuellen Landtagswahlkämpfen rechnen

Sozialverbände wie Gewerkschaften vor, dass die AfD-Programme für die arbeitenden Wählenden und staatlich Unterstützten keine ökonomische Sicherheit oder rechtliche Garantien beinhalten.

Die SPD-Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig, betont unermüdlich, dass die AfD-Fraktion im Schweriner Schloss gegen den Mindestlohn, das Tariftreuegesetz und die beitragsfreie Kita gestimmt habe.

Bei den Wählenden geht der Trend trotzdem von Rot zu Blau, wie verschiedene Wahlanalysen belegen. Das liegt nicht nur an den anhaltenden „Remigrationsforderungen“. Auch die oft geäußerte These, dass Wählende gegen ihre Interessen wählen würden, greift zu kurz, wie Studien nahelegen. Die AfD wird eben auch von abgesicherten Berufstätigen und gewerkschaftlich Organisierten gewählt – der gesellschaftlichen gebildeten Mitte, in der Leistung und Arbeit geschätzt und belohnt werden.

Der Fetisch Arbeit fördert marktradikales Gedankengut. Amelie Nickel, Eva Groß und Ilka Kammigan pointierten in der „Mitte Studie“ für 2024 und 2025: Das Individuum stehe vor der Gesellschaft, Wettbewerb vor Solidarität. Diese radikale Kapitalismusmentalität spricht die AfD an – und ihr Referent.

Osman Engin ist Satiriker in Bremen. Sein aktuelles Buch ist „Osmans Alltag – Zwischen Köfte und Korinthenkackern“. (WortArt) Er steht für Lesungen zur Verfügung.

Politik mit der Kettensäge würde die AfD auch gerne machen, hier in Nordrhein-Westfalen
Foto: Thomas Banneyer/dpa



Osman Engin
Alles getürkt

Lieber gefüllte Weinblätter als gedruckte Blätter

Das Schönste an einer Buchmesse ist ja der Augenblick, sozusagen der Höhepunkt des ganzen anstrengenden Tages, dass man nach stundenlangem Umherschwirren durch die riesigen Bücherhallen, endlich in der Messe-Kantine landet und sich mit all den Köstlichkeiten dort den Bauch vollschlagen darf.

Mein Favorit unter den Buchmessen ist die Istanbul Messe, weil das Angebot dort, im Vergleich zur Frankfurter- oder Leipziger-Buchmesse, unvergleichlich besser ist. Ich meine natürlich, was das kulinarische Angebot betrifft.

Deshalb halte ich mich in der Istanbul Buchmesse mehr bei den gefüllten Weinblättern auf als bei gedruckten Blättern.

Meine kulinarische Idylle wird jedoch andauernd von vielen Autoren sabotiert, die von morgens bis abends in der Kantine herumlungern und jammern, wie schlecht es ihnen geht und dass kein Mensch mehr ein Buch kauft.

Ich werfe denen natürlich nicht vor, dass sie selbst daran schuld sind – wie mir meine Frau immer vorwirft –, dass sie anstatt zu schreiben, was Anständiges hätten machen sollen. Nach jahrelanger eigener Erfahrung weiß ich, dass man durch Jammern kein einziges Buch mehr verkauft. Ich habe es lange versucht, bevor ich dann in Halle 4 anfang.

Deshalb sage ich nicht „Leute, lasst mich in Ruhe essen und geht was Anständiges arbeiten“, sondern: „Leute, ich weiß, ihr könnt kein Buch verkaufen und seid pleite. Aber seid doch froh, ihr schreibt immerhin in der Türkei. Hier müsst ihr die Inhalte eurer Bücher für die türkischen Reporter nicht selbst übersetzen, so wie ich. In Deutschland können alle türkischen Reporter aus Prinzip kein Wort Deutsch, nur um mich zu nerven.“

„Was meinst du, was ich hier tue?“, ruft jemand, der eifrig am Tippen ist.

„Wieso? Können die Reporter in der Türkei etwa auch kein Türkisch? Toll, dann hat es ja Tradition und ist nicht gegen mich persönlich gerichtet“, sage ich voller Freude.

Der arme Kerl, der mich die ganze Zeit ausspionieren und täglich einen langen Bericht für den Geheimdienst verfassen soll, ist ein Analphabet

„Für die Reporter schreibe ich auch wieder nicht“, schmunzelt er.

„Für wen denn sonst? Schreibst du für die Autoren? Bist du etwa die türkische Version von KI?“

„Du kommst nie darauf. Ich schreibe für den Geheimdienst.“

„Wie bitte? Sie sind vom Geheimdienst?“

„Nein, ich doch nicht. Der Hidayet, der Hauptberuflich mein Telefon abhört, ist vom Geheimdienst. Der arme Kerl, der mich die ganze Zeit ausspionieren und täglich einen langen Bericht für den Geheimdienst verfassen soll, ist ein Analphabet.“

„Ich kapiere gar nichts mehr. Wie macht der Hidayet das dann?“

„Bei Allah, die Deutschlinge sind aber schwer von Begriff. Deshalb schreibe ich doch an seiner Stelle.“

„Sie spionieren sich selbst aus? Warum machen Sie das?“

„Als Schriftsteller hat man doch gewisse Verantwortung dem Volk gegenüber“, sagt er staatsmännisch. „Ich will nicht, dass man Hidayet kündigt. Er muss doch ein Dach über dem Kopf haben und seine Miete bezahlen können.“

„Wooow! Sie sind ja so was von selbstlos! Alle Achtung“, bewundere ich ihn.

„Muss ja“, lacht er. „Hidayet und ich wohnen seit sechs Monaten zusammen.“



das wird

„Apokalypse muss nicht das Ende sein“

Das Internationale Sommerfestival auf Kampnagel feiert Hoffnung: Sie helfe, die Zukunft aktiv zu gestalten, sagt Festivalleiter András Siebold

Interview Dagmar Leischow

taz: Herr Siebold, warum steht das Internationale Sommerfestival auf Kampnagel unter dem Motto „hope!“?

András Siebold: Wenn wir zum ersten Mal unser Programm unserem Grafik-Duo Hanna Osen und Laurens Bauer vorstellen, bringen die beiden die Inhalte für sich erstmal mit einem Begriff auf den Punkt. Das war diesmal „hope!“ und mein erster Gedanke war: Das klingt zu sehr nach dem Spielzeitmotto eines Stadttheaters. Uns wurde aber schnell klar, dass „hope!“ das kuratorische Konzept wirklich gut zusammenfasst und einen interessanten philosophischen Raum öffnet.

taz: An welche Philosophie dockt „hope!“ konkret an?

Siebold: Zum Beispiel an Jonathan Lears „Radical Hope“-Gedanken. Dieser US-amerikanische Philosoph plädiert dafür, sich dem Horror der Gegenwart mit Hoffnung zu stellen. Radikales Hoffen ist das Gegenteil von Optimismus oder Pessimismus. Statt sich zurückzulehnen und entweder zu glauben, dass eh alles gut wird, oder eben nichts mehr zu retten ist, geht es darum, in der Gegenwart aktiv zu werden, um die Zukunft zu gestalten.

taz: Welche Produktion spiegelt das radikale Hoffen am besten wider?

Siebold: Die polnische Choreografin und Künstlerin Ania Nowak setzt sich in „Future TongueXXX“ damit auseinander, wie sich menschliche Beziehungen im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz, Algorithmen und digitalen Plattformen entwickeln werden. Manchmal weiß man gar nicht mehr: Wer ist Mensch? Wer ist Maschine? Dennoch findet Ania Nowak sehr starke Bilder für ihre Zuversicht, dass wir in dieser Phase des radikalen Umbruchs unsere Körper, unsere Liebe, unsere Intimität nicht aufgeben werden.

taz: Die französischen Choreograf:innen (La)Horde dagegen haben ihre Arbeit „Après moi, le déluge“, „Nach mir die Sintflut“, genannt. Das klingt wenig hoffnungsvoll.

Siebold: Sicher steckt im Satz „Nach mir die Sintflut“ auch Hoffnungslosigkeit. Wer die Zeitung aufschlägt, wird sofort mit der Realität konfrontiert: mit der Zerstörung dieser Welt. Kunst kann helfen, den Horror der Realität überhaupt zu fassen, also einen Umgang damit zu finden. (La)Horde gehen in ihrer Inszenierung aber noch darüber hinaus. Bei ihnen ist die Apokalypse nicht unbedingt das Ende. Es gibt ein Danach, einen erfolgreichen Überlebenskampf von tanzen-den Körpern.

taz: Ayelen Parolins Choreografie „Irresistible Revolution“ ist von der Energie des argentinischen Karnevals inspiriert. Wo bleibt dabei der revolutionäre Gedanke?

Siebold: Das Eröffnungstück setzt sich explizit mit adrienne maree brown's „Pleasure Activism“ auseinander. Die US-amerikanische Autorin hat sich als Person of Color gefragt: Was wollen unsere Unterdrückter:innen eigentlich? Sie wollen uns in die Hoffnungslosigkeit treiben, das lassen wir aber nicht zu. Wir reagieren auf Gewalt mit Freude und Liebe.

taz: Könnte „Irresistible Revolution“ nicht trotzdem als eskapistisch missverstanden werden?

Siebold: Dieses Stück imitiert nicht einfach bloß den Karneval. Es greift Erinnerungen an Karnevalstänze, Lebensfreude und Ekstase auf – vermischt mit Bewegungen, die an Protestmärsche und Revolutionen anknüpfen, etwa in die Luft gereckte Fäuste. Es geht also immer um einen politischen Kampf und nie allein um jene ausgelassene Freude, die die Realität wegdrücken soll.

taz: Muss Theater heutzutage mehr bieten als reinen Eskapismus?

Siebold: Zu uns kommen Menschen, weil sie etwas Unkonventionelles sehen wollen. Wir zeigen viele Produktionen, in denen Grenzen überschritten werden. Die Theater-Anarchistin Cuqui Jerez setzt in Sugar Island Theaterregeln außer Kraft. Ob Bühnenbild oder Musik: Alles hat eigene Gesetze, und die sollte man immer mal wieder infrage stellen, damit Neues entsteht.

Poetisches Geschehen: Kraniche beim Sortieren
Foto: Jens Büttner/dpa

Festival Das Internationale Sommerfestival findet vom 5. bis 23. August in der Hamburger Kampnagelfabrik statt



Foto: Julia Steingeweg

András Siebold Jahrgang 1976, ist seit 2013 künstlerischer Leiter des Internationalen Sommerfestivals. Vorher war der Deutsch-per-sönlicher Assistent des Regisseurs Robert Wilson und Studioleiter der Fotografin Nan Goldin.



Der Schwarmintelligenz unterlegen

Wenn sich zwei Kranichschwärme neu sortieren, kann man so viel schauen und überlegen, wie man will: Man wird nicht begreifen, wie sie es machen

Von Petra Schellen

Unglaublich, welch archaische, fast spirituelle Regung man angesichts eines Vogelschwarms entwickeln kann! Aber es sind ja auch nicht irgendwelche Vögel, die zweimal jährlich über unsere Siedlung ziehen, sondern eine riesige Kranichschar. Hunderte jener in Japan heiligen, weltweit Glück und Frieden symbolisierenden Vögel, die uns verlassen und wiederkommen, verlässlich wie Ebbe und Flut.

Noch jedenfalls. Denn der Klimawandel wartet nicht; das Verhalten vor allem der Kurzstreckenzieher – zu denen Kraniche zählen – verändert sich. Anders als Langstreckenzieher wie der Storch, die für den mühsamen Überflug der Sahara exakte Flugrouten im Genom haben und schwer auf den Klimawandel reagieren können, sind Kurzstreckenzieher flexibler. Sie variieren ihre Abflug- und Rückkehrzeiten, richten sie aktuell nach Temperatur und Nahrungsangebot auch an den Unterwegsrastplätzen.

Mönchsgrasmücken haben sogar – als bislang einzige Vogelart – binnen weniger Generationen eine andere Flugrichtung gefunden und vererbt. Seit einigen Jahren ziehen sie nicht mehr gen Spanien, sondern ins nahe Süden-gland. Auch dort ist es winters inzwischen warm genug – wozu also unnötig weite Strecken fliegen. Andere Arten verlassen Europa in immer wärmeren Wintern inzwischen gar nicht mehr.

So weit sind die Kraniche noch nicht, fliegen sie doch – so jedenfalls unsere nachbarschaftliche Beobachtung – im immer gleichen Winkel über die Siedlung. Trotzdem sind wir immer wieder (freudig) überrascht, wenn wir, Efeu oder allerlei Gesträuch im Garten beschneidend, das Trompeten der Kraniche hören – erst vereinzelt, dann lauter und vielschichtiger. Von hoch oben senden sie einen weithin hallenden, die Raum akustisch vermessenden Gruß. Alle hören ihn, die Nachbarn kommen aus ihren Häusern, wollen sich zusammen begeistern, das Unglaubliche teilen. Kei-

Tiere in der Großstadt

Ist es falsch, eine Katze in der Großstadt zu halten, wieso geraten sogar Freunde über die Frage, wie man es mit Stadttauen hält, in Streit und ist ein böser Mensch, wer Nachtschnecken hasst? Diesen und anderen Fragen zum Verhältnis von Mensch und Stadtier spürt diese kleine Serie in loser Folge nach.

ner kann diese Grandiosität allein verkraften; schon stehen wir bei Kaffee und Kuchen zusammen.

Die Kraniche schweben derweil in vertrauter Pfeilformation hoch über unseren Köpfen, die Starken vorn, die Schwächeren mittig und hinten, vom Aufwind der Vordervögel profitierend. By the way: Wer unter ihnen hat diese Sortierung eigentlich vorgenommen und beaufsichtigt? Wird da einer ausgeguckt oder gar gewählt im Kranichschwarm? Und wer managt – wenn nötig – den Zusammenschluss mehrerer Schwärme zu einem?

Genau das nämlich passierte an jenem denkwürdigen Frühlingstag über unserer Siedlung, als immer mehr Kraniche auftauchten, in endloser Reihung. Dann löste sich die Pfeilstruktur eines der Schwärme aus ihrer Geometrie, bekam Ausbeulungen, es kam zum Vogelaustausch an den Rändern.

Wir standen, staunten, schauten. Versuchten Methode und Ziel dieser Umstrukturierung zu verstehen und schafften es nicht. Wir, die Analytiker, die alles wissen, begreifen, bewerten, waren tatsächlich der Schwarmintelligenz dieser kleinen Tiere unterlegen! Deren Flugbahnen wirkten, als zeichne Gott persönlich etwas in den Himmel hinein.

Wir warteten 30, 45 Minuten, hofften des Rätsels Lösung zu erfahren: die sauber sortierte Neuformation, in der dann geordnet gen Süden geflogen würde. Aber es sollte nicht sein: Die Vögel waren noch längst nicht fertig, als sie unseren Blicken entwandten.

Und ein bisschen fühlten wir uns wie die Auguren – jene Priester und Beamten, die im alten Rom vor wichtigen Politentscheidungen neben der Eingeweide- auch eine Vogelschau anstellten, um den Willen der Götter zu ergründen. Dafür wurde der Himmel in Quadranten aufgeteilt, einige Vögel auf ihre Rufe, andere auf ihre Flugbahn hin beobachtet.

Anhand welcher Indizien sie die Zeichen deuteten, ist nicht überliefert, aber klar war: Das Wort der Auguren hatte Macht. Und wehe, wenn einer korrupt war und die Zeichen nach seinem oder seines Auftraggebers Gusto deutete! Obwohl, wie hätte man das nachweisen wollen? Kein Wunder, dass ihre Entschei-

dungen gelegentlich der Willkür bezichtigt und gerichtlich angefochten wurden.

Und auch wenn uns das alles fern und heidnisch vorkommt: Den Impuls, den Vogelflug wenigstens in seiner inneren Struktur zu begreifen, spürten auch wir, als wir den konzentriert arbeitenden Kranichen zusahen. In diesem so poetischen wie philosophischen Moment, als die Vögel ihr Geheimnis, ihren kulturellen Code offenbarten und zugleich wahrten. Die uns zugleich einen Moment der Ehrfurcht und Ästhetik bescherten. Der uns weit vom Alltag entfernte und sich tief ins Gedächtnis grub. Gerade, weil er so vergänglich war.

Anzeige

MACHT'S
EUCH
UNBEQUEM



taz.de/abo



taz 

10 x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt